

geographische
revue

Zeitschrift für Literatur und
Diskussion

Jahrgang 12 · 2010 · Heft 1

Geographie und
Moral

geographische

revue

Jahrgang 12 · 2010 · Heft 1

Essays

- | | |
|---|----|
| Ulrich Ermann, Marc Redepenning
Gute Räume – schlechte Räume? Zum Verhältnis
von Moral und Raum in der Geographie | 5 |
| Bettina Bruns, Helga Zichner
Moral an der Grenze? Theoretische Überlegungen
und empirische Befunde zur Moral im Alltag an
der östlichen Außengrenze der Europäischen Union | 21 |
| Karsten Gäbler
Moralischer Konsum und das Paradigma der Gabe | 37 |
| Martin Sondermann
Nietzsche, Helbrecht, Sinn und Unsinn.
Eine Erwiderung auf die Frage nach dem Wohin von
Wissenschaft, Bildung und Öffentlichkeit | 51 |

Einzelrezensionen

- 57 Hannes Hofbauer: EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen. Wien 2007. (Christian Weitzel)
Antwort vom Autor Hannes Hofbauer auf die Rezension
- 64 Thomas Etzemüller: Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert. Bielefeld 2007. (Peter Dirksmeier)
- 67 Katrin Grossmann: Am Ende des Wachstumsparadigmas? Zum Wandel von Deutungsmustern in der Stadtentwicklung. Der Fall Chemnitz. Bielefeld 2007. (Jan Glatter)
- 73 Susanne Heeg: Von Stadtplanung und Immobilienwirtschaft – Die „South Boston Waterfront“ als Beispiel für eine neue Strategie städtischer Baupolitik. Bielefeld 2008. (Anne Vogelpohl)
- 75 Jörg Scheffer: Den Kulturen Raum geben. Das Konzept selektiver Kulturräume am Beispiel des deutsch-tschechisch-österreichischen Dreiländerecks. Passau 2007. (Wolfgang Aschauer)

Impressum

Herausgeber, Selbstverlag:
Geographische Revue e.V., Flensburg
Redaktion:
Wolfgang Aschauer (verantwortlich für
diese Ausgabe), Günther Beck,
Jörg Becker
Druck:
Rhiem Druck GmbH, 46562 Voerde
Layout und Satz:
Günter Raabe, 37079 Göttingen
Copyright:
Geographische Revue e.V.
ISSN: 1438-3039
Das Einzelheft kostet 12,00 EUR (zzgl.
Versandkosten), das Jahresabonnement
22,00 EUR (zzgl. Versandkosten).

Die geographische *revue* erscheint
zweimal im Jahr.
Redaktions- und Bestelladresse:
Geographische Revue
Zwoller Str. 33
46485 Wesel
Die Redaktion lädt alle Interessenten zur
Mitarbeit ein. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann jedoch keine Gewähr
übernommen werden.
Rezensionsexemplare (bitte zwei Exem-
plare) werden erbeten an:
Prof. Dr. Wolfgang Aschauer,
An der Reitbahn 15 b
24937 Flensburg
Internet: www.geographische-revue.de

Ulrich Ermann und Marc Redepenning ■

Gute Räume – schlechte Räume? Zum Verhältnis von Moral und Raum in der Geographie

1 Moralisationen (in) der Gesellschaft?

„Durch richtiges Konsumieren die Welt verändern – dieser Gedanke treibt eine wachsende Gemeinde von Käufern in die Läden“, konstatiert der SPIEGEL (Der SPIEGEL 36/2008, 56). Neben dem Hinweis auf eine neue Macht der Konsumenten wird dabei auch implizit auf den Zusammenhang von Moral¹ und Raum verwiesen – ein Zusammenhang, der für die geographische Forschung von Interesse sein dürfte. Schließlich betont ein richtiges Konsumieren in der Welt die Möglichkeiten der Einflussnahme von Verbrauchern ‚hier‘ auf Produktionsbedingungen ‚dort‘ – also auf eine Relationierung unterschiedlicher (Stand)Orte. Formen eines moralischen Konsums (vgl. Priddat 2000; Ermann 2006), bei denen die Verbraucher sich in der Verantwortung für die Konsequenzen ihrer Konsumententscheidungen an zum Teil fernen Orten oder im globalen Maßstab sehen, lassen sich mit Nico Stehrs These von der „Moralisierung der Märkte“ (Stehr 2007) als eine Bedeutungszunahme moralischer Kategorien in gegenwärtigen Prozessen gesellschaftlicher Ordnungsbildung ansehen. Demgemäß übertragen Konsumenten und Produzenten „bestimmte Eigenschaften und Verpflichtungen ihrer Staatsbürgerrolle auf die Rolle als Verbraucher“ (ebd., 305).

Eine solche Durchdringung des gesellschaftlichen Alltags von Moralisationen und die Aufnahme und Verstärkung entsprechender moralischer Urteile lassen sich nicht nur im Hinblick auf die Zuschreibung von Verantwortung konsumierender und produzierender Personen beobachten, sondern in ähnlicher Weise in vielen anderen, nicht primär ökonomischen Bereichen sozialer Praxis: etwa hinsichtlich jüngerer Veränderungen in der moralischen Bewertung von öffentlichen und privaten Räumen oder hinsichtlich Vorstellungen über angemessene Orte für eine gute Kindheit (vgl. Duveneck 2010). Durch moralisch aufgeladene Begriffe wie Menschenwürde, Umweltschutz, Gerechtigkeit oder Sicherheit werden nicht nur gesellschaftliche Akteure und Organisationen, sondern auch deren räumliche Organisation und nicht zuletzt Orte und Räume selbst als ‚gut‘ oder ‚schlecht‘ qualifiziert.

Auf verschiedensten Maßstabsebenen werden in der alltäglichen Kommunikation Raumeinheiten oder räumliche Distanzen bewertet und auf verschiedenste Weise mit moralischen Urteilen verquickt: Stadtquartiere erscheinen wie der gesamte afrikanische Kontinent als stigmatisierte Problemräume; ganze Länder gelten nach dem gleichen territorial homogenisierenden Muster als ‚Klimasünder‘ oder als ‚Terrorstaat‘. Auch ließen jüngere Kommentare zur globalen Finanzkrise die Orte der Finanzspekulation, wie die Londoner City, in einem neuen – nun moralisch verwerflichen – Licht erscheinen. Die Verräumlichung von Moral ist damit ein gängiges Mittel, Ordnung in die Welt zu bringen und die entsprechenden Moralen und Amoralitäten adressierbar zu machen bzw. diesen einen konkreten Platz zuzuweisen.

Moralische Kommunikation in der Gesellschaft und die Strategie der Verräumlichung von Moral sind nicht ohne Resonanz in der wissenschaftlichen Reflexion seitens der Geographie geblieben. Die geographische Beschäftigung mit der Problematik von Moral und Raum hat sich in den letzten zwanzig Jahren soweit konsolidiert, dass man im angelsächsischen Sprachraum ohne weiteres Zögern von *moral geographies* spricht. Es gibt daher kaum noch Zweifel an einem *moral turn* in der Geographie (Korf 2006). Diese Institutionalisierungsprozesse sind Konsequenz des Gespürs, hier wissenschaftsstrategisch möglicherweise relevante Themen zu besetzen, damit ‚Moral‘ nicht zu einem weiteren *missing boat* für die Geographie wird – eine intellektuelle wie auch politisch einflussreiche Debatte, die von der Geographie als Wissenschaft verpasst oder doch zumindest nicht angemessen besetzt wurde und wird (vgl. Dicken 2004 für eine ähnliche Problemkonstellation am Beispiel der Globalisierung).

Die geographischen Vorschläge und Zugänge zum Verhältnis von Regionalisierungen und Moralisierung in Alltag und Medien sind zahlreich und heterogen, manchmal auch inkonsistent. Sie beziehen sich im Großen und Ganzen auf folgende Fragen:

- Inwiefern sind moralische Aussagen für die Geographie überhaupt relevant, und welche Rolle spielen räumliche Kategorien in einem wissenschaftlichen Aussagesystem, das auch moralisch wertende Aussagen beinhaltet oder sogar einfordert?
- Wie werden raumbezogene Unterscheidungen wie hier/dort, nah/fern und raumimplizierende Unterscheidungen wie vertraut/fremd, eigene/andere mit moralischen Kategorien wie gut/schlecht, richtig/falsch, geboten/verboten verknüpft?
- Wie können moralische Setzungen sinnvoll in Prozesse der räumlichen Strukturierungen der Gesellschaft eingeschrieben werden?
- Wie werden räumliche Kategorien und Semantiken in moralischen Aussagen mobilisiert?
- Wie stabil, labil oder fragil sind moralische Aufladungen von Orten und Räumen im sozialen Alltag, aber ebenso in wissenschaftlichen Aussagesystemen?

Die folgenden Überlegungen sind ein Versuch, einige dieser geographischen Beobachtungen und Konstruktionen des Verhältnisses von Raum und Moral bzw. von Regionalisierungen und Moralisierung einer Sichtung zu unterziehen und eine Systematisierung

der festgestellten Perspektiven vorzunehmen. Dazu gehen wir zunächst knapp auf den Forschungsstand zu moralischen Geographien ein, um verschiedene Formen des moralischen Blicks in der Geographie zu verdeutlichen. Die dabei vorgestellten Beiträge erfüllen weder einen Vollständigkeitsanspruch noch sollen und können sie in einer starren konsekutiven Folge gelesen werden.

Daran anschließend schlagen wir eine Systematisierung der Perspektiven auf Moral und Raum anhand von drei Leitdifferenzen (deskriptiv/normativ; universalistisch/partikularistisch; explizit/implizit) vor. Diese Systematisierung soll eine stärkere Reflexion des Verhältnisses von Moral und Raum ermöglichen und einen Diskussionsanreiz für weitere Beiträge zur Ausgestaltung des Verhältnisses von Raum und Moral bieten. Insofern wollen wir versuchen, eine Lücke in den bisherigen Forschungen zu *moral geographies* derart zu verengen (ohne sie schließen zu können oder zu wollen), dass die mannigfaltigen Interpretationen zum Verhältnis von Moral und Raum, die in der geographischen Wissenschaft aktuell anzutreffen sind, stärker ins geographische Bewusstsein gerückt werden. Im Mittelpunkt steht dabei nicht eine umfassende Auflistung dessen, was aktuell unter dem Ausdruck der *moral geographies* gefasst werden kann. Vielmehr skizzieren wir die unterschiedlichen Bedeutungen, die ‚Moral‘ in der Geographie angenommen hat.

2 Moral und Moralisierungen in der Geographie

2.1 Geschichte der Geographie: absente oder präsente Moral?

Der Stellenwert von moralischen Wertungen bzw. von Moralisierungen in Aussage-systemen der Geographie wird selten thematisiert. Geographisches Denken und der Anspruch, moralische oder normativ wertende Aussagen zu treffen, standen in der Geschichte der wissenschaftlichen Geographie schon immer in einem ambivalenten Verhältnis zueinander. Das Fach ist von dem scheinbaren Widerspruch geprägt, dass es zum einen nicht als zuständig für Fragen der Moral erachtet wird und es zum anderen doch eine zutiefst von Moralisierungen durchdrungene Wissenschaft ist. Einerseits gilt die Geographie traditionell als eine Disziplin, die in ihrem Selbstverständnis, aus der Außenperspektive anderer Disziplinen sowie der an geographischem Wissen interessierten Öffentlichkeit mit ‚Realitäten‘ und ‚Realräumen‘ zu tun hat. Demnach lassen die Forschungsgegenstände der Geographie gar nicht erst die Frage aufkommen, ob etwas richtig oder falsch, gut oder schlecht ist. Vielmehr scheint die Geographie das Objektive, das Feststehende, das Unzweideutige des menschlichen Daseins auf dem materiellen Substrat der Erde zu ihrem Forschungsgegenstand gemacht zu haben.

Andererseits konnte sich in der traditionellen Geographie trotz ihres empiristischen Zugangs zu ihren Forschungsobjekten – oder vielleicht auch gerade deswegen – ein moralischer Unterton etablieren, wenn nicht sogar ein immanenter moralischer Duktus. Die lange Zeit bestimmende Funktion der Hochschulgeographie als Lehrerausbildungsfach trug ihren

Teil dazu bei, dass in der Produktion und Vermittlung geographischen Wissens meist ein Erziehungsanspruch mitschwingt (vgl. Schultz 1980, 370ff.). Eine konservative, bewahrende Haltung, gepaart mit der Konstruktion von Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit des Menschen gegenüber der Erde (u.a. gegenüber der Natur, gegenüber dem ‚eigenen‘ (Nah)Raum oder auch gegenüber ‚fremden‘ Kulturen), beförderte dies. Eine solche moralische Grundierung geographischer Erzählungen lässt sich von der Harmonie des Verhältnisses von Mensch und Natur im klassischen Landschaftskonzept bis hin zu aktuellen Nachhaltigkeitsdiskursen ausmachen, etwa im Hinblick auf Nord-Süd-Beziehungen oder den globalen Klimawandel.

Während Moralisierungen und Wertungen in der länder- und landschaftskundlichen Konzeption der Geographie also eher implizit kommuniziert wurden, wird die Bedeutung von wertenden Aussagen (unter Berücksichtigung eines neuen Adressatenkreises solcher Aussagen: die Armen, die Unterdrückten etc.) explizit ab Ende der 1960er Jahre zum Thema für die Geographie (vgl. Area 1973). Dementsprechend wurden etwa auf dem Kieler Geographentag 1969 von den studentischen Vertretern u.a. folgende Thesen vorgetragen: „1. Wissenschaft kann nicht wertfrei arbeiten, da sie selbst Bestandteil der Gesellschaft ist. 2. Die Behauptung, wertfrei arbeiten zu können, ist Illusion oder Ideologie“ (*Geografiker* 3 1969, 7). Zumindest für den deutschsprachigen Bereich lässt sich unserer Meinung nach dann durchaus konstatieren, dass sich die raumwissenschaftliche Geographie in weiten Teilen insofern als wertende Wissenschaft verstand, als sie – anders als die traditionelle Geographie – eine problemlösende Anwendung ihrer Erkenntnisse in der Praxis und somit eine unmittelbare gesellschaftliche und politische Relevanz im Sinne einer „engagierten Geographie“ (Bartels 1978; Boesch 1989) beansprucht. Dies lag wesentlich daran, dass die Wende zum *spatial approach* mit der Entwicklung eines sozialpolitisch engagierten und wohlfahrtsstaatlich orientierten Technokratismus zusammenfiel, der an der Möglichkeit eines steuernden Eingriffs in die gesellschaftliche Entwicklung zum ‚Guten‘ festhielt (Peet 1998, 32).

Die Kritik am raumwissenschaftlichen Paradigma bzw. die in Opposition zu ihm entwickelten Konzepte setzen wiederum bei den (fehlenden ‚richtigen‘) Werten an. Ansätze aus der „Familie der subjektzentrierten Paradigmen“ (Weichhart 2000, vgl. auch Arnreiter/Weichhart 1998) wenden sich nun gegen die funktionalistische Perspektive, den Szientismus und deren Besessenheit mit der quantitativen Analyse von gesellschaftlichen und natürlichen Systemen. Diese Ansätze nehmen nicht zuletzt die moralische Haltung der Subjekte als Basis oder Motiv für deren Handlungen in den Blick (Buttimer 1999, 107f.). Die Moralisierung findet also nicht mehr im Sinn einer Beobachtung erster Ordnung auf der Ebene eines allsehenden und allmächtigen wissenschaftlichen Urteils statt. Vielmehr blickt der wissenschaftliche Beobachter auf die subjektiven ‚Moralen‘, die ein Individuum in seiner räumlichen Lebenswelt einsetzt. Moral wird nun selbst zum Gegenstand der Forschung, um so aufgrund gewonnener empirischer Aussagen angemessene Moralen durch die Wissenschaft zu stützen oder zu verwerfen.

Einen in der englischsprachigen Geographie vielbeachteten, die gängigen Paradigmen der Geographie ignorierenden Beitrag zur Thematisierung von Moral und Raum leistete Richard Symanski mit seinem 1981 erschienenen Buch *The Immoral Landscape*, in dem er die unmoralischen Räume der Prostitution sowie die von ihnen ausgehende Faszination behandelt. Symanskis Leistung besteht wesentlich darin, Räume der Absenz von Moral und ihre Attraktivität zu diskutieren, ohne selbst zu Moralisationen zu greifen. Das Werk fand nicht zuletzt deswegen große Beachtung, weil es mit der Prostitution ein Thema aufgreift, das bis dato kein Thema der Geographie war. Es erntete jedoch auch Kritik, weil es auf eine Verurteilung dieser ‚offensichtlich‘ unmoralischen Räume verzichtet.

In noch weitaus deutlicherer Form wird in der „Familie der politisch-emanzipatorischen Paradigmen“ (Weichhart 2000, 485), zu denen Weichhart die *welfare geography*, *radical geography*, marxistische Geographie und feministische Geographie zählt, explizit der Anspruch erhoben, moralische Aussagen zu treffen. Politisch-emanzipatorischen Ansätzen in der Geographie geht es darum, eine aktive Beteiligung an politischer Willensbildung zu betreiben. Vor allem die Beschäftigung mit marxistischem Gedankengut führte in der Human-geographie seit den 1970er Jahren zu einer forcierten Verbindung von wissenschaftlicher Arbeit und Werturteilsbezogenheit. Die Kritik des Verhältnisses von Raum und Moral durch die marxistische Geographie verfährt dabei doppelgleisig:

Zum einen trachtet sie danach, die vorherrschenden Moralisationen (in) der Geographie und anderen Wissenschaften als fetischisierendes und entlastendes kommunikatives Anhängsel zu enttarnen. Insofern verweist die marxistische Kritik (hier zunächst auf einer am ehesten als sozialkonstruktivistisch zu bezeichnenden Ebene) auf den ‚strategischen‘ Einsatz bzw. die ‚strategische‘ Ausformung von Moral in der Kommunikation der Gesellschaft. David Harvey hat diese Verwendungen ein wenig harsch, jedoch ziemlich direkt als *moral masturbation* (Harvey 1972, 10) bezeichnet. Harveys Argument lautet, dass die (geographische) Wissenschaft zu einseitig Daten über soziale Missstände produziert, die irrelevant in dem Sinne sind, dass sie nichts Substantielles zur Abschaffung dieser Missstände leisten. Gleichwohl gibt der mit ihnen verbundene thematische Fokus dem Forscher das gute und beachtenswerte Gefühl, sensibel und aufmerksam diesen Missständen gegenüber zu sein, sie also nicht zu negieren. Doch, so Harvey weiter, liege die Aufgabe der Geographie eben nicht in moralischer Masturbation über die Ungerechtigkeiten in der Welt (ebd.).

Zum anderen überführt die marxistische Geographie das Verhältnis von Moral und Raum in eine Semantik der moralischen Verpflichtung und einer sozialen Notwendigkeit jeder Wissenschaft. Daraus kann sie als Aufgabe der Geographie deklarieren: „The moral obligation of the geographer becomes a social necessity when placed against a broader background. [...] We are human beings struggling, like all other human beings to control and enhance the social conditions of our own existence“ (Harvey 1974, 22).

In den angesprochen geographischen Paradigmen kann man bereits erste Konturen erkennen, die später zur Ausformulierung von Theorien zu einer Geographie der Moral führen. Bis in die 1970er Jahre zieht sich die Unterscheidung nach gut und schlecht, nach gu-

ter und schlechter räumlicher Anordnung, nach guten und schlechten Mensch-Umweltbeziehungen wie ein roter Faden durch die Geschichte der Geographie, doch nur selten wird sie offen und mit Rückgriff auf theoretische Überlegungen zu den tragenden Begriffen der Moral und des Raumes geführt. Ferner lässt sich zumindest für die 1970er Jahre auf inhaltlicher Ebene (was sind die Themenfelder, die einer Moralisierung durch die Geographie bedürfen?) eine interessante Asymmetrie feststellen: So hielt man sich mit Aussagen darüber, was denn nun gut sei, eher zurück, während man recht deutlich kommunizierte, was man als schlecht ansah (vgl. Sack 2001a u. 2001b). Dies sollte sich jedoch ab den 1990er Jahren fundamental ändern.

2.2 Moral Geographies: Konkretisierungen des Verhältnisses von Moral und Raum

Seit rund zwei Jahrzehnten lässt sich zu der diskursiven Konsolidierung von *moral geographies* eine zunehmende Theorieorientierung im Zusammenhang von moralischen Fragen und Raum beobachten. Ausdruck findet diese Konsolidierung unter anderem in der Etablierung der Zeitschrift *Ethics, Place and Environment: A Journal of Philosophy & Geography*. Insbesondere in der Folge einer Sitzung auf dem Britischen Geographentag 1995 zum Thema „*A/Moral geographies*“ sind zahlreiche Publikationen zur Explizierung des Verhältnisses von Geographie und Moral erschienen.² Es war sowohl von einem allgemeinen *normative turn* in der Sozialtheorie (Sayer/Storper 1997) als auch von einem *moral turn* in der Geographie (Smith 1997 u. 2000, 5) die Rede. Wie bei so vielen Wenden handelt es sich auch bei diesem wohl weniger um einen Wendepunkt, der ein zeitlich fixierbares Ereignis markiert, sondern vielmehr um einen vagen Zeitraum, in dem es in nennenswerten Teilen der Scientific Community zu einem Umdenken hinsichtlich des Verhältnisses von Wissenschaft und Moral gekommen ist.

Als prominenter Protagonist einer explizit als *moral geographies* firmierenden Forschungsrichtung lässt sich David M. Smith anführen, der sich von einem nüchtern und frei von moralischen Konnotationen argumentierenden und am *spatial approach* orientierten Standorttheoretiker der 1960er Jahre zunächst zu einem wichtigen Vertreter des *welfare approach* (Smith 1977) entwickelt hatte, bevor er sich ganz auf *moral geographies* (Smith 1997; 2000) festlegte. In einem autobiographischen Aufsatz (Smith 2004) rekonstruiert Smith seine Neuorientierung mit persönlichen Eindrücken sozialer – und insbesondere von Rassismus geprägter – Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in den amerikanischen Südstaaten (Smith 2004, 288) sowie in Südafrika unter den Bedingungen der Apartheid. Dementsprechend nennt Smith als Grund für seine Beschäftigung mit *moral geographies* „[a] growing awareness of the interdependence of questions of justice and of the good life, and of the deeply geographical nature of moral issues“ (Smith 2000, viii).

Ergänzend zu seiner von Harvey beeinflussten Rezeption marxistischer Perspektiven hat es sich Smith zum Ziel gemacht, Moralphilosophie und Geographie miteinander zu verschneiden. Dabei geht es ihm zum einen darum, die Perspektiven der wissenschaftlichen

Ethik bzw. Moralphilosophie von ihrer Blindheit gegenüber kontextgebundenen sowie sich räumlich manifestierenden Praktiken und Ausprägungen amoralischer sozialer Beziehungen zu lösen. Zum anderen geht es ihm darum, die Geographie nicht nur für moralische Fragen zu sensibilisieren und zu öffnen, sondern moralische Probleme zu einem zentralen Bestandteil geographischer Erkenntnisbildung zu machen. Der Anspruch derartiger *moral geographies* beschränkt sich keineswegs auf das Aufdecken von sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten. Vielmehr beinhaltet er auch den Glauben an die Befähigung, selbst einen Beitrag zur Verwirklichung einer besseren Welt leisten zu können. In diesem Sinn fordern die *moral geographies* auch, diese Befähigung aktiv zu nutzen: „Envisioning and helping to create a better world requires both a contextually sensitive ethics and an ethically informed geography“ (Smith 2001, 266).

An vielen Stellen seines umfassenden Werkes zu *moral geographies* bleibt jedoch undurchsichtig, worin er den entscheidenden Beitrag der Geographie zur Schaffung einer besseren Welt sieht. Wichtig ist ihm in jedem Fall die Aufdeckung von Logiken der Produktion amoralischer Zustände und Räume, aber genauso auch das Aufzeigen von Alternativen. Damit meint er jedoch keine performative Herstellung von Alternativen, wie dies z.B. Gibson-Graham (2008) in ihrem *diverse economies research program* versuchen, sondern eine dem Realismus verpflichtete Suche nach dem Guten. Zum Schluss seiner moralphilosophisch tiefgehenden Überlegungen kommt er zu dem durchaus überraschend simplen Fazit, das ganz einem traditionellen geographischen Habitus des Sehens am Ort des Geschehens, der Bodenhaftung und des Primats des Lokalen verpflichtet ist: „[I]f a geographically sensitive ethics has no more than one major message, it is, again, the importance of context, of understanding the particular situation: how things are, here and there“ (Smith 2000, 214).

2.3 Der konkrete Blick: eine geographische Theorie der Moral

Mit ähnlicher Motivation wie David Smiths schlägt Robert Sack dann in den späten 1990er Jahren eine geographische Theorie des Zusammenhangs von Raum und Moral vor. Seine grundsätzliche Annahme lautet, dass Globalisierung, also die begriffliche Synthese der empirischen Beobachtung, dass Handlungen und Praktiken der Menschen an einem konkreten Orte immer auch und oftmals nicht vorhersehbare Konsequenzen an anderen Orten auf der Welt zeitigen, eine neue geographische Theorie der Moral erfordert. Sack entwirft diese aus der Perspektive des kritischen Realismus (Sack 1997; 1999; 2001a; b). Sein Ziel ist es, der sozialen Diversität von einem relationalen Standpunkt aus eine Stimme zu verschaffen, ohne dabei die einheitliche Grundlage, auf der sich das Soziale vollzieht, zu vergessen. Sack sieht diese Grundlage in der Tatsache, dass alle Menschen gemeinsame biologische Bedürfnisse teilen, dass sich ihr Leben in einer konkreten materiellen Umwelt vollzieht und dass sie die Fähigkeit besitzen, vernunftorientiert zu argumentieren (Sack 1997, 4).

In der Theorie selbst spielen zwei reziprok zu verstehende Bausteine eine entscheidende Rolle: erstens der geographische Bezug bzw. die geographischen Dimensionen, in denen

man denkt und handelt (Räume und Orte), zweitens das Bewusstsein, Teil der Welt zu sein (Sack 1997, 20). Doch wie kann die Rolle der Geographie als Institution bei der Formulierung von moralischen Standpunkten genauer gefasst werden? Indem der geographische Wissenschaftler, so Sack, die moralischen Qualitäten von Orten einer Analyse zuführt und darauf basierend normative Urteile fällt. So könne man geographisch basierte Urteile (*intrinsic geographic judgments*) zwischen richtig und falsch fällen und auch Richtlinien abgeben, ob sich ein Ort in eine gute Richtung bewege (Sack 1999, 29). Sack betont, dass sich diese Bewertung nicht nach einer instrumentellen und partikularen Rationalität zu richten habe, sondern das Gute in allgemeingültiger Hinsicht herausarbeiten soll (1999, 34). Doch was sind nun aus geographischer Sicht allgemeingültige Qualitäten des Guten? Zunächst, so führt Sack an, sind die Orte, aus denen sich unsere bewohnte Welt ergibt, in ihrer Gesamtheit und ihren Verflechtungen zu betrachten, um so die heutige räumliche Realität zu begreifen und sich ihrer bewusst zu werden. Zweitens habe man, als Erweiterung der ersten Qualität, die Varietät und Komplexität der Realität als Gutes anzuerkennen (Sack 2001b, 122). Lebt man diese Qualitäten, dann entstehe eine Welt, „in which it is good to create places that expand our awareness, that increase variety and complexity, and that sees participation in these processes as giving value to democracy and economy“ (Sack 2001b, 125).

Sacks dezidierte und umfänglich ausgearbeitete geographische Theorie der Moral wird durchzogen von einer weitgehend unreflektierten Verräumlichung sozialer Beziehungen – und natürlich von Moral. Diese Verräumlichung von Moral äußert sich etwa in der von Sack vorgeschlagenen Unterscheidung von guten und schlechten Orten. Damit verbunden sind Ausführungen über die Eigenständigkeit und Handlungskapazität von Orten, Natur und Kultur zu einer ‚guten‘ Mischung zu verweben: „What does it weave? Well, at the most general level it weaves together elements of nature and culture, and at a more detailed level, if we break culture into social relations and meaning, it weaves together elements from all three of these realms: elements of nature, meaning, and social relations“ (Sack 2001a, 108). Erkennbar ist ferner, dass Sacks Konzeption von moralischen Orten einer holistischen Grundorientierung unterliegt, in der der konkrete Ort eine Synthese all dessen ist, was menschliches Leben kennzeichnet. In der Folge können zahlreiche Fragen, die sich auf unterschiedliche Formen der Einbindung von Moral in soziale Praktiken (etwa Praktiken des guten Konsums) beziehen, nicht thematisiert werden.

2.4 Verkommene Moral? Moral als inflatorisches Beiwerk wissenschaftlicher Praxis

Jene Rekurse auf ‚Moral‘ als *buzzword*, sei es zur Gewissenserleichterung oder als Kommunikationsvermeidungskommunikation³, wie sie bereits in den 1970er Jahren Zielscheibe der Kritik der marxistischen Geographie gewesen sind (s.o.; Harvey 1972, 1974), sind heute umso häufiger feststellbar. Mit der bereits beschriebenen allgemeinen Moralisierung der gesellschaftlichen Kommunikation (Kap. 1) und jenem bereits apostrophierten *moral turn* hat sich auch der inflatorische Gebrauch des Lemmas *moral*

geographies durchgesetzt. Es ist zu vermuten, dass mit solchen Verwendungen primär erhöhte wissenschaftliche Aufmerksamkeit erzeugt werden soll und letztlich auch wird, da nicht selten weitere und entscheidende inhaltliche Zugewinne kaum feststellbar sind. Der Verweis auf Moral wäre in diesem Fall als ein Attraktor zur Erlangung wissenschaftlicher Aufmerksamkeit aufzufassen – eine unter Bedingung des *citation-index*-Dogmas durchaus plausible Strategie. Als ein Beispiel für diesen schmückenden Charakter von Moral sei ein Aufsatz mit dem Titel *Moralising geographies: stigma, smoking islands and responsible subjects* (Thompson/Pearce/Barnett 2007) genannt. Obwohl prominent und gut sichtbar im Titel platziert, tauchen die Substantive *moral* sowie das Gerundium *moralising* und das Adjektiv *moral* im Artikeltext insgesamt nur achtmal auf – und dies ohne jede weitere inhaltliche Explikation.

Ähnliches lässt sich auch im Ansatz der *critical geopolitics* feststellen – einem dekonstruktivistischen Ansatz innerhalb der jüngeren p/Politischen Geographie, der sich selbst zu den *moral geographies* zurechnet (Ó Tuathail 1996b, 409f.; Redepenning 2009). Die *critical geopolitics* greift nicht selten, wenngleich eher implizit, auf die breite gesellschaftliche Akzeptanz moralischer Kommunikation zurück, was durchaus als Kritik immunisierend wirken kann – wer will schon gegen hehre, mit moralisierendem Unterton kommunizierte Ziele wie Freiheit und Demokratie opponieren (vgl. nur Ó Tuathail 1996a, 256)? Dieser Verweis auf Moral erlaubt es zunächst, „an das Vorstellungsvermögen und die Empfindsamkeit aller (zu) appellieren und über die Dramatisierung durch Ereignisse und mediale Darstellungen viele (zu) erreichen“ (Krohn 1999, 331). Immunisieren gegenüber kritischen Nachfragen kann der Gebrauch von moralischer Kommunikation, weil der Verweis auf das gute Handeln und die guten Absichten, die mit Großsemantiken wie Freiheit oder Demokratie verbunden sind, mit einer Alternativlosigkeit einhergeht: Wer nimmt es im Wissenschaftssystem – und mit welchem Standpunkt – in Kauf, Demokratie oder Freiheit als solche zu kritisieren?

3 Systematisierung: drei Perspektiven auf Moral und Raum

Um die zuvor grob skizzierten Ausarbeitungen des Zusammenhangs von (wissenschaftlicher) Geographie, Raum und Moral problemorientiert zu ordnen, schlagen wir eine Systematisierung nach drei Formen bzw. Leitunterscheidungen vor, die keine zeitliche Abfolge implizieren sollen. Die vorgeschlagene Systematisierung der Ansätze geschieht im Wissen darüber, dass jede Systematisierung und Kategorisierung immer auch mit Problemen behaftet sind, weil zahlreiche Differenzen und Unterschiede wegfallen, während einige wenige eine erhebliche Aufwertung erfahren. Dennoch denken wir, dass die hier vorgeschlagenen idealtypischen Unterscheidungen die oftmals diffuse Verwendung des Moralbegriffs in den heterogenen geographischen Beiträgen etwas konturieren können:

- a) deskriptive und normative Moralisationen;
- b) universalistische und partikularistische/relativistische Moralbegriffe;
- c) explizite und implizite Moralisationen.

Erstens lässt sich zwischen *deskriptiven* und *normativen* Moralisierungen unterscheiden. *Deskriptiv* bedeutet, dass Moralisierungen des bzw. innerhalb des betrachteten Alltagshandelns im Sinn einer Beobachtung zweiter Ordnung beschrieben werden. Die Beobachtung zweiter Ordnung versucht gerade, andere Beobachter auf deren Verwendung von bestimmten Unterscheidungen hin zu beobachten. Die spezifische Aufmerksamkeit dieser Ebene bzw. Perspektive liegt in der Frage, welche Formen der Moral von sozialen Gruppen und Individuen erfunden werden und welche Verwendung sie in Handlungen und Kommunikationen finden. Ihr kann es somit weder um die Begründung für eine noch um die Forderung nach einer Moral gehen, die intersubjektive und universelle Gültigkeit haben kann. Eine entsprechend kalibrierte Geographie der Moral würde in diesem Sinn schauen, wie andere Beobachter die Unterscheidung gut/schlecht verwenden, und dabei auf bestimmte Räume und Orte projizieren, also eine Verräumlichung sozialer Zuschreibungen (hier: gutes/schlechtes Handeln) vollziehen (Lossau/Lippuner 2004). Von *normativen* Moralisierungen kann man hingegen dann sprechen, wenn im Sinn einer Beobachtung erster Ordnung durch den wissenschaftlichen Beobachter ein gutes oder schlechtes Handeln konstatiert bzw. zu dem guten Handeln aufgefordert wird. Normative Moralisierungen betreffen nun all jene Formen von Geographie, bei denen zwar die raumbezogenen Formen bzw. Umsetzungen von Moral nicht im Vordergrund stehen, die jedoch die Wissenschaft als eine urteilende und vor allem eine wertende auffasst – was sich dann besonders deutlich in der Anwendung des Beobachtungsschemas von gut und schlecht niederschlägt.

Zweitens lässt sich zwischen *universalistischen* und *partikularistischen/relativistischen* Moralbegriffen unterscheiden – je nachdem, ob man von unverrückbaren und allgemeinen moralischen Maßstäben ausgeht oder gerade von deren Unmöglichkeit. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass eine Positionsbestimmung stark davon abhängt, was unter Universalismus, Partikularismus und Relativismus verstanden wird. Universalismus im strengsten Sinn würde – etwa im Sinn einer von Religion oder humanistischer Ethik gesetzten Moral – die Möglichkeit ausschließen, jegliche an Raum und Zeit gebundene Kontexte als moralische Rahmungen zuzulassen. Universalismus in einem abgeschwächten Verständnis wäre etwa gleichbedeutend mit Michael Walzers *thin morality* (Walzer 1994), einer durch Konventionen und formale Kodifizierungen – insbesondere des Rechtssystems – festgeschriebenen moralischen Ordnung, die zwar sozial konstruiert und innerhalb bestimmter Regeln veränderbar ist, die aber vom individuellen und spezifischen Kontext weitgehend abgekoppelt ist. Mit *thick morality* bezeichnet Walzer hingegen die lokale Praxis, in der moralische Ordnungen und Orientierungen entstehen, ausgehandelt und perpetuiert werden. Dabei wiederum ist es oftmals schwer zu entscheiden, ob eine Aushandlung gegenläufiger Interessen bereits als moralischer Konflikt und als moralgenerierende Situation verstanden wird – so ließe sich beispielsweise jegliche Markttransaktion als Lösung eines Interessenkonflikts zwischen Anbieter und Nachfrager interpretieren – oder ob eine *thick morality* nicht letztlich eine zwar kontingente und von den lokalen Umständen und beteiligten Akteuren abhängige, aber doch auf universalistische Werte rekurrierende Moral ist.

Während sich der Begriff partikular auf die Werte einzelner Akteure und Gruppen bezieht, geht eine relativistische Moralkonzeption bzw. ein moralischer Relativismus, wie er immer gerne dem Postmodernismus zum (moralischen!) Vorwurf gemacht wird, noch weiter. Er sieht moralische Werte und Orientierungen nicht nur in lokalen Kontexten begründet, sondern in erster Linie in Diskursen, Erzählungen und den Praktiken selbst. In der Tat widerspricht eine relativistische Konzeption, wie sie z. B. Sarah Whatmore mit ihren *relational ethics* (Whatmore 1997) vorlegt, einer objektivierten Vorstellung einer von der Natur und/oder der menschlichen Vernunft bestimmten – universalistischen – Moral. Whatmore propagiert mit Konzepten wie *corporeality* und *hybridity* eine Perspektive, in der durch die Konfiguration und Rahmung sozio-materieller Netzwerke (z. B. im Zuge des BSE-Skandals) Werte und moralische Orientierungen neu entstehen, sich verändern und umgedeutet werden. Ein solcher moralischer Relativismus wird vonseiten der ‚moralischen Universalisten‘ meist als apolitische (und insofern schon wieder fast amoralische) Haltung missverstanden. Die Gewissheit eines unverrückbaren moralischen Fundaments aufzugeben muss schließlich nicht bedeuten, sich damit auch einer moralischen Verantwortung zu entziehen.

Drittens können *explizite* und *implizite* Moralisierungen unterschieden werden. Es geht also auch um die Frage, welche Moralisierungen bewusst und möglicherweise strategisch motiviert vollzogen werden und welche unbemerkt bzw. unbewusst. Mit dieser Unterscheidung soll zum einen die Frage bzw. der Grad der wissenschaftlichen Selbstreflexion angesprochen werden: Inwieweit wird der Einsatz bzw. der Rekurs auf Moral innerhalb der Geographie als ein wissenschaftliches Konstrukt reflektiert? Werden Möglichkeiten und Limitationen einer Thematisierung von Moral und Raum bedacht und mit Rücksicht auf den Adressatenkreis kommuniziert? Zum anderen hat die Unterscheidung Konsequenzen für die Form und die Reichweite der Kritik wissenschaftlicher Arbeit. Implizite Moralisierungen können als ein automatisierter und unbewusster Effekt der kognitiven Ordnung unserer Welt sein, indem etwas in kategorialer Hinsicht als gut oder schlecht markiert wird. Dies jedoch bedeutet eine Beschränkung der Reichweite für kritische Interpretationen, soweit diese von der Intentionalität der zu kritisierenden Tatsache ausgehen. Explizite Moralisierungen jedoch sind demnach als bewusst bzw. auch strategisch motivierte Handlungen auch einer weitergehenden hermeneutischen Interpretation zugänglich (so die Argumentation bei Felgenhauer/Mihm/Schlottmann 2005, 48). Schließlich ist hervorzuheben, dass diese dritte Unterscheidung ‚quer‘ zu den beiden oben genannten liegt, denn sie kann sowohl auf normative und deskriptive Moralisierungen in der Geographie wie auf universalistische und partikularistische Moralisierungen bezogen werden.

Die Unterscheidungen, die die hier vorgeschlagene Systematisierung leiten, spannen einen weiteren Problemkreis auf, der die Frage nach dem Verhältnis von Moral und Raum (wieder) radikal auf den Beobachter zurück wirft. Wer stellt dann anhand welcher Begründungen fest, dass es sich um explizite oder implizite Moralisierungen handelt, um dann den expliziten Einsatz von Moral als inflatorisches Beiwerk fetischisierender wissenschaftlicher Praxis zu diskreditieren? Woran erkennt man normative Moralisierungen, um sie anschlie-

ßend von deskriptiven Moralisierungen abzusetzen? Der die Welt beobachtende geographische Blick hängt in diesem Sinne auch davon ab, inwiefern der Beobachter in die entsprechenden Unterscheidungen, die eine moralische Kommunikation konstituieren und figurieren, eingeweiht ist bzw. inwieweit er bereit ist, sie überhaupt als eine solche Unterscheidung zu betrachten, die sich letzten Endes den heterodoxen Praktiken des Sozialen verdankt. Die Unterscheidungen sensibilisieren dafür, die Leistungsfähigkeit des wissenschaftlichen Blicks auf das alltägliche Verhältnis von Moral und Raum nicht vorschnell zu überschätzen.

4 Fazit: Moral in der Geographie ohne Moralisierung des Raumes?

Aus unserer Sicht lassen sich derzeit vier Aufmerksamkeits- und Problembereiche der geographischen Beschäftigung mit Moral und Raum ausmachen:

Erstens ist ein Trend deutlich erkennbar, den Moralbegriff oftmals in einer alltags-sprachlichen Verwendung aufzunehmen und zu behandeln; ihn also wesentlich auf implizite Art und Weise zu verwenden. Dies mag aus Perspektive einer an begrifflicher Sauberkeit orientierten geographischen Kritik ein Problem darstellen, da es die Grenze zwischen reflektiertem Einsatz und unreflektierter Verwendung verwischt. Es kann aber genauso gut als Zeichen geographischer Vitalität und Adaptionfähigkeit an Zeitgeistdiskurse gedeutet werden: Immerhin würde es dann weniger *missing boats* für die Geographie geben und deren Fähigkeit unter Beweis stellen, an die gesellschaftspolitisch relevanten Problemfelder anschließen zu können.

Zweitens enthalten zahlreiche Arbeiten eine innere Spannung durch den Wechsel zwischen deskriptiven und normativen Verwendungen von Moral. Diese Beiträge operieren bemerkenswert inkonsequent auf einer Ebene der Beobachtung erster Ordnung wie auf einer Ebene der Beobachtung zweiter Ordnung. Jene Position des Wechsels zwischen den verschiedenen Ebenen wissenschaftlicher Beobachtungen zieht eine konstitutive Unbestimmtheit des Moralbegriffs nach sich, die unserer Meinung nach zu einer Verwässerung des eigentlichen Anliegens geographischer Arbeiten zum Verhältnis von Moral und Raum führen kann.

Drittens lässt sich insbesondere bei jenen Arbeiten, die konkrete und explizite Vorschläge zur Analyse des Verhältnisses von Moral und Raum vorlegen, die Problematik der Verräumlichung der Moral feststellen. Diese Ansätze partizipieren an jenen Praktiken der Herstellung gesellschaftlicher Ordnung, die die soziale Komplexität durch Zuweisung bestimmter Handlungen auf bestimmte Orte reduzieren. In diesen Arbeiten, die, wie etwa bei Robert Sack, gute Orte als komplexe und auf soziale Diversität ausgerichtete Orte darstellen, stellt dies überdies einen performativen Widerspruch dar: Denn um den Kategorisierungen und Schematisierungen des Sozialen zu begegnen, bedienen sie sich selbst eben dieser Kategorisierungen.

Viertens lässt sich feststellen, dass Moralisierungen vor allem immer dann thematisiert werden, wenn in Umbruchphasen neue Perspektiven gefordert werden und die Setzungen

bestehender Beobachtungs- und Erklärungsschemata infrage gestellt werden. Moralisierungen laufen also oftmals implizit und innerhalb des dominierenden Diskurses unbenutzt mit. In krisenhaften Situationen werden dann entweder die zugrundeliegenden moralischen Setzungen aufgedeckt und kritisiert oder – und das ist kein Widerspruch – es wird ein Mangel an zugrundeliegenden Werten und einer moralischen Orientierung angeprangert. Moral und Werte werden immer dann eingefordert und mobilisiert, wenn Zweifel an der Tauglichkeit etablierter Beobachtungsschemata und Erklärungsmuster aufkommen.

Mit dem hier vorgestellten – keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebenden – Überblick haben wir versucht, einen Problemhorizont aufzuspannen, der die Multiplizitäten des Verhältnisses von Raum und Moral in der Geographie und einige ‚Einsatzmöglichkeiten‘ entsprechender Zugänge vorstellt. Über Moral zu sprechen, ohne als Sprecher selbst implizit oder explizit moralisierende Aussagen zu treffen, scheint nicht möglich zu sein. Insofern müssen auch wir uns am Ende unserer Ausführungen fragen: Können wir einen Beitrag zur Beantwortung der im einführenden Kapitel aufgeworfenen Fragen liefern – insbesondere der Fragen nach Relevanz und Sinnhaftigkeit –, ohne uns selbst in Moralisierungen zu verstricken? Sicherlich wäre es ein fragwürdiges Unterfangen, nun selbst in eine moralische Kommunikation einzusteigen, um die hier vorgestellten wissenschaftlichen Moralisierungen (und deren Blick auf eine von alltäglichen Moralisierungen geprägten Welt) als gute oder schlechte wissenschaftliche Praxis der Geographie zu beurteilen.

Die Frage, ob etwas für gut oder schlecht gehalten wird, ist sowohl mit sozialen Praktiken des Alltags als auch mit den Praktiken deren wissenschaftlicher Reflexion eng verwoben und nicht von diesen zu trennen. Die Loslösung moralischer Fragen von der sozialen wie wissenschaftlichen Welt und ihre Isolierung in eigens dafür geschaffene Kommunikationsbereiche ist als Projekt der Wissenschaft zwar höchst wirkmächtig, doch aus unserer Sicht eine Selbsttäuschung, die bereits in großen Teilen der Geographie aufgegeben wurde. Geographien der Moral bzw. moralische Geographien nehmen insofern einen wichtigen und von anderen Teildisziplinen unseres Faches oftmals übersehenen Aspekt des Sozialen wie der gesellschaftstheoretischen Methodologie in den Blick. Sie laufen damit aber zugleich immer auch Gefahr, als Spezialgebiet für das Moralische eine Entlastungsfunktion für das Fach zu übernehmen und so den Wunsch nach einer für Fragen der Moral und der Moralisierung sensiblen wissenschaftlichen Praxis zu konterkarieren.

Anmerkungen

- 1 Wir verwenden in diesem Aufsatz den Begriff Moral für Handlungen und Kommunikationen, die vier Bedingungen erfüllen: Zunächst haben die entsprechenden Kommunikationen und Handlungen eine Auszeichnung mittels der Unterscheidungen gut/schlecht oder richtig/falsch erfahren. Zweitens muss bei dieser Auszeichnung ersichtlich sein, dass die Unterscheidungen asymmetrisch sind, also dem Guten und dem Richtigen Achtung entgegengebracht wird, dem Schlechten und Falschen Missachtung. Drittens ist ein Aufforderungscharakter („sollen“) festzustellen, dass das Gute

und Richtige zu tun ist. Viertens kann schließlich der Rückgriff auf Moral innerhalb gesellschaftlicher Kommunikation als routiniert bezeichnet werden, da er nicht immer intentional erfolgt, sondern häufig auf Automatismen beruht, die mehr oder weniger zuverlässig für die Kommunikation abrufbar sind (vgl. auch Sayer 2004, 3).

- 2 Zu nennen sind z.B. in prominenten geographischen Fachzeitschriften erschienene Aufsätze und Monographien mit Titeln wie *moral geographies* (Smith 2000, Korf 2007), *geography and ethics* (u.a. Proctor/Smith 1999; Smith 2001; Valentine 2003; Popke 2006 u. 2007), *ethics and geography* (Cutchin 2002), *ethics in geography* (Proctor 1998), *geographies of responsibility* (Massey 2004) oder *geographies of care* (Lawson 2007).
- 3 Dieser Begriff verweist darauf, dass man mittels des Rückgriffs auf Moral klar kommunizieren kann, dass man eigentlich nicht weiter kommunizieren oder zumindest doch bestimmte Formen, die der weitere Verlauf einer Kommunikation nehmen könnte, vermeiden will. Denn gerade die Moralisierung einzelner Themen kann dazu führen, dass kritische Nachfragen recht früh abgeblockt werden. Schließlich würde sich der Nachfrager dem Risiko aussetzen, sich verdächtig zu machen, nicht auf der ‚guten‘ Seite zu stehen bzw. dem Guten zuzustimmen (vgl. auch Luhmann 1997, 235).

Literatur

- Area 1973: Editorial comment: the silly season. *Area* 5 (3). S. 161. (o.V.)
- Anreiter, Gerhard u. Peter Weichhart 1998: Rivalisierende Paradigmen im Fach Geographie. In: Gerhard Schutz u. Paul Weingartner (Hg.): *Koexistenz rivalisierender Paradigmen. Eine postkuhnische Bestandaufnahme zur Struktur gegenwärtiger Wissenschaft*. Opladen/Wiesbaden. S. 53-85.
- Bartels, Dietrich 1978: Raumwissenschaftliche Aspekte sozialer Disparitäten. *Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft* 120 (2). S. 227-242.
- Boesch, Martin 1989: *Engagierte Geographie: Zur Rekonstruktion der Raumwissenschaft als politik-orientierte Geographie*. Stuttgart (= *Erdkundliches Wissen* 98).
- Buttimer, Anne 1999: Humanism and relevance in geography. *Scottish Geographical Journal* 115 (2). S. 103-116.
- Cutchin, Malcolm P. 2002: Ethics and geography: continuity and emerging synthesis. *Progress in Human Geography* 26 (5). S. 656-664.
- Dicken, Peter 2004: Geographers and ‚globalization‘: (yet) another missed boat? *Transactions of the Institute of British Geographers* 29 (1). S. 5-26.
- Duveneck, Anika 2010: *Zur paradoxen Beziehung zwischen Kindern und dem Öffentlichen Raum – ein explorativer Vorstoß zur Etablierung einer konstruktivistischen Geographie der Kindheit*. Jena. (=Sozialgeographische Manuskripte, 9).
- Ermann, Ulrich 2006: Geographien moralischen Konsums: Konstruierte Konsumenten zwischen Schnäppchenjagd und fairem Handel. *Berichte zur deutschen Landeskunde* 80 (2). S. 197-220.

- Felgenhauer, Tilo, Mandy Mihm u. Antje Schlottmann 2005: The making of Mitteldeutschland on the function of implicit and explicit symbolic features for implementing regions and regional identity. *Geografiska Annaler Series B - Human Geography* 87B (1). S. 45-60.
- Geografiker 3/1969: Sonderheft zum 37. Deutschen Geographentag.
- Gibson-Graham, J.K. 2008: Diverse economies: performative practices for 'other worlds'. *Progress in Human Geography* 32 (5). S. 613-632.
- Harvey, David 1972: Revolutionary and counter revolutionary theory in geography and the problem of ghetto formation. *Antipode* 4 (2). S. 1-13.
- Harvey, David 1974: What kind of geography for what kind of public policy? *Transactions of the Institute of British Geographers* 63 (1). S. 18-24.
- Korf, Benedikt 2006: Geographien der Moral. *Geographische Zeitschrift* 94 (1). S. 1-14.
- Korf, Benedikt 2007: Antinomies of generosity: moral geographies and post-tsunami aid in Southeast Asia. *Geoforum* 38 (2). S. 366-378
- Krohn, Wolfgang. 1999: Funktionen der Moralkommunikation. *Soziale Systeme* 5 (2). S. 313-338.
- Lawson, Victoria 2007: Geographies of care and responsibility. *Annals of the Association of American Geographers* 97 (1). S. 1-11.
- Lossau, Julia u. Roland Lippuner 2004: Geographie und spatial turn. *Erdkunde* 58 (3). S. 201-211.
- Luhmann, Niklas 1997: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main.
- Massey, Doreen 2004: Geographies of responsibility. *Geografiska Annaler* 86 B (1). S. 5-18.
- Ó Tuathail, Gearóid 1996a: *Critical Geopolitics: The Politics of Writing Global Space*. Minneapolis.
- Ó Tuathail, Gearóid 1996b: Political Geography II: (counter) revolutionary times. *Progress in Human Geography* 20 (3). S. 404-412.
- Peet, Richard 1998: *Modern Geographical Thought*. Oxford u. Malden.
- Popke, Jeff 2006: Geography and ethics: everyday mediations through care and consumption. *Progress in Human Geography* 30 (4). S. 504-512.
- Popke, Jeff 2007: Geography and ethics: spaces of cosmopolitan responsibility. *Progress in Human Geography* 31 (4). S. 509-518.
- Priddat, Birger P. 2000: Moral hybrids: Skizze zu einer Theorie moralischen Konsums. *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik* 2. S. 128-151.
- Proctor, James D. 1998: Ethics in geography: giving moral form to the geographical imagination. *Area* 30 (1). S. 8-18.
- Proctor, James D. u. David M. Smith (Hg.) 1999: *Geography and Ethics: Journeys in a Moral Terrain*. London.
- Redepenning, Marc 2009: Die Moral der critical geopolitics. *Geographische Zeitschrift* 95 (1-2). S. 91-104.
- Sack, Robert D. 1997: *Homo Geographicus. A Framework for Action, Awareness, and Moral*

- Concern. Baltimore u. London.
- Sack, Robert D. 1999: A sketch of a geographic theory of morality. *Annals of the Association of American Geographers* 89 (1). S. 26-44.
- Sack, Robert D. 2001a: The geographic problematic: empirical issues. *Norsk Geografisk Tidsskrift* 55 (3). S. 107-116.
- Sack, Robert D. 2001b: The geographic problematic: moral issues. *Norsk Geografisk Tidsskrift* 55 (3). S. 117-125.
- Sayer, Andrew 2004: Moral Economy. Online-Publikation des Department of Sociology, Lancaster University, Lancaster. <http://www.comp.lancs.ac.uk/sociology/papers/sayer-moral-economy.pdf> [aufgerufen am 05.01.2010]
- Sayer, Andrew u. Michael Storper 1997: Ethics unbound: For a normative turn in social theory. *Environment and Planning D: Society and Space* 15 (1). S. 1-17.
- Schultz, Hans-Dietrich 1980: Die deutschsprachige Geographie von 1800 bis 1970: ein Beitrag zur Geschichte ihrer Methodologie. (= Abhandlungen des Geographischen Instituts – Anthropogeographie 29). Berlin.
- Smith, David M. 1977: *Human Geography: a Welfare Approach*. London.
- Smith, David M. 1997: Geography and ethics: a moral turn? *Progress in Human Geography*, 21 (4). S. 583-590.
- Smith, David M. 2000: *Moral Geographies: Ethics in a World of Difference*. Edinburgh.
- Smith, David M. 2001: Geography and ethics: progress, or more of the same? *Progress in Human Geography* 25 (2). S. 261-268.
- Smith, David M. 2004: From location theory to moral philosophy. In: Roger Lee u. David M. Smith (Hg.): *Geographies and Moralities. International Perspectives on Development, Justice and Place*. Malden u. Oxford. S. 284-298.
- Stehr, Nico 2007: *Die Moralisierung der Märkte*. Frankfurt am Main.
- Symanski, Richard 1981: *The Immoral Landscape: Female Prostitution in Western Societies*. Toronto.
- Thompson, Lee, Jamie Pearce u. J. Ross Barnett 2007: Moralising geographies: stigma, smoking islands and responsible subjects. *Area* 39 (4). S. 508-517.
- Valentine, Gill 2003: Geography and ethics: in pursuit of social justice – ethics and emotions in geographies of health and disability research. *Progress in Human Geography* 27 (2). S. 375-380.
- Walzer, Michael 1994: *Thick and Thin: Moral Argument at Home and Abroad*. Notre Dame/Indiana u. London.
- Weichhart, Peter 2000: Geographie als Multi-Paradigmen-Spiel. Eine post-kuhnsche Perspektive. In: Hans Heinrich Blotevogel, Jürgen Oßenbrügge u. Gerald Wood (Hg.): *Lokal verankert – weltweit vernetzt: Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen / 52. Deutscher Geographentag Hamburg*. Stuttgart. S. 479-488.
- Whatmore, Sarah 1997: Dissecting the autonomous self: hybrid cartographies of a relational ethics. *Environment and Planning D: Society and Space* 15 (1). S. 37-53.

Bettina Bruns und Helga Zichner ■

Moral an der Grenze? Theoretische Überlegungen und empirische Befunde zur Moral im Alltag an der östlichen Außengrenze der Europäischen Union

Einleitung

„Dieser Eiserne Vorhang: Wem bringt er etwas Gutes?“, problematisiert ein belarussischer Unternehmer die Situation nach der Errichtung der Schengengrenze zwischen Polen und Belarus. Mit der jüngsten Umgestaltung dieser Grenze wird das stetig verstärkte EU-Grenzregime an einem weiteren Abschnitt umgesetzt. Jenem EU-Grenzregime werden wegen der „inhumanen europäischen Abwehrmaßnahmen“ (Pro Asyl 2008) eklatante Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, und es wird ein „schizophrenes europäisches Moralbewusstsein“ (Krause 2009) konstatiert, welches die Gültigkeit universeller Menschenrechte mit der Bevorzugung der eigenen Nationen gegenüber den „Fremden“ zu vereinbaren vermag (vgl. ebd.). „Jahr für Jahr Tausende Tote an Europas Grenzen. Stoppt das Sterben!“, fordert z.B. die Organisation „Pro Asyl“. Doch während die moralische Aufladung des kritischen Diskurses über die Migrationsproblematik offensichtlich ist, werden die moralischen Implikationen dieser Grenze im und für den Alltag der Grenzanwohner bislang weder in der breiteren Öffentlichkeit noch in der Wissenschaft besonders thematisiert.

Unser Beitrag wird sich mit dem tagtäglichen Umgang mit den Grenzen der EU jenseits der Migrations- und Flüchtlingsproblematik beschäftigen, für den das Moralbewusstsein der darin involvierten Akteure ebenfalls eine wichtige Rolle spielt, wie das Eingangszitat bereits verdeutlicht. Wir möchten in diesem Artikel anhand der Beschäftigung mit kleinmaßstäblichen grenzüberschreitenden ökonomischen Praktiken der Frage nachgehen, wie der Zusammenhang zwischen Grenzen und Moral hergestellt wird. In dem Forschungsprojekt „Geographie[n] an den Rändern des europäischen Projekts“¹ beschäftigen wir uns mit der Frage, welche Auswirkungen die zunehmende Homogenisierung des Grenzregimes an der östlichen EU-Außengrenze auf ökonomische grenzüberschreitende Praktiken wie Kleinhandel und produzierendes Gewerbe hat. Um Antworten darauf zu bekommen, haben wir

Gruppendiskussionen mit Unternehmern und Kleinhändlern sowie Interviews mit Grenzautoritäten an vier verschiedenen Grenzabschnitten (Finnland/Russland, Polen/Belarus, Polen/Ukraine und Rumänien/Ukraine) durchgeführt. In den Diskussionen wurde deutlich, dass der Umgang mit der Grenze für die Menschen, die alltäglich mit ihr zu tun haben und für die sie eine ökonomische Ressource darstellt, mit moralischen Problemen verbunden ist. Allerdings wird der Moralbegriff von ihnen nicht explizit geäußert, sondern spielt implizit und latent als selbstverständlicher Bestandteil ihrer Handlungen eine Rolle, wenn es um Abläufe und die Bewertung des Grenzregimes durch die Reisenden geht. Wir stellen deshalb die These auf, dass die spezifischen Moralvorstellungen derer, die in ihrem Alltag mit der Grenze zu tun haben, das Funktionieren der Grenze beeinflussen, und untermauern den Zusammenhang zwischen Moral und EU-Außengrenzen theoretisch. Anhand drei empirischer Fallbeispiele beleuchten wir anschließend, wie Moral an der Grenze in der Praxis aussieht. Dabei gehen wir auf den bemerkenswerten Umstand ein, dass Recht und Moral an Grenzen außergewöhnlich weit auseinanderklaffen können.

Was haben Grenzen mit Moral zu tun?

„[...] I suggest that states and communities that commit to universal liberal principles of equality have no moral basis for excluding migrants. If ‘Western’ democracies lived up to their own liberal standards they would need to abolish restrictions on immigration.“ (Bauder 2003, 169)

„Ist es moralisch gerechtfertigt, dass Grenzen eine so enorme Bedeutung für die distributive Gerechtigkeit zukommt?“ (Ottmann 2003, 281)

Beide Zitate verweisen auf die weit verbreitete Annahme, dass Grenzen *per se* etwas mit Moral zu tun haben, ja geradezu (un)moralisch aufgeladen sind. Mit dieser Ansicht korrespondiert oft eine Annäherung an das Thema, die als stärker normativ denn deskriptiv bezeichnet werden kann. Mit beiden Aspekten wollen wir uns in diesem Abschnitt kritisch auseinandersetzen und am Beispiel von ökonomischen Praktiken an der östlichen EU-Außengrenze darlegen, wie sich der Zusammenhang zwischen Grenze und Moral manifestiert.

In einem ersten Schritt wollen wir versuchen zu klären, woraus sich der Zusammenhang zwischen Grenzen und Moral zu ergeben scheint. Dazu muss man sich vergegenwärtigen, dass viele Texte, die Moral in Beziehung zur Grenze setzen, dieses im thematischen Kontext von Migrations- und Flüchtlingsfragen tun. Fragen des von Staatsseite ausgeübten Zwangs, von Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit bzw. Gleichberechtigung stehen im Mittelpunkt und werden als moralische Probleme präsentiert, was sich auch in der Frage zuspitzen lässt, ob Grenzen „nicht sogar etwas moralisch Willkürliches sind“ (Ottmann 2003, 281); denn niemand hat es selbst in der Hand, auf welcher Seite einer Grenze er/sie geboren wird. Die Anprangerung des Zufallsmoments, des Dies- oder Jenseits einer Wohlstandsgrenze, impliziert letztlich die Vorstellung einer universal gültigen Moral (vgl. nochmals Ottmann 2003, 283).

Um nun unsererseits einen Bezug zwischen Moral und Grenze herzustellen, grenzen wir uns in mehreren Hinsichten ab: Zum Ersten fällt unser Forschungsthema nur teilweise mit dem Komplex Migration/Flüchtlinge zusammen, da wir uns auf Akteure konzentrieren, die Grenzen nicht dauerhaft überschreiten wollen, sondern im Rahmen ihrer alltäglichen wirtschaftlichen Praktiken unterschiedlich oft über die Grenze pendeln. Dabei sind sie grundsätzlich einer Reihe von Zwängen unterworfen, denen auch andere Gruppen unterworfen sind (z. B. Einreisebestimmungen). Zum Zweiten geht es uns weniger darum, die Grenze als einen moralischen Ort *per se* zu untersuchen, als vielmehr darum, wie unterschiedliche Moralvorstellungen bereits in die Gestaltung eines Grenzregimes eingehen und wie ursprünglich nicht auf die Grenze bezogene, eher allgemein-gesellschaftliche Moralvorstellungen auf das Funktionieren dieses Grenzregimes einwirken. Wir fragen uns, wie die Grenze auf Moralisierungen der dies- und jenseits agierenden Gruppen bzw. der lokalen Gesellschaften zurückwirkt. Es geht uns also weniger darum, mit Hilfe einer vorgefertigten Moralkonzeption die EU-Außengrenze zu beurteilen, als vielmehr darum, Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Moralisierungen bzw. Moralvorstellungen, die das Handeln der untersuchten Akteure beeinflussen, zu beschreiben. Ein vollständig induktives Vorgehen bei der Erforschung dieser Vorstellungen ist jedoch nicht möglich, denn wir sind natürlich darauf angewiesen, zumindest grob festzulegen, was wir unter Moral verstehen, wenn wir den Moralvorstellungen der von uns untersuchten Akteure auf die Spur kommen wollen.

Grenzen sind aus moraltheoretischer Sicht Orte, an denen Moralvorstellungen mit lokal begrenzten und solche mit weiter reichenden Geltungsansprüchen zusammentreffen. Bei ersterer Auffassung wird Moral als kontextabhängig betrachtet und aus den Überzeugungen der jeweiligen Individuen darüber, was gut und richtig ist, sozial konstruiert (vgl. Lee/Smith 2004, 2). Bezugspunkt ist nicht eine abstrakte menschliche Gemeinschaft, sondern eine konkrete Gruppe: Das hat zur Folge, dass die Nahverpflichtung des Individuums über seine Fernverpflichtung gestellt wird. Eine solche Auffassung von Moral mit sehr begrenztem Geltungsbereich lässt sich mit Walzer als „dicke“ bzw. „dichte“² Moral („thick morality“) bezeichnen und als Teil des lokalen Kontexts bzw. der lokalen Praxis beschreiben (Korf 2006, 6). Sobald Gruppen größer und abstrakte Regeln notwendig werden, kann sich – auf der Grundlage der dichten Moral – eine „dünne“ Moral (thin morality) etablieren, die dann stärker auf Gesetzen als Gebräuchen beruht. Dichte Moral ist also „Teil eines komplexen Gewebes von Beziehungen“, während man von dünner Moral dann spricht, wenn es um bestimmte Zwecke geht (vgl. Korf ebd.).

Moral im Sinne von Walzers „thin morality“ ist demnach in den Gesetzen enthalten, die die Grenzüberschreitung regeln, während „thick morality“ sowohl in den konkreten Praktiken und Begründungen derjenigen, die die Gesetze als Institutionsvertreter am Grenzübergang umsetzen, zutage tritt als auch in den Handlungen derer, die davon betroffen sind, also der grenzüberschreitend Reisenden, sowie in den Interaktionen zwischen beiden Gruppen. Demnach verwenden wir im Folgenden Moral in Anlehnung an Lee/Smith (2004) als

grundsätzlich kontextabhängige soziale Konstruktion dessen, was Menschen als gut und richtig erachten. Dabei sind wir uns bewusst, dass diese subjektive Moral nicht unabhängig von objektiv geltenden Moralvorstellungen „gemacht“ wird, sondern innerhalb des Wirkungsfeldes einer „thin morality“ entsteht.

Neben der Definition von Moral sind wir darauf angewiesen, in Bezug auf die Grenze Kategorien festzulegen, die wir letztlich als moralisch aufgeladen setzen. Das heißt, auch wir konstruieren moralische Maßstäbe und wenden sie an. Im Unterschied jedoch zu einer Vielzahl an Texten, in denen unter Rückgriff auf moralische Normen, die als universell gültig dargestellt werden, politische Forderungen formuliert werden (z. B. Bauder 2003), wollen wir die von uns gewählten moralischen Anknüpfungspunkte nicht als universell gültig verstanden wissen und zunächst nur die Rolle, die Moral im Alltag an der EU-Außengrenze spielt, analysieren.

Im Folgenden werden wir den Zusammenhang von Moral und Grenzen anhand dreier uns relevant erscheinender Aspekte moralischer Argumente (Konformität, Verunreinigung, Zwang) darstellen und ihre Relevanz sowohl empirisch als auch theoretisch untermauern. Das erste dieser Kriterien, das der Konformität, hat viel mit der generellen Funktion von Grenzen zu tun, die darin besteht, in ihrer Eigenschaft als räumliches Mittel Ordnung zu stiften (vgl. Laitinen 2003, 14 und Redepenning 2005, 170, 175). Die Schaffung von Ordnung kann jedoch nur gelingen, wenn an einer Grenze einheitliche Regeln gelten oder wenn die eine Grenze konstituierenden Regeln einheitlich gehandhabt werden. Insofern stellt die Gestaltung einer gemeinsamen Grenze, an der, wie an der EU-Außengrenze, unterschiedliche Nationalstaaten liegen, eine besondere Herausforderung dar. Das Bemühen um die Herstellung von Konformität in Bezug auf die Grenzregulation lässt sich deutlich am Maßnahmenkatalog ablesen, den die EU verabschiedet hat, um eine „einzige Außengrenze“³ zu schaffen. Zu den wichtigsten Maßnahmen zählen u. a. die Vereinheitlichung der Modalitäten der Überschreitung der Außengrenzen und deren Kontrolle, die Angleichung von Visa-Bestimmungen, getrennte Abfertigungen von Reisenden aus dem Schengen-Raum und übrigen Personen sowie eine stärkere Zusammenarbeit der Justizbehörden.

Wie aus dieser Aufzählung hervorgeht, impliziert das Streben nach Konformität immer auch eine Kehrseite: Ähnlich wie Grenzen immer zugleich ein- und ausschließen, das Innerhalb nicht ohne die Konstruktion des Außerhalb zustande kommen kann, so kann Konformität nicht ohne die Definition von Abweichung bzw. Verunreinigung definiert werden: „the greater the search for conformity, the greater the search for deviance“ und „there is no self-consciousness of conformity and *vice-versa*“ (Davis zitiert nach Sibley 1995, 39). Gerade am Beispiel dieser Trennung lässt sich die Korrespondenz von Konformität/Abweichung mit den moralischen Begriffen Reinheit/Verunreinigung zeigen: „[...] mixing [...] carries the threat of contamination and a challenge to hegemonic values. Thus spatial *boundaries* are in part *moral boundaries*. Spatial separations symbolize a moral order [...]“ (Sibley 1995, 39, unsere Hervorhebungen). „Mixing“ entspräche in unserem Fall einer gemeinsamen Abfertigung von EU- und Nicht-EU-Bürgern, die „Verunreinigung“ bestünde in einer gemeinsamen Nutzung der Abfertigungsspuren durch EU- und Nicht-EU-Reisende. Insofern kann

man die Einführung der getrennten Abfertigung als eine „Reinigungsmaßnahme“ interpretieren, die dazu dienen soll, den von der Außengrenze begrenzten Schengenraum von vermeintlichen Risiken, als deren Träger Personen bestimmter Kategorien und *per se* solche Personen gelten, die von außerhalb kommen, freizuhalten. Der Freizügigkeit im Inneren stehen also „so genannte Ausgleichsmaßnahmen“ (ebd.) gegenüber, die für ein einheitliches, stabiles Sicherheitsniveau innerhalb des abgegrenzten Schengenraums sorgen sollen. Was hier als sicherheitsgewährleistende „Ausgleichsmaßnahme“ in den Maßnahmenkatalog aufgenommen wurde, lässt sich aus einem moralischen Blickwinkel betrachten und wird von Betroffenen als *moralisches* Problem wahrgenommen. Aus Sicht der EU aber kann diese Maßnahme dazu beitragen, das eigene Vorgehen *moralisch* zu legitimieren, indem sie sich als „Beschützer“ ihrer Bürger darstellen kann.

Als drittes Moment kommt der Zwang ins Spiel, der beim Überschreiten der Außengrenze in Richtung EU als sehr stark empfunden wird, wie folgendes Zitat zeigt:

Bogdan: „Seitdem diese Schengenzone da ist, gibt es nur Vorschriften und Befehle. Wir dürfen nichts. Alles wird uns aufgezwungen. Alles wird von oben [aufgezwungen]. Das ist ein bisschen komisch. (...)“ Filip: „Die Polizei, der Zolldienst, der Grenzschutz. Nehmen wir an, ich fahre zu Kollegen nach Sokó³ka, und sie halten mich unterwegs an. Ich muss mich bei jedem Trottel entschuldigen, dass ich beim Kollegen war. Dieses verdammte Schengen hat uns geschadet. So war es in meinem Fall. Das ist eine Beschränkung der Freiheit.“

(Quelle: Gruppendiskussion mit polnischen Kleinhändlern an der Grenze zu Belarus, unsere Hervorhebung)

„Vorschriften“, „Befehle“, „müssen“, „Beschränkung“ – die Passage ist durchsetzt von Wörtern, die ein Zwangsverhältnis zum Ausdruck bringen, welches durch die Neu-regulierung der Grenze im Rahmen des polnischen Beitritts zum Schengen-Raum entstanden ist. Wir schließen uns hier Weiner (1996) an, die davon ausgeht, dass grundsätzlich jegliche Zwangsausübung seitens des Staates moralische Fragen aufwirft (vgl. Weiner 1996, 172), und wollen mit einem weiteren Zitat veranschaulichen, dass dies insbesondere von den Betroffenen aus den Anrainerstaaten ebenso empfunden wird. Der entscheidende Punkt ist, dass mit der Einführung einer Reihe von Vorschriften zugleich eine Unterscheidung der Reisenden in verschiedene Gruppen vorgenommen wird. Diejenigen, die als „Nicht-EU“-Reisende behandelt werden, erleben die vielfältigen Kontrollen nicht nur als Freiheitsbeschränkung, sondern zudem als ungerechtfertigte Ungleichbehandlung, wie ein weiteres Zitat zeigt:

Konstantin: „Man wird irgendwie wie eine Person der zweiten Klasse behandelt. Man wird so behandelt, obwohl man auch Geld hat, gut gekleidet ist und ein anständiges Auto fährt.“

(Quelle: Gruppendiskussion mit ukrainischen Kleinhändlern an der Grenze zu Polen)

Was hier also aus Sicht der EU eine „Ausgleichsmaßnahme“ zum Schutz der EU-Bürger darstellt und damit durchaus als ein begrenzter moralischer Anspruch (das Wohl der eigenen Bürger) interpretiert werden kann, stellt aus Sicht der Nicht-EU Bürger eine nicht ge-

rechtfertigte Diskriminierung zu ihrem Nachteil dar. Es sind genau solche Momente des Aufeinandertreffens unterschiedlicher Formen von Moral, deren Wechselwirkungen untereinander und Wirkungen auf das Geschehen an der Grenze, die wir im Folgenden anhand mehrerer empirischer Beispiele darlegen möchten.

Wie die Grenze ihre eigenen Normen schafft

Informelle Praktiken wie grenzüberschreitender Kleinhandel und Schmuggel werden zwar durch die Gültigkeit bestehender formaler Gesetze oft als illegal klassifiziert, gleichzeitig jedoch gelten diese Handlungen nicht unbedingt als unmoralisch. Was moralisch und unmoralisch ist, definieren spezifische, vom Vorhandensein der Grenze geprägte grenzüberschreitende Normen, deren regionale Gültigkeit auf bestimmten äußeren wirtschaftlichen Bedingungen beruht. Legalität und Moralität sind dabei nicht unbedingt deckungsgleich, deshalb stehen die informellen Praktiken in einem Spannungsfeld zwischen Illegalität und moralischer Legitimität. Diese Legitimierungen der Informalität an der Grenze werden durch diejenigen hervorgebracht, die von der Grenze durch benannte ökonomische Praktiken finanziell abhängig sind, also z.B. Kleinhändler und Unternehmer, und die deshalb von den Schließungsmechanismen der EU-Außengrenze besonders betroffen sind. Sie laden ihre informelle Tätigkeit moralisch mit der Begründung auf, dass es keine alternativen Einkommensmöglichkeiten gebe und sie für die Sicherung ihres Lebensunterhaltes von der Grenze abhängig seien.

Barbara: „Aber wir müssen irgendwie leben. Wir haben keinen anderen Ausweg. Wenn es irgendeine Arbeit gäbe (...).“

(Quelle: Gruppendiskussion mit polnischen Kleinhändlern an der Grenze zur Ukraine)

Die perspektivlose wirtschaftliche Situation in der Grenzregion dient hier als moralische Legitimierung der zumindest teilweise illegalen grenzüberschreitenden Handelstätigkeit. Ihre Eigeninitiative ist in den Augen der Händler ihre Antwort auf das staatliche Versagen, Arbeitsplätze zu schaffen. Umso unangemessener, ja unmoralischer, werten sie dementsprechend die staatliche Einmischung in ihre grenzüberschreitenden ökonomischen Praktiken und deren Erschwerung und Verhinderung, wie folgendes Zitat deutlich macht.

Danuta: „Wenn du mit Zigaretten handelst und sie verkaufst, kommt plötzlich jemand und sagt: Guten Morgen, hier [ist] das Zollamt, den Ausweis bitte, Sie kommen mit uns, leider.“

Moderator: „Solche Situationen passieren?“

Danuta: „Oh ja, fast jeden Tag. Für die, die handeln, passiert das täglich. Da ist das Finanzamt oder die Durchsuchung zu Hause oder etwas Ähnliches.“

Bogdan: „Das Schlimmste ist das, dass ich solche Sachen nie verstehe. Warum nehmen sie diese Sachen mit, für die ich gezahlt habe, und die ich mich bemühe teuer zu verkaufen. Jemand kommt, nimmt das weg und erlegt mir sehr hohe Bußgelder auf. Ich verstehe das überhaupt nicht. Das ist nichts Schlechtes. Das ist die Unterdrückung des Menschen.“

(Quelle: Gruppendiskussion mit polnischen Kleinhändlern an der Grenze zu Belarus)

Diese Äußerungen untermauern die These „the more the regulation departs from socially accepted norms, the less legitimate it is“ (Domański 2004, 56). Durch seine lange Tradition wurde Schmuggel in einem so hohen Maße sozial anerkannt und moralisch verankert, dass die Tätigkeit als mit der Grenze verwachsen wahrgenommen wird. Schmuggel als etwas moralisch Gerechtfertigtes wird hier gleichzeitig exotisch aufgeladen. Schmuggler wurden von der Bevölkerung lange romantisierend als heroische SozialrebellInnen wahrgenommen und glorifiziert, da sie durch ihre Tätigkeit zwar den Staat betrügen, genau dadurch aber die Bedürfnisse ihrer Kunden erfüllen (vgl. Paul u.a. 2002, 100f.).

Althergebrachte Gebräuche wie jener des Schmuggels lassen eine „thick morality“ entstehen, die in diesem Fall gesellschaftlich hoch legitimiert ist und die sich innerhalb regional gültiger Normen verortet. Legitimität ergibt sich also aus der Akzeptanz geltender Normen, die gleichzeitig auch festlegen, ob eine Handlung als moralisch oder unmoralisch gewertet wird. Die von den Gesetzen Betroffenen benutzen im Sinne des Etikettierungsansatzes (vgl. z. B. Büttner 1999) so genannte „Metaregeln“, also zusätzliche außerrechtliche Interpretationsregeln bei der praktischen Umsetzung bestehender Gesetze. Sowohl die viele Menschen umfassende Notsituation als auch die lange Tradition des grenzüberschreitenden Handels dienen als Legitimierung einer regional akzeptierten Normverschiebung. Aufgrund dieser kontextabhängigen Anwendung allgemeingültiger Normen wird der Kleinhandelstätigkeit neben teilweiser Illegalität auch Legitimität zugeschrieben (vgl. Bruns 2009, 172). Es entsteht also eine spezifische „dicke“ Grenz-moral unter den grenzüberschreitend Handelnden, die auf gewachsenen Gebräuchen basiert. Diese Gebräuche stellen einen spezifischen Umgang mit der „dünnen“ Moral dar, die zwar in Form von Gesetzen festgeschrieben ist, aber durch den erläuterten Umgang mit ihnen modifiziert wird.

Veränderung der Distanz/Näheverhältnisse durch Grenzziehungen

Anatol: „(...) ich betrachte Belarus als eine kleine Region in dieser Welt. Geographisch gesehen ist es unmöglich, diese Region aus dem Weltbild auszuschließen. Heute aber will Europa leider gerade das machen. (...) Aus meiner Sicht nehmen wir heute unseren Kindern die Möglichkeit, sich die Welt anzuschauen. Das macht Europa.“

(Quelle: Gruppendiskussion mit belarussischen Unternehmern, eigene Hervorhebungen)

Das einleitende Zitat bringt zum Ausdruck, wie Grenzziehungen bzw. die Umgestaltung ehemals bilateral geregelter Grenzen zur suprastaatlich geregelten Außengrenze der EU die Nähe- und Distanzverhältnisse beeinflussen. Diese Äußerung legt damit den Bezug zu einem in den moraltheoretischen Auseinandersetzungen wichtigen Themenkomplex nahe, nämlich das oft schwer abzuwägende Verhältnis zwischen Nähe und Distanz, das manchmal auch zu einem Dilemma zwischen Verpflichtungsgefühlen für uns Nahestehenden oder Fremden führt (vgl. Korf 2006).

Die Auswahl der Beispiele wird zeigen, dass sich das genannte Dilemma weniger als eine Zwangslage oder Entscheidungssituation in einer Person konzentriert, sondern sich vielmehr in einem generellen Auseinanderklaffen zwischen „alltäglichen Moralgefühlen“

(Korf 2006, 2) und den Auswirkungen auf die Alltagspraktiken niederschlägt, was jedoch nicht unbedingt davon abhängt, auf welcher Seite einer Grenze man sich befindet:

„[...] there is no logical reason to suppose that moral boundaries should coincide with the boundaries of our everyday community: not least because these latter boundaries are themselves not closed, but rather are defined in part by an increasing set of exchanges with distant strangers“ (Corbridge 1993, 463, zitiert nach Smith 2000, 97-98)

In mehreren Schritten, in denen verschiedene Perspektiven zum Tragen kommen werden, wollen wir nachzeichnen, welche Wechselwirkungen zwischen der neuen Grenze am östlichen Rand der EU und den Moralvorstellungen bestehen und welche teilweise neuen moralischen Maßstäbe hervorgebracht werden. Beginnen wir mit einem Ausschnitt aus der Diskussion mit polnischen Unternehmern, aus deren Äußerungen sich das gewissermaßen klassische Paradigma, demzufolge moralische Verpflichtungsgefühle mit zunehmender Nähe intensiver werden (vgl. Korf 2006, 2 und Smith 2000, 73), herauslesen lässt:

Dominik: „Ich finde es schlimm, dass die Firmen die Arbeit Arbeitskräften aus dem Fernen Osten anbieten, wenn es hier Möglichkeiten gibt. Und die politischen Bedingungen sollten keinen Einfluss auf die Wirtschaft haben. Und sie haben ihn dennoch. Und ich persönlich finde, dass ich am liebsten die Leute vom Ausland, das nur wenige Kilometer von hier entfernt ist, einstellen würde. Wörtlich hinter der Ackergrenze. (...)“

Czes³awa: „Es wäre besser, wenn diese kommen, die in Weißrussland Not leiden. Und es ist bekannt, dass sie es schwer haben. Sie besserten sich das Budget auf diesen Märkten hier auf (...). Alle Barrieren, die, die um sie entstehen, bilden auch Emotionen, am häufigsten keine guten Emotionen. Und das beeinflusst generell ihre Wahrnehmung.“

(Quelle: Gruppendiskussion mit polnischen Unternehmern an der Grenze zu Belarus)

Kurzfristige Engpässe auf dem polnischen Arbeitsmarkt sollten aus der Sicht der polnischen Unternehmer besser durch den Einsatz belarussischer Arbeitskräfte aus der direkten Nachbarschaft ausgeglichen werden als durch Arbeitskräfte aus dem fernen Osten. Dieses „es wäre besser“ lässt sich als ein „es wäre moralisch besser“ interpretieren: man fühlt sich den benachbarten Belarussen stärker verbunden als weiter entfernt lebenden Menschen, für die man aufgrund ihrer wirtschaftlich schwierigen Lage nach einem universellen Moralcode mindestens dasselbe Maß an Mitleid empfinden müsste.

Nun soll es aber nicht nur um das *Moralempfinden* gehen, sondern auch um seine praktischen Auswirkungen. Im Verlauf dieser Diskussion wurde auch die Frage angesprochen, inwiefern es persönlich möglich sei, Belarussen die Einreise nach Polen zu ermöglichen, indem man ihnen eine Einladung ausspricht, die für die Beantragung eines Visums notwendig ist. Wie sich jedoch herausstellte, ist es sehr schwierig, nach den eigenen Maßstäben zu handeln:

Filip: „Ich sage noch, warum das ein Problem ist (...). Weil, wie sie zu sagen begonnen haben, dass alles teuer ist und man eine eigene Wohnung haben muss. Man muss belegen können, dass es deine eigene Wohnung ist, das ist das zweite Problem. Das drit-

te Problem ist folgendes. Wenn der Weißrusse erkrankt, zahlst du für alles aus deiner eigenen Versicherung. Wenn ich nicht versichert bin und er hier erkrankt, in unserem Land, muss ich für ihn das Krankenhaus, die Behandlung usw. zahlen. Das ist das dritte Problem. Das vierte Problem ist, wenn er beim illegalen Handel ertappt wird, wird er deportiert. Und für die Deportation zahle ich auch. Eben deshalb würde ich die Einladung nicht besorgen.“

(Quelle: Gruppendiskussion mit polnischen Kleinhändlern an der Grenze zu Belarus)

In dieser Passage geht es um die von der EU aufgestellten Einreisebestimmungen für Drittstaatenangehörige, und zwar um jene Regelungen, die die Pflichten der Einladenden betreffen. Diese sollen im Prinzip für jene Risiken haften, die die EU durch ihre strengen Einreiseregeln gerade von ihrem Territorium fernhalten möchte. Die Bestimmungen sind aus der Perspektive der EU als Maßnahmen zu verstehen, die der Etablierung einer einheitlichen Außengrenze dienen. Aus einer moraltheoretischen und historischen Sicht ähneln sie dem, was Smith als „codes of hospitality“ (Smith 2000, 74) bezeichnet, jene Regeln, mit denen „vormoderne“, übersichtliche lokale Gemeinschaften versucht haben, das Ausmaß der Verpflichtungen gegenüber Fremden zu begrenzen, Normen also, die Smith mit einer Zeit assoziiert, in der noch nicht in universell-altruistischen Kategorien gedacht wurde (Smith 2000, 74).

Jene EU-Bürger, die heute mittels Einladung Beziehungen zu Angehörigen von Drittstaaten unterhalten wollen, werden im Rahmen der Versicherheitlichung der Außengrenze in einer Weise in die Pflicht genommen, dass sie teilweise davor zurückschrecken, nach ihren moralischen Maßstäben zu handeln. Praktisch führt dies dazu, dass sie selbst daran *beteiligt werden*, die Distanz zu den Einwohnern der Nachbarländer wie z.B. Belarus zu vergrößern, denn mit ihrer ungewollten Entscheidung gegen die eigenen Verpflichtungsgefühle tragen sie dazu bei, die Beschaffung von Visa zu erschweren und somit die Einreise zu verhindern. Zugleich aber wirft das Dilemma auch die Frage nach dem Grad der Nähe auf: Einerseits bedauert man es, mit der neuen Grenze Möglichkeiten des wirtschaftlichen Austauschs verloren zu haben, vielleicht auch langjährige Geschäftspartner oder Kunden, andererseits aber ist das Nähegefühl nicht stark genug, um auf seiner Basis die Beziehung trotz der Hürden aufrechtzuerhalten.

Betrachtet man die Modalitäten der Grenzkontrollen und die Praktiken der Grenzautoritäten genauer, so wird deutlich, dass die Einführung getrennter Abfertigungsspuren⁴ für EU- und Nicht-EU-Staatsangehörige, auf die wir bereits hingewiesen haben, nur eine der offensichtlichen Maßnahmen ist, mit der die Distanz verstärkt wird. Darüber hinaus gibt es Hinweise, dass in der Kontrollpraxis einiger Grenzbeamten Distanz und Nähe auch auf andere Art und Weise verstärkt werden. So erwähnten rumänische Kleinhändlerinnen nachsichtiger Kontrollen durch die „eigenen Leute“, während die ukrainischen Beamten den Ukrainern mehr durchgehen ließen. Gravierender erscheinen aber Vorfälle, bei denen Reisende aufgrund ihrer Herkunft über das offiziell geregelte Maß hinaus diskriminiert werden. So kann die Distanz durch ein Verhalten seitens der Grenzbeamten verstärkt werden, wel-

ches von den direkt Betroffenen, in diesem Fall belarussische Unternehmer, als „unmenschlich“ bezeichnet wird (Gruppendiskussion mit belarussischen Unternehmern), während es von polnischen Unternehmern als gängige und respektlose Praxis problematisiert wird, die letztlich auch ein schlechtes Licht auf „Polen als Ganzes“ werfe (ebd.). Zusammenfassend kann man sagen, dass sich im Verhalten einiger Grenzbeamten ein moralisches Verhalten fortsetzt, welches in den formalen Bestimmungen der EU bereits angelegt ist. Aus moraltheoretischer Perspektive beinhalten diese Bestimmungen allerdings einen Widerspruch: So entsprechen sie in ihrer Reichweite stärker dem, was Ottmann als Ethos beschreibt, denn hier zählt, „was gut für uns“ ist, wobei „wir/uns“ die Angehörigen der EU umfasst. Die Basis dieser Moralität besteht jedoch weniger in den Gewohnheiten, Sitten und Gebräuchen (deren Überreste in den Idealen der polnischen Unternehmer zum Ausdruck kommen), sondern in einem komplexen und formal festgeschriebenen Regelungsapparat, der stärker der „dünnen“ Moral Walzers entspricht (Korf 2006, 6).

Insgesamt wird die Nähe also durch zunehmende Distanz, manifest in diskriminierenden Regeln und abnehmenden Austauschbeziehungen, schwächer. Zudem kann sich das moralische Handeln mit der Herkunft des Gegenübers ändern. Daher bleibt abzuwarten, wie sich das Verhältnis zwischen dem (noch) vorhandenen moralischen Verpflichtungs- und Näheempfinden der Bevölkerungen und dem anders gelagerten Verpflichtungsgefühl der EU-Beamten entwickeln wird und ob sich auf Dauer eine gemeinsame Moral etablieren wird.

Unordnung durch Ordnungssysteme?

Sowohl die Kategorie der Moral als auch die der Grenze stellen im Prinzip ein Set an Normen bereit, mit deren Hilfe soziale, kulturelle und politische Sachverhalte geordnet werden können, z. B. nach gut oder schlecht, eigen oder fremd, innen oder außen, erwünscht oder unerwünscht (vgl. auch van Houtum/van Naerssen 2002). Insofern ist unser Beitrag auch ein Versuch, den Interferenzen zwischen diesen beiden Ordnungssystemen nachzugehen. Wir gehen davon aus und haben mittels der bereits angeführten empirischen Beispiele dargestellt, dass sich die Wechselwirkungen in einer Vervielfältigung der moralischen Standards niederschlagen können oder in einem Auseinanderdriften der bisherigen moralischen Ansprüche und den Möglichkeiten nach ihnen zu handeln: Durch wirtschaftliche Zwänge entstehen neue moralische Normen, die im Widerspruch zu geltenden rechtlichen Normen und auch moralischen Ansprüchen stehen, bestehende Nähe/Distanzverhältnisse erweisen sich als nicht mehr praktikierbar.

Während die bisher gebrachten Beispiele direkt das Geschehen an und über die Grenze hinweg betrafen, wollen wir abschließend noch zwei Beispiele dafür anbringen, inwiefern die Veränderungen im Hinblick auf die Moral – ausgelöst, verstärkt oder einfach sichtbar geworden durch das Ziehen bzw. Umgestalten der EU-Außengrenze – in die jeweilige lokale Gesellschaft auf einer Seite der Grenze hineinreichen. Mit den letzten Beispielen wollen wir auf zwei Dinge verweisen: einerseits auf den teilweise extrem lokal begrenzten Charakter von Moralvorstellungen, was selbst innerhalb überschaubarer lokaler Gemeinschaften

zumindest zu latenten Spannungen führen kann, und andererseits auf die Tatsache, dass durch das Ziehen der Außengrenze innerhalb dieser Gesellschaften moralische Fragestellungen aufgeworfen werden. Fragen der Moral stellen sich im Zusammenhang mit der Erforschung von Effekten der Grenzziehungen nicht nur aus der Forscherperspektive, sondern auch aus der Sicht der Betroffenen (und Beforschten).

Im ersten Beispiel geht es um eine Lehrerin, die, obwohl berufstätig, den Kleinhandel ausprobiert hat, sich dabei jedoch um ihr soziales Ansehen sorgte, was den übrigen Gesprächsteilnehmern ebenso einleuchtete, auch wenn die Gesprächsstimmung heiter-ironisch bleibt:

Elena: „Mehr darüber: ich bin am genannten Tag vier Mal rüber. ((Lachen)). Und so ((Stimmengewirr)) Also was tat ich – ich gebe Ihnen jetzt mal ein Beispiel, also wenn ihr mal rüber geht, dann könnt ihr nun etwas von mir lernen ((Lachen)): am Boden des Beutels habe ich Zigaretten, wie jeder andere auch, weil das habe ich links und rechts gesehen und gehört und so gelernt. Am Boden habe ich also Zigaretten, aber natürlich habe ich mir auch nicht zu viele erlaubt, weil auch ich Angst hatte und überhaupt.“ ((Lachen))

Dana: „[die Frau Lehrerin...]“ ((Lachen))

Elena: „[Ja, „die Frau Sowieso“] – wie ich schon sagte, die Stadt ist klein, jeder kennt jeden usw. und dass man auf mich mit dem Finger zeigen könnte als ob, na ja.“

(Quelle: Gruppendiskussion mit rumänischen Kleinhändlern)

Weshalb man auf sie mit dem Finger zeigen könnte, erschließt sich aus einer Passage, in der von einer Frau berichtet wird, die Mutter eines behinderten Kindes ist, und die, um die staatlichen Beihilfen etwas aufzubessern, regelmäßig Kleinhandel betreibt:

Elena: „Also, das ist ein konkretes Beispiel: eine Mutter mit zwei Kindern, von denen eines behindert ist, und sie geht dieser Beschäftigung weiter nach, weil es eine wichtige Einkommensquelle für sie ist.“

Dana: „Gut, aber wenn sie in dieser Zeit nicht auf das behinderte Kind aufpassen muss, könnte sie in dieser Zeit nicht woanders arbeiten? Also mir scheint das nicht korrekt zu sein, oder ein Fall, welcher mir gerade die Tränen in die Augen treibt, überhaupt nicht. ((Stimmengewirr, Lachen)) [Wenn sie zehn Stunden bei den Russen stehen kann.]“

Elena: „[Ich nannte nur ein Beispiel, ein anderes Beispiel. Ich weine jetzt nicht vor Mitleid, es ist halt einfach eine Einkommensquelle.]“

(Quelle: Gruppendiskussion mit rumänischen Kleinhändlern)

Die Nutzung dieser Einkommensquelle kann jedoch mit einem Verlust des Ansehens verbunden sein und zwar deshalb, weil Kleinhandel in diesem Fall, in dieser lokalen Gesellschaft, nicht als „anständige“ Arbeit anerkannt ist, es ist nicht „korrekt“. Damit wird das Handeln nach den Ansprüchen einer „guten Arbeitsmoral“ von den Diskussions- teilnehmern höher bewertet als das aus einem universalistischen Blickwinkel nachvollziehbare Bestreben sowohl der Lehrerin als auch der Mutter, ihr dürftiges Einkommen⁵, das sich mit „anständiger“ Arbeit erzielen lässt, zum eigenen bzw. dem Wohl der Familie aufzubes-

sern. Aus der Perspektive der Moral ist entscheidend, dass durch das Verfolgen dieser Tätigkeit eine soziale Distanz aufgebaut wird, die sich unterschiedlich äußern kann: man muss damit rechnen, dass mit dem Finger auf einen gezeigt wird, und man kann nicht auf das Mitleid seiner Mitmenschen zählen. Kleinhandel genießt in diesem lokalen Kontext – im Unterschied zum Schmuggel in den anderen Beispielen – keine besonders hohe Legitimität.

Überraschenderweise wird ausgerechnet von Teilnehmern der Unternehmerdiskussion Verständnis für das Vorgehen der Kleinhändler geäußert, indem sie ihr Vorgehen als eine Strategie sehen, der Armut zu entkommen. Und genau wie andere Geschäftsleute strebten auch sie nach Erfolg ihrer Aktivität (rumänische Unternehmerdiskussion). Aber auch wenn damit die grundsätzliche Problemlage (Armut) anerkannt wird, stehen an anderer Stelle die eigenen Interessen als Unternehmer im Vordergrund. So würden sie am liebsten die Distanz zu den KleinhändlerInnen im Rahmen der Grenzkontrollen vergrößern und getrennte Abfertigungsspuren nicht nur nach „EU“ und „Nicht-EU“, sondern eine zusätzliche Diskriminierung nach „kleiner Grenzhandel“ und „Business“ einführen (ebd.). Außerdem fordern sie eine größere Solidarität mit der eigenen Wirtschaft und beklagen, dass man kaum noch Arbeitskräfte finde, die zu den Konditionen der rumänischen Unternehmer arbeiten wollten:

Bucur: „Genau, denn sie zahlen keine Steuern, wir zahlen die, wir, die produzieren. Also es ist einer der größten Schäden, den sie in der Stadt anrichten – meiner Meinung nach! Letztlich werden wir trotzdem was finden, denn auch wir geben (größere) Gehälter, aber das gibt es nicht – der Respekt vor der Arbeit sinkt.“

Cristi: „Auch wir hatten solch einen Fall, ein Mann mit einer guten Position in unserer Firma, mein Sektionschef, er hat sich frei genommen und ich habe ihn gefragt: ‚Warum nimmst du dir frei?‘ ‚Morgen komme ich nicht. Ich gehe in die Ukraine, um ein paar Grenzgänge zu machen.‘“

Evgeni: „[Um einzukaufen, den Tank aufzufüllen.]“

Bucur: „Die bringen sich Diesel und Benzin von dort mit, die Peco-Tankstellen von hier verkaufen nichts mehr.“

(Quelle: Gruppendiskussion mit rumänischen Unternehmern)

Wie bei den zitierten Kleinhändlerinnen liegt hinter dieser Analyse die Unterscheidung in gute und schlechte Arbeit bzw. noch grundsätzlicher zwischen Arbeit und anderweitigem Gelderwerb, der aus der Sicht des Unternehmers nichts mit Arbeit zu tun hat und der darüber hinaus der Gesamtwirtschaft der Stadt schade. Mit der Forderung nach Solidarität mit der einheimischen Wirtschaft wird wieder einem bestimmten Näheverhältnis der Vorrang eingeräumt: Hier steht der Zusammenhalt mit der lokalen Wirtschaft gegen das Verfolgen des (finanziellen) Wohlergehens eines Einzelnen, welches z. B. durch die Ersparnis beim Tanken auf der anderen Seite gesteigert werden könnte.

Insgesamt kann man festhalten, dass alle in diesem Abschnitt genannten Beispiele nochmals darauf verweisen, dass Moral häufig nur einen kleinen Geltungsbereich abdeckt. So kann es vorkommen, dass eine Person hinsichtlich einer Moralität moralisch handelt (indem sie z. B. keinen Kleinhandel betreibt), hinsichtlich einer anderen jedoch nicht moralisch

vorgeht (indem sie „drüben“ tankt und damit den Tankstellen auf der „eigenen“ Grenzseite schadet).

Auch wenn vielfältige Moralvorstellungen, welche teilweise an die Problematik der Doppelmoral erinnern, beinahe so etwas wie der Normalfall sein dürften, so scheint die Außengrenze ein Ort zu sein, der das Problem akzentuiert, weil durch die Grenze spezifische Möglichkeiten zunächst geschaffen und dann wieder abgeschafft wurden. Dadurch entstanden teilweise neue Moralitäten bzw. es treten Widersprüche zwischen ihnen stärker zutage. Auf diese Weise verstärkt sich das Moment der Unordnung, und zwar an einem Ort (der Grenze), an dem durch vielfältige formale Sets an Regeln und die für ihre Einhaltung abgestellten Zoll- und Grenzschutzbeamten eigentlich ein hohes Maß an Ordnung erreicht werden soll.

Fazit

Welche Schlussfolgerungen können wir nun also ziehen bezüglich der Moral an der EU-Außengrenze? Grenzen sind Orte, an denen Normen durchgesetzt und realisiert werden. Daraus folgt, dass moralische Stellungnahmen von Akteuren, die mit der Grenze zu tun haben, geradezu herausgefordert werden. Spezifische Moralvorstellungen müssen notwendigerweise von ihnen im Umgang mit der Grenze benannt werden. Grenzen können deshalb als Orte von Moralproduktionen bezeichnet werden. Letztere können, wie wir gezeigt haben, je nach Akteur auf ganz unterschiedlichen Überzeugungen basieren. Was für das EU-Grenzregime mit Hinweis auf die Sicherheit der Bürger des Staatenbundes moralisch legitim ist, nämlich die selektive Durchlässigkeit seiner Grenzen und die Exklusion bestimmter Kategorien von Einreisewilligen, stellt sich für die Angehörigen von Drittstaaten, denen die Überwindung der EU-Außengrenze erschwert bzw. verwehrt wird, als unmoralische Diskriminierung dar. Das, was Menschen als gut und richtig (vgl. Lee/Smith 2004, 2) erachten, differiert also je nach Interessenlage und Kontext der Betroffenen. Stoßen diese unterschiedlichen Moralvorstellungen aufeinander, wie z. B. an der EU-Außengrenze, kommt es zu Unzufriedenheiten derer, deren Moralbewusstsein aufgrund der Durchsetzung von Moralkonzepten der anderen sich nicht umsetzen lässt. So haben wir gezeigt, dass die restriktiven Einreiseregulungen im Rahmen der Homogenisierung der EU-Außengrenze dazu führen, dass das moralische Verpflichtungs- und Näheempfinden der Bevölkerung innerhalb der EU mit den unmittelbaren, sich außerhalb der Union befindenden Nachbarn nicht zu entsprechendem Handeln, sprich Förderung bzw. Aufrechterhaltung der Austauschbeziehungen durch Einladungen, führen kann. Die „thin morality“ des Grenzregimes erschwert also die Realisierung der im Sinne einer „thick morality“ als richtig empfundener Nahverpflichtungen.

Allerdings ist die EU-Außengrenze auch ein Ort, an dem das, was Menschen für gut und richtig halten, verändert werden kann. Sie provoziert Verschiebungen von allgemeingültigen Normen und wirkt so auf das Moralbewusstsein der lokalen Gesellschaft zurück.

Zusammenfassend lassen sich daraus folgende Schlussfolgerungen ziehen: Die EU-Außengrenze prägt die spezifischen Moralvorstellungen der sie umgebenden lokalen Gesellschaften und ihren gegenseitigen grenzüberschreitenden Umgang miteinander. Die Funktionsweise der EU-Außengrenze hat notwendigerweise einen moralischen Hintergrund, denn sowohl dicke als auch dünne Moralvorstellungen basieren auf dem, was Menschen als „gut und richtig“ erachten, und auf diesen Überzeugungen ruhen letztlich sowohl die Gesetze, die die Funktionsweise des EU-Grenzregimes regulieren, als auch die Normen und Gebräuche derer, die diese Gesetze umsetzen und mit ihnen im Alltag konfrontiert sind.

Anmerkungen

- 1 Dieses Forschungsprojekt wird am Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig durchgeführt.
- 2 Korf übersetzt hier „thick“ mit „dicht“, analog zum ebenso übersetzten Begriff der „dichten“ Beschreibung bei Geertz, auf den sich Walzer in einer Fußnote bezieht (Walzer 1994, xi).
- 3 Quelle für dieses Zitat und nachfolgende Aufzählung: EU: Der Schengen-Raum und die entsprechende Zusammenarbeit, [http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/free_movement_of_persons_asylum_immigration/133020_de.htm].
- 4 Die getrennten Spuren wurden eingerichtet, um die Wartezeiten für gemeinschaftsrechtlich Begünstigte = EU-Bürger in einem „erträglichen Rahmen“ zu halten, da für Nicht-EU-Bürger aufgrund der vorgeschriebenen „eingehenden“ Kontrollen längere Wartezeiten entstehen, siehe Generalsekretär des Rates 1999, 214.
- 5 Die schwierige Einkommenssituation der Lehrerschaft in Rumänien steht immer wieder zur Debatte, ebenso die niedrigen staatlichen Beihilfen für verschiedene bedürftige Personen, wie z.B. Behinderte, Mütter, Rentner etc.

Literatur

- Bauder, Harald 2003: Equality, justice and the problem of international borders: the case of Canadian immigration regulation. In: ACME: An international e-journal for critical geographies. Heft 2. S. 167-182.
- Bruns, Bettina 2009: Schmuggel an der polnisch-russischen Grenze – Illegalität im Spannungsfeld zwischen Rationalität und Legitimität. In: Heller, Wilfried; Arambasa, Mihaela Narcisa (Hg.): Am östlichen Rand der Europäischen Union: Geopolitische, ethnische und nationale sowie ökonomische und soziale Probleme und ihre Folgen für die Grenzraumbevölkerung. In: Potsdamer Geographische Forschungen, Band 28. Potsdam. S. 161-174.
- Büttner, Birgit 1999: Labeling Approach. Ein soziologischer Erklärungsansatz für negatives sozial abweichendes (kriminelles) Verhalten. Innsbruck.

- Corbridge, Stuart 1993: Marxisms, modernities and moralities: development praxis and the claims of distant strangers. In: Environment and planning D: Society and space. Heft 11. S. 449-472.
- Davis, James 1986: Fear, Myth and History: the Ranters and the Historians. Cambridge.
- Domański, Bolesław 2004: Moral problems of Eastern Wilderness: European Core and Periphery. In: Lee, Roger; Smith, David M. (Hg.): Geographies and moralities. International perspectives on development, justice and peace. Oxford. S. 47-61.
- Europäische Union o.J.: Der Schengen-Raum und die entsprechende Zusammenarbeit. [http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/free_movement_of_persons_asylum_immigration/133020_de.htm]
- Generalsekretariat des Rates 1999: In die Europäische Union übernommener Schengen-Besitzstand. Brüssel, Luxemburg. [<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/SCH.ACQUIS-DE.pdf>]
- Höffe, Otfried 2005: „Moral kann man lernen“. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Fluter. Heft 17. S. 21-23. [http://www.fluter.de/heftpdf/issue44/artikel4618/pdf_article4618.pdf]
- Korf, Benedikt 2006: Geographien der Moral. In: Geographische Zeitschrift. Band 94, Heft 1. S. 1-14.
- Krause, Johannes 2009: Das Sterben an den EU-Außengrenzen – die Normalität in der Abnormalität. [http://www.migration-boell.de/web/migration/46_2188.asp]
- Laitinen, Kari 2003: Post-Cold War security borders: a conceptual approach. In: Berg, Eiki; van Houtum, Henk (Hg.): Routing borders between territories, discourses and practices. Hants. S. 13-33.
- Lee, Roger; Smith, David M. 2004: Introduction. Geographies of morality and moralities of geography. In: Dies. (Hg.): Geographies and moralities. International perspectives on development, justice and place. Oxford. S. 1-12.
- Lutz, Tilman; Thane, Katja 2002: Alles Risiko oder was? Sicherheitsdiskurse zwischen Rationalität und Moral. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Heft 86. [<http://www.widersprueche-zeitschrift.de/article1014.html>].
- Ottmann, Henning 2003: Grenzen in einer Welt, die immer grenzenloser wird. In: Fischer, Joachim; Joas, Hans (Hg.): Kunst, Macht und Institution. Frankfurt (Main). S. 281-291.
- Paul, Bettina; Lindenberg, Michael; Schmidt-Semisch, Henning (2002): Der Schmuggler. In: Horn, Eva; Kaufmann, Stefan; Bröckling, Ulrich (Hg.): Grenzverletzer. Berlin. S. 98-113.
- Pro Asyl 2008: Aufruf: Jahr für Jahr Tausende Tote an Europas Grenzen. Stoppt das Sterben. [<http://www.proasyl.de/de/themen/stoppt-das-sterben/aufruf/>]
- Redepenning, Marc 2005: Über die Unvermeidlichkeit von Grenzziehungen. In: Berichte zur deutschen Landeskunde. Band 79, Heft 2/3. S. 167-177.
- Schilling, Torsten 2005: Editorial. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Fluter 17, S.3. [http://www.fluter.de/heftpdf/issue44/artikel4618/pdf_article4618.pdf]

- Sibley, David 1995: *Geographies of Exclusion. Society and Difference in the West*. London und New York.
- Smith, David M. 2000: *Moral Geographies. Ethics in a World of Difference*. Edinburgh.
- Stanford Encyclopedia of Philosophy (2008): *The Definition of Morality*.
[<http://plato.stanford.edu/entries/morality-definition/>]
- van Houtum, Henk; van Naerssen, Ton 2002: *Bordering, ordering and othering*. In: *Tijdschrift Voor Economische en Sociale Geografie*. Heft 2. S. 125-136.
- Walzer, Michael 1994: *Thick and thin: moral argument at home and abroad*. Notre Dame.
- Weiner, Myron 1996: *Ethics, national sovereignty and the control of immigration*. In: *International Migration Review*. Band 30, Heft 1, S. 171-197.

Karsten Gäbler ■

Moralischer Konsum und das Paradigma der Gabe

1 Einleitung

Die moralische Empörung und die auf sie folgende Protestwelle, die der Plan eines niederländisch-britischen Unternehmens zur Entsorgung einer Ölplattform im Jahr 1995 hervorriefen, haben sich derart in das kollektive Gedächtnis eingebrannt, dass dieser Fall immer noch als Prototyp der moralischen Verantwortung und wirtschaftlichen Macht der Konsumenten gilt (vgl. Hitzler/Pfadenhauer 2006, 70). Wer heutzutage in einen Supermarkt geht um einen einfachen Einkauf zu erledigen, sieht sich einer Vielzahl von Entscheidungszwängen gegenüber. Wer z. B. „ökologisch“ konsumieren möchte, muss neben wirtschaftlichen Aspekten auch die geographische und soziale Herkunft von Produkten in seine Erwägungen über das „richtige“, „verantwortungsvolle“, ökonomisch angemessene oder symbolischen Gewinn bringende Verhalten einbeziehen und möglicherweise sogar Konsumverzicht in Augenschein fassen. Dem Verbraucher begegnen im Konsumalltag zunehmend moralische Anforderungen, die sich sowohl in expliziten moralischen Appellen („Kaufen Sie nur fair gehandelten Kaffee aus ökologischem Anbau!“) als auch in teils subtilen, impliziten Bewertungsschemata äußern.

Parallel zu dieser zunehmenden Moralisierung konsumtiver Praktiken hat sich eine Kritik etabliert, welche die Ambivalenzen der scheinbar gesteigerten moralischen Sensibilität der Konsumenten in den Blick nimmt. Dabei werden vor allem Fragen wie die folgenden formuliert: Dient verantwortungsbewusster Konsum möglicherweise allein der Distinktion? Stellt der gelegentliche Kauf moralisch „sauberer“ Produkte gerade jene Gewissenserleichterung dar, die davon abhält, den individuellen Lebensstil insgesamt in Frage zu stellen? Und schließlich: Schadet die Vermarktung moralischer Produkte, d. h. der schwerlich zu leugnende Werbeeffect der „guten Tat“, dem sittlichen Gehalt ihres Konsums? Gemeinsamer Fluchtpunkt dieser skeptischen Befragung moralischen Konsums scheint das Spannungsverhältnis zwischen dem Eigeninteresse des Konsumenten und seiner (alltagssemantisch als „moralisch“ attribuierten) Gemeinwohlorientierung zu sein.

Eine solche analytische Dichotomisierung von Ökonomie und Moral gibt Anlass, das Konzept des Konsumenten bzw. das Konsumentenverhalten aus sozialwissenschaftlicher Perspektive in den Blick zu nehmen. Eine Theorie des Sozialen, die den Anspruch erhebt,

sich systematisch auf die angedeuteten Dichotomien zu beziehen, ist die Gabentheorie. Die Gabentheorie ist ein in der deutschsprachigen Soziologie erst seit Jüngerem rezipierter Ansatz (vgl. Moebius 2006, 2009; Moebius/Papilloud 2006; Adloff/Mau 2005; Hillebrandt 2009), der sich vor allem auf die in den 1920er Jahren veröffentlichten Studien des französischen Soziologen und Ethnologen Marcel Mauss zurückführen lässt. Mauss untersuchte die scheinbar irrationalen Praktiken archaischer Tauschzeremonien und rückte die dabei entstehende Spannung zwischen der Freiheit der Gabe (dem Charakter des Geschenks) und der gleichzeitig implizierten Verpflichtung des Gebens (der Schuld) ins Blickfeld. Neuere, ihrem Selbstverständnis nach „anti-utilitaristische“ (Caillé 2008, 52ff.) Interpretationen Mauss' weiten diese ethnologischen Fragen aus und stellen sie in den Kontext zeitgenössischer Sozialtheorien. Diese Ansätze versprechen etwas zu leisten, das weder die klassischen bzw. neoklassischen Theorien des Marktes noch die Sozialtheorien des normativen Handelns ihrer Ansicht nach überzeugend zu leisten vermögen: die Erklärung der paradoxen Gleichzeitigkeit moralischer Orientierungen und eigennutzzentrierter Kalküle im (alltäglichen) Handeln.

Ich werde zunächst darlegen, welche Alltagsphänomene ich unter dem Stichwort des moralischen Konsums allgemein rubriziert sehe und am Beispiel der LOHAS-Kultur (*Life-style of Health and Sustainability*) illustrieren, wie in der Kritik dieser Konsumform die angesprochene Dichotomie von Ökonomie und Moral (re-)produziert wird. Im darauf folgenden Abschnitt wird das Paradigma der Gabe anhand Mauss' ethnologischer Grundfrage skizziert, um in einem nächsten Schritt die Gegenwart der Gabe in modernen Gesellschaften plausibel zu machen. Darauf aufbauend stelle ich die aktuell diskutierte Handlungstheorie der anti-utilitaristischen Proponenten der Gabe (M.A.U.S.S.) dar und versuche im letzten Abschnitt schließlich, das Konzept der Gabe im Sinne eines weiter zu entwickelnden Analyseansatzes auf eine konkrete, moralisch aufgeladene Konsumpraxis – die freiwillige Kompensation von Treibhausgasemissionen – zu übertragen.

2 Moralischer Konsum und seine Kritik

Der neue Nexus von Ökonomie und Moral, von dem seit geraumer Zeit die Rede ist (vgl. z. B. Priddat 1998), besteht in einer zunehmenden Bewertung ökonomischen Handelns unter moralischen Gesichtspunkten. Ein Ausdruck dessen ist etwa die Moralisierung konsumtiver Praktiken, d. h. die Einstellung einer wachsenden Zahl von Verbrauchern, moralische Verantwortung für ihren Konsum zu übernehmen (vgl. Ermann 2005, 2006; Jackson et al. 2009). Worin besteht jedoch der Kern einer Kennzeichnung bestimmter konsumtiver Praktiken als „moralisch“? Unter dem Begriff der Moral lässt sich, in der Diktion Luhmanns (2008, 272) gesprochen, ganz allgemein eine bestimmte Art von Kommunikation verstehen, und zwar eine, die auf soziale Interaktionen abhebt. Wer moralisch argumentiert, der stellt zumindest implizit die Frage, unter welchen Bedingungen menschliches Zusammenleben gelingen kann. In Bezug auf konsumtive Praktiken heißt das: Werden diese als „moralisch“ bezeichnet, so soll damit ausgedrückt werden, dass sie die (Neben-)Folgen für das mensch-

liche Zusammenleben berücksichtigen (vgl. Beetz 2009, 258). Empirisch kann dies z. B. in der Überzeugung Ausdruck finden, dass ein unverhältnismäßig hoher Ressourcenverbrauch einer kleinen Gruppe von Menschen für das (globale) Zusammenleben von Nachteil und infolgedessen ein sparsamer Umgang mit Ressourcen, der andere Teile der Welt und zukünftige Generationen berücksichtigt, geboten ist.

In der gegenwärtigen Debatte wird dieser Wandel der Bewertung des Konsums – die neue Macht der Konsumenten – unter Schlagworten wie „Consumer Citizen“ (z. B. Lamla 2007), „Politik mit dem Einkaufswagen“ (Künast 2002) oder „Ecological Intelligence“ (Goleman 2009) verhandelt. Angedeutet wird damit ferner, dass sich spiegelbildlich zur Moralisierung der Konsumtion zunehmend eine moralische Aufladung der Produktion beobachten lässt. Stehr (2007, 70) etwa diagnostiziert unter dem Stichwort der „Moralisierung der Märkte“ eine Ausbreitung der Moral, die sich „*insbesondere* in den an Märkten gehandelten Produkten und Dienstleistungen“ [Hervorhebung im Original] zeigt. Moralisch aufgeladen wird damit nicht allein die Konsumentenentscheidung, sondern Produkte und Dienstleistungen selbst – als Stellvertreter derjenigen, die für die Bedingungen ihrer Produktion verantwortlich sind – werden moralisch beurteilt.

Eine aus Sicht gesellschaftstheoretischer Fragestellungen bedeutsame Folge dieser Moralisierung der Märkte ist die schleichende Moralisierung des gesamten Alltags, d. h. die Genese einer in ihrem Umfang zunehmenden Sphäre moralischer Bewertung. Durch die Verstrickung individueller Lebensstile in konsumtive Praktiken (selbst Konsumverzicht zeitigt schließlich eine marktliche Wirkung) scheint es kaum mehr Lebensbereiche zu geben, die sich der mehr oder weniger expliziten moralischen Beurteilung – der Frage nach der Sozialverträglichkeit – entziehen könnten. Besonders deutlich lässt sich dies hinsichtlich der ökologischen Bewertung alltäglicher Praktiken belegen.

Angesichts des kollektiven Bedrohungspotenzials des kaum mehr ernsthaft bestrittenen anthropogenen Klimawandels gewinnen z. B. Öko- und CO₂-Bilanzen von gekauften Produkten und in Anspruch genommenen Dienstleistungen zunehmend an Gewicht. Der klimatologische Imperativ fordert, sämtliche (konsumtive) Praktiken auf ihre Klimawirksamkeit hin zu untersuchen und unter Umständen dergestalt zu verändern, dass dabei keine „klima-“, d. h. schlussendlich „*gesellschaftsschädlichen*“ Stoffe freigesetzt werden.

Angebote zur Erfüllung solcherlei moralischer Anforderungen gibt es inzwischen zuhauf. So etwa weisen Anbieter regional hergestellter und verarbeiteter Produkte auf die Energieeinsparungen durch kurze Transportwege hin, können Briefe und Pakete „CO₂-neutral“ versendet werden und selbst Internetsuchanfragen sollen „klimafreundlich“ gestaltet werden können.

Mit Blick auf die traditionelle Konsum- bzw. Kapitalismuskritik stellen diese Formen des allseits beobachtbaren ökologischen Konsums eine Neukonfiguration der gesellschaftlichen Naturverhältnisse dar. Schließlich wird mit den neuen Konsumformen – zumindest ihrem Selbstverständnis nach – nichts Geringeres erreicht, als die oft behauptete Inkompatibilität von (kapitalistischer) Ökonomie und Ökologie zu durchbrechen. Die traditionelle

Konsumkritik, die die Grenzen der Konsumgesellschaft in der „Belastbarkeit der globalen Umwelt“ (König 2008, 276; vgl. Miller 2001, 241) sieht, wird im neuen Konsumismus entmachtet und durch das Narrativ eines „Shopping for a better world“ (CEP 1992) ersetzt.

Ihren vorläufigen Höhepunkt hat diese Bewegung mit der konsequenten Ästhetisierung des ökologischen Konsums in der LOHAS-Kultur (*Lifestyle of Health and Sustainability*) erreicht. Diese erhebt den „guten Konsum“ zum normativen Leitbild, ohne jedoch die Verzichtsrhetorik der traditionellen ökologischen Bewegung zu reproduzieren. Die Verbindung von im weitesten Sinne ökologischen Motiven einerseits und Konsumgenuss auf der anderen Seite wird jedoch zunehmend kritisch wahrgenommen. So wird etwa den Konsumtionspraktiken der LOHAS-Kultur nicht selten der Vorwurf gemacht, vornehmlich hedonistisch motiviert zu sein, Distinktionsgewinne in den Vordergrund zu stellen und es bei den ökologischen Folgen des Konsums nicht so genau zu nehmen:

„Wer sich viele Gedanken über Nachhaltigkeit macht und bei seinem Ernährungsverhalten, das seine Gesundheit tangiert, bei Textilien, die seine Haut berühren und bei seiner Kosmetik auf alles Mögliche achtet, aber dennoch gerne schicke Autos (mit Hybridantrieb) fährt und gern in der Freizeit mit dem Flugzeug in die Ferne reist, hinterlässt einen größeren ökologischen Fußabdruck als die Familien, die zwar kein entwickeltes LOHAS-Bewusstsein haben, aber aus Gründen des geringen Familienbudgets oder aus alter Gewohnheit ohne PKW auskommen und Urlaub allenfalls in Deutschland auf dem Lande machen“ (Schoenheit 2009, 24).

Dieses Beispiel macht deutlich, dass und wie moralischer Konsum in die Nähe eines Altruismus oder allgemeiner: einer freiwilligen, gemeinwohlorientierten Selbstverpflichtung gerückt wird. Wer freiwillig teure, aber „fair“ gehandelte Produkte kauft, so ließe sich der moralische Subtext solcher Argumentationen interpretieren, solle primär zugunsten der Verwirklichung gerechter Handelsbedingungen auf die Ersparnis durch das billige Massenprodukt verzichten; wer freiwillig die bei einer Flugreise emittierten „klimaschädlichen“ Gase kompensiert, der darf, um den symbolischen Wert der Kompensation nicht zu gefährden, nicht allzu offensichtlich bekannt geben, dass es sich für ihn auch rechnet. Kurz gesagt, es scheint im Kontext (der Kritik) des ökologischen Konsums Ähnliches zu gelten, was Bourdieu (2001, 228) für den Bereich der Kunst konstatiert, nämlich dass es sich dabei um eine „anti-ökonomische“ Ökonomie“ handelt, die „auf der obligaten Anerkennung der Werte der Uneigennützigkeit und Interesselosigkeit sowie der Verleugnung der ‚Ökonomie‘ (des ‚Kommerziellen‘) und des (kurzfristigen) ‚ökonomischen‘ Profits“ basiert. Mit anderen Worten findet ein ökologisches Handeln, trotz der neuen Allianz von Ökonomie und Ökologie, scheinbar nur dann Anerkennung, wenn es sich im weitesten Sinne frei von Eigeninteresse zu zeigen vermag. Der moralische Konsum rückt damit in ein Spannungsfeld zwischen der Erwartung der Interesseseiheit einerseits und der Vereinnahmung ökologischer Ziele durch die neue moralische Ökonomie samt ihrer Gewinnversprechen andererseits.

Ein Ansatz, diese beobachtbare Kopräsenz antagonistischer Handlungsmotive im moralischen Konsum zu plausibilisieren, ist die Theorie der Gabe. Sie thematisiert den Wider-

spruch, der sich zwischen der notwendigen Interessfreiheit des Schenkens und dem in der Praxis etablierten Kalkül der Annahme und Erwidern eines Geschenkes aufspannt. Wie nachfolgend dargelegt werden soll, kann die Gabentheorie einen sinnvollen Beitrag zur Erklärung der Paradoxien moralischen Konsums leisten, weil sie ein Interpretationsangebot für die pluralen Motivationen des Handelns macht.

3 Das Paradigma der Gabe

Ankerpunkt der Gabentheorie ist Marcel Mauss' längst in den Rang eines Klassikers erhobener „*Essai sur le don*“ (Mauss 1990[1924]). Ausgehend von der Beobachtung, dass in vielen vormodernen Gesellschaften parallel zum ökonomischen Tausch von Waren ein symbolisch aufgeladener, zeremonieller Austausch von Gaben etabliert ist, stellt Mauss (1990[1924], 18) die Frage ins Zentrum, wie es zu der geradezu paradoxen Pflicht kommt, zur Schenkung angebotene Dinge anzunehmen und mit einer Gegengabe zu erwidern. Nach Mauss leitet sich die Pflicht in archaischen Gesellschaften aus dem spirituellen Mehrwert der gegebenen Dinge ab. In der Sache, die dem Anderen gegeben wird, bleibt der Geist des Gebers erhalten, Geber und Empfänger werden durch die Gabe verbunden (Mauss 1990[1924], 31ff.).

Der in der Gabe aufgehobene Dreischritt aus Geben, Annehmen und Erwidern, so behauptet Mauss, lässt sich jedoch nicht allein für archaische Gesellschaften beobachten, sondern sei eine Art anthropologische Universalie. Bereits Georg Simmels 1908 erschiener „Exkurs über Treue und Dankbarkeit“ formuliert diesen Gedanken ähnlich: „Das Geben überhaupt ist eine der stärksten soziologischen Funktionen. Ohne dass in der Gesellschaft dauernd gegeben und genommen wird [...] würde überhaupt keine Gesellschaft zustande kommen.“ (Simmel 2005[1908], 103). Welche Form nimmt das Geben, Annehmen und Erwidern jedoch in modernen Gesellschaften ein? Jenseits privater Beziehungen lassen sich z. B. ökonomische Praktiken daraufhin überprüfen, inwiefern sie sinnvollerweise als Gabenbeziehungen beschrieben werden können. Marcel Hénaff hat in seinem Werk zur Geschichte und Philosophie der Gabe aufgezeigt, wie sich religiös aufgeladene Gabenvorstellungen und wirtschaftliches Handeln vermischen (Hénaff 2009, 430ff.; Adloff/Papilloud 2008, 28). Am Beispiel des in der katholischen Gnadenlehre begründeten Wucherverbotes demonstriert Hénaff, wie die Verzinsung eines Kredits gabentheoretisch interpretiert werden kann: Die Erstattung von Zinsen für ein zurückgezahltes Darlehen ist demzufolge nicht als Profitstreben des Kreditgebers zu verstehen, sondern als die mit einer größeren Gegengabe symbolisierte Dankbarkeit des Schuldners (Hénaff 2009, 434f.). Auch wenn die Gefahr besteht, dass das mildtätige Gabenprinzip hier im Sinne einer Verdeckung ganz und gar nicht mildtätiger Motive pervertiert wird (Hénaff 2009, 436), zeigt Hénaffs Beispiel jedoch die Richtung an, in der die Gegenwart der Gabe in der Moderne zu suchen ist. Im Anschluss an Mauss ist damit zugleich die Frage aufgeworfen, wie die Ambivalenz von freiwilliger Gabe und Verpflichtung zur Gabe für moderne Sozialsysteme theoretisch erklärt werden kann. In Fortfüh-

Mauss' Denkens versucht seit Beginn der 1980er Jahre eine Gruppe französischer Sozialwissenschaftler um Alain Caillé diese theoretische Lücke durch eine gaben-theoretisch fundierte allgemeine Soziologie des Handelns zu füllen.

3.1 M.A.U.S.S.

Ziel der Forschergruppe, die mit dem programmatischen Namen M.A.U.S.S. (*Mouvement Anti-Utilitariste dans les Sciences Sociales*) antritt, ist die Überwindung der beschriebenen Widersprüche durch eine Sozialtheorie jenseits holistischer und individualistischer Programme (vgl. Caillé 2006). Die M.A.U.S.S.-Gruppe wendet das Problem der paradoxen Voraussetzungen der Gabe also zunächst in die theoretische Frage, warum die Gabe einer Handlungstheorie überhaupt Schwierigkeiten bereitet. Dies ist nach Caillé genau dann der Fall, wenn die Gabe *entweder* normativistisch *oder* utilitaristisch, und nicht normativistisch *und* utilitaristisch gedeutet wird: Die Gabe ist „einerseits unzertrennbar ‚frei *und* obligatorisch‘ und andererseits eigennützig *und* uneigennützig“ (Caillé 2006, 182; Hervorhebung K.G.). Jeder Versuch, die Gabe auf ein singuläres Motiv zu reduzieren, geht nach der M.A.U.S.S.-Gruppe demzufolge an ihrer spezifischen Eigenlogik vorbei. Reduziert man die Gabe auf einen Altruismus (auf das Vergnügen am Geben), so ignoriert man die in der Erfahrungswelt mindestens ebenso bedeutsame Verpflichtung auf die Gegengabe. Reduziert man den Gabentausch hingegen auf ein ökonomisch verstandenes Interesse, hat man die Schwierigkeit, nicht einmal erklären zu können, wie es überhaupt zu so etwas wie Gabentausch kommt. Welcher vernünftige Akteur ginge schon das Risiko ein, etwas zu geben, wenn er nicht sicherstellen kann etwas zurückzubekommen? In der recht verstandenen Gabe seien hingegen, so Caillé (2008, 76), „Pflichtgefühle und Freiheit, Eigennutz und Uneigennützigkeit eins“. Die paradoxe Gleichzeitigkeit verschiedener Motivationen wird von der M.A.U.S.S.-Gruppe also kurzerhand zum Merkmal menschlicher Praxis erklärt.

Indem sie die behaupteten Reduktionismen des methodologischen Individualismus und Holismus zu transzendieren sucht, formuliert die gaben-theoretisch fundierte Handlungstheorie nach eigenem Anspruch ein „drittes Paradigma“ (Caillé 2008, 56). Soziales Handeln, so ließe sich der Grundriss dieses Paradigmas umschreiben, erfolgt nach dem Modell von Gabenbeziehungen, in denen Normorientierung und Zweckrationalität ineinander fallen.

Ungeachtet der Frage, ob die Kritik an den beiden als Kontrapunkt gesetzten Paradigmen des Holismus und des Individualismus zur Gänze berechtigt ist, verspricht das gaben-theoretische Konzept eine neue Perspektivierung zahlreicher klassischer handlungstheoretischer Probleme.

So etwa kann die Frage nach den Möglichkeiten kooperativen Handelns vor dem Hintergrund der Gabe anders beantwortet werden als durch die Anreizlogik spieltheoretischer Modelle wie etwa dem Gefangenendilemma. Behaupten jene, Kooperationen kämen nur zustande, wenn die wechselseitig bestehende Unsicherheit über das Verhalten des Anderen

(doppelte Kontingenz) durch Sanktionen garantierende Institutionen abgedeckt wird, so zeigt die Gabentheorie, „wieso das Gefangenendilemma *praktisch* gelöst werden kann, nämlich durch einen riskanten Schritt auf den anderen zu, durch eine Gabe also“ (Adloff/Papilloud 2008, 19; Hervorhebung im Original). Vertrauen *und* Risiko, egoistisches Kalkül *und* altruistische Wohltat sind demzufolge der praktischen Logik der Gabe innerlich.

3.2 Eine multidimensionale Handlungstheorie

Die „immanente Pluralität von Handlungen“ (Caillé 2008, 76) versucht die M.A.U.S.S.-Gruppe nun systematisch zu erfassen. Caillé schlägt dazu eine „multidimensionale Handlungstheorie“ vor, die auf zwei Gegensatzpaaren der Handlungsorientierung aufbaut: Interesse und Vergnügen einerseits sowie Verpflichtung und Freiheit andererseits (Caillé 2008, 202).

Die Opposition Interesse/Vergnügen arbeitet Caillé an einer in der Sozialwissenschaft oft unterschlagenen Unterscheidung auf. So wird der Terminus des Interesses in der Regel allein im Sinne eines instrumentellen Interesses *an* etwas gebraucht, im Gegensatz zum spielerischen Interesse *für* etwas (Caillé 2005, 176f.; Adloff/Papilloud 2008, 18). Interesse *an* etwas bedeutet hier, auf ein äußerliches Gut gerichtet zu sein, oder, in der Rhetorik des *homo oeconomicus* gesprochen, den eigenen Nutzen final im Blick zu haben. Demgegenüber ist das Interesse *für* etwas durch die Abwesenheit eines finalen Handlungszwecks charakterisiert – sie stellt das Vergnügen am Tun selbst dar.

Während mit dem Gegensatzpaar Interesse/Vergnügen (Interesse *an*/Interesse *für*) ein klassischer Gegenstand individualistischer Sozialtheorien angesprochen ist, bearbeitet die begriffliche Gegenüberstellung von Verpflichtung/Freiheit einen zentralen Topos holistischer Ansätze.

Mit Verpflichtung meint Caillé das Befolgen von Regeln, oder, etwas drastischer formuliert, den Zwang (Caillé 2008, 75). Dies kann in verschiedenen Formen zutage treten, etwa als Ritus oder moralisches Gesetz (ebd.).

Freiheit hingegen bezeichnet die Freiwilligkeit und Spontaneität des Handelns. Sie zeigt sich Caillé zufolge in „unverzögliche[n] Entscheidung[en]“, die „außerhalb jeder Kalkulation und jeder Reflexivität“ stehen (Caillé 2008, 80).

Die vier Pole Interesse/Vergnügen und Verpflichtung/Freiheit, die nach Ansicht der M.A.U.S.S.-Gruppe das Koordinatensystem darstellen, in dem sich alles soziale Handeln abspielt, lassen sich anhand der Gabe illustrieren: Aus Interesse geben wir, um etwas zu erhalten. Aus Vergnügen geben wir um des Gebens willen. Aus Verpflichtung geben wir, weil wir geben bzw. erwidern müssen. Und freiwillig geben wir, weil wir das Risiko, dass man nicht belohnt wird, ausblenden oder unbewusst eingehen – wir geben sozusagen für nichts (Caillé 2008, 202).

Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, Mauss' Frage nach der Gegenwart der Gabe in modernen Gesellschaften an einem aktuell zu beobachtenden Phänomen moralisch aufgeladenen Konsums zu illustrieren und das heuristische Potential des Gaben-

paradigmas sichtbar zu machen. Bei dem Fallbeispiel handelt es sich um die freiwillige Kompensation von „klimaschädlichen“ Emissionen. Freiwillige Emissionskompensation eignet sich besonders zur Analyse in gabeltheoretischen Kategorien, weil sich vor allem die inzwischen auch öffentlich wahrnehmbare Kritik dieser Praxis auf das Spannungsverhältnis zwischen Altruismus und Eigeninteresse bezieht.

4 Fallbeispiel: Freiwillige Emissionskompensation

Die freiwillige Emissionskompensation (*voluntary carbon offsetting*) ist eine umstrittene, aber zunehmend praktizierte Form moralischen Konsums. Sie gilt als Symbol der LOHAS-Kultur, insofern Umweltbewusstsein und die neue ökologische Eigenwohlorientierung in dieser Praxis zusammenfließen sollen.

Das Phänomen ist vergleichsweise jung. Einer der erfolgreichsten europäischen Anbieter, die in der Schweiz ansässige gemeinnützige Stiftung *myclimate*, hat sich 2002 als *spin off* der ETH Zürich gebildet. Das Geschäftsmodell basiert darauf, parallel zu dem etwa im *European Union Emission Trading System* verwirklichten Verpflichtungshandel von Emissionszertifikaten einen Kompensationsmarkt zu etablieren, an dem einzelne Privatkunden und Unternehmen freiwillig partizipieren können (*voluntary carbon market*). Kunden, die eine bestimmte, unvermeidbar erscheinende Tätigkeit (z. B. eine Flugreise oder die Durchführung eines Kongresses) hinsichtlich ihrer „klimaschädlichen“ Folgen neutralisieren möchten, können sich online den dabei verursachten Ausstoß an Treibhausgasen in CO₂-Äquivalenten berechnen lassen und diesen durch Unterstützung verschiedener Projekte (Aufforstungen, Implementation „klimaschonender“ Technologien usw.) kompensieren. Über die Kompensationsangebote hinaus bietet *myclimate* eine umfassende Umweltberatung an. Unternehmen oder Verbände können z. B. die Energieeffizienz interner Abläufe prüfen lassen, Lebenszyklusanalysen von Produkten in Auftrag geben oder Mitarbeiter in Klimaschutzbelangen intern (weiter-)qualifizieren (*myclimate* 2010a). Zahlreiche Großunternehmen wie TUI, Volvo oder MIGROS machen von diesen Angeboten Gebrauch (*myclimate* 2010b). Der Klimaschutzgedanke wird dabei explizit auch auf Aspekte eines besseren Marketings und der Stärkung der Marktposition bezogen. Exemplarisch heißt es dazu auf der Website des Unternehmens: „*myclimate* hält sich an den Grundsatz: ‚Tue Gutes und sprich darüber‘“ (*myclimate* 2010c). Es scheint sich dabei also, glaubt man den Anbietern, um einen mustergültigen moralischen Konsum zu handeln: Es werden keine Schäden hinterlassen und durch den entwicklungspolitischen Anspruch und die Marketingwirkung haben diese Angebote einen sozialen sowie ökonomischen Mehrwert.

Die öffentliche Debatte um Praktiken der freiwilligen Emissionskompensation indessen ist, wie bereits angedeutet, kritisch aufgeladen. Es lassen sich dabei zwei Grundlinien der Kritik voneinander unterscheiden. Einerseits besteht eine Skepsis an der Umsetzbarkeit und Wirksamkeit der von den Anbietern versprochenen Leistungen. Kritisiert werden dabei eher technische Aspekte, wie z. B. die Frage nach konkreten Berechnungsgrundlagen oder der Dauerhaftigkeit der umgesetzten Maßnahmen.

Schwerer wiegt, andererseits, die Kritik an der freiwilligen Emissionskompensation als Praxis moralischen bzw. ökologischen Konsums. Diese lässt sich auf die Kurzformel bringen, bei freiwilliger Emissionskompensation handele es sich um einen modernen Ablasshandel, der von der Frage einer grundlegenden Veränderung der Lebensstile befreie (vgl. z. B. DEHSt 2008, 6). Begründet wird dieser Vorwurf mit der Behauptung, freiwillige Emissionskompensation ruiniere die (Umwelt-)Moral, indem sie notwendigen Verzicht überflüssig erscheinen lässt und letztlich zu einer Beibehaltung oder gar Proliferation klima- und damit gesellschaftsschädigender Verhaltensweisen führt. Eine Lösung der Klimaklemme könne demgegenüber allein durch das Primat des Verzichts erreicht werden.

Interessant an dieser und zahlreichen ähnlichen Positionen ist, dass sie nur selten oder nur am Rande thematisieren, aus welchen Gründen Vermeidung von Emissionen Vorrang vor Kompensation haben sollte. Stattdessen wird von einer Selbstevidenz der moralischen Fragwürdigkeit eines Freikaufs von moralischen Bedenken ausgegangen. Ausgerechnet der scheinbar moralisch integre Konsument von Kompensationsleistungen, so ließe sich die Pointe dieser Kritik zusammenfassen, handelt nicht moralisch, weil er sich von der Reflexion seines Handelns – und der damit bestehenden Möglichkeit eines notwendigen Verzichts – durch schlichte Zahlung befreit.

Diese kritisch motivierte öffentliche Debatte um die Angebote von *myclimate* und ähnlichen Unternehmen gibt Aufschluss über die Widersprüchlichkeit dieser Praxis. Handelt es sich dabei um eine wohltätige Leistung des Verbrauchers zu Gunsten der Natur und verschiedener Entwicklungsländer, oder um einen bequemen Weg, zu geringen Kosten weiter sein Eigeninteresse verfolgen zu können? Eine gabentheoretische Betrachtung wie sie von der M.A.U.S.S.-Gruppe entwickelt worden ist, bietet Kategorien an, die Praxis der freiwilligen Emissionskompensation und ihre Kritiken zu erhellen. So ist etwa danach zu fragen, worin die Elemente der Freiwilligkeit und Verpflichtung bzw. des Interesses und Vergnügens in dieser konkreten Praxis bestehen. Weiterhin ist zu thematisieren, in welcher Weise (d. h. mit Bezug auf welche Handlungsorientierung) freiwillige Emissionskompensation einerseits affirmativ, andererseits kritisch zum Gegenstand gemacht wird. Und schließlich: Welche Vorstellungen von Moral oder moralisch gutem Verhalten werden von Anbietern und Kritikern in Anschlag gebracht?

Zunächst einmal kann aus gabentheoretischer Perspektive behauptet werden, dass Praktiken der freiwilligen Emissionskompensation paradigmatische Beispiele einer „Simultaneität von Tauschpraktiken“ (Hillebrandt 2007, 292f.) sind. Das bedeutet, dass es sich dabei sowohl um eine im engeren Sinne ökonomische Aktivität als auch um einen symbolisch aufgeladenen Gabentausch handelt. Terminologisch ließe sich dies durch die Unterscheidung von freiwilliger Kompensation als *Ware* und als *Gabe* markieren (vgl. Hillebrandt 2009, 157).

Den Warencharakter zu plausibilisieren ist dabei trivial: Ein Kunde fragt eine Dienstleistung nach, und bei Zahlung eines entsprechenden Entgeltes wird diese erbracht.

Um indessen den Gabencharakter zu verdeutlichen, muss das Feld der möglichen Handlungsorientierungen, die einen Kunden zuallererst dazu veranlassen, das Tauschgeschäft einzugehen, thematisiert werden.

Der interessanteste Aspekt an freiwilliger Emissionskompensation ist aus dieser Sicht bereits in deren Titel enthalten. *Freiwillig* erfolgen die Kompensationsleistungen insofern, als sich die Konsumenten ergänzend zum Konsum der zu kompensierenden Leistung bewusst und unter der Bedingung einer Wahlmöglichkeit für die Inanspruchnahme des Kompensationsangebots entscheiden können. Weder gibt es einen gesetzlichen Zwang oder direkte ökonomische Anreize zur Kompensation noch ist diese direkt an das Produkt gekoppelt. Auf den ersten Blick scheinen die Kompensationspraktiken damit in die Nähe wohlthätiger Spenden zu rücken. Auch Spenden (z. B. die Hilfe für Notleidende nach Naturkatastrophen) erfolgen freiwillig, im Modus der Großzügigkeit und – zumindest an der Oberfläche – ohne die Erwartung einer Gegenleistung. Und in der Tat wird, wenn auch nicht von den Anbietern selbst, eine freiwillige Emissionskompensation oft als „Klimaspende“ bezeichnet (und im Übrigen auch steuerrechtlich so behandelt).

Dennoch ist zu bezweifeln, dass die Spende ein angemessenes Interpretationsschema für freiwillige Kompensation von Emissionen ist. Freiwilliger Klimahandel teilt aus Sicht der Gabentheorie zwar den Aspekt der Freiwilligkeit mit der Spende, unterscheiden sich jedoch darin, dass die Spende idealtypisch gerade nicht aufrechnet, nicht kompensiert, was vom Spender zuvor als Schaden verursacht worden ist. Die Emissionskompensation hingegen steht ganz im Geist einer Verpflichtung zum Ausgleich oder der Reparatur. Freiwillige Emissionskompensation ist demzufolge nicht als wohlthätiges Opfer zu begreifen – jedenfalls nicht ausschließlich –, sondern sie stellt auch eine Verwirklichung der *Maxime* dar, für entstehende Schäden aufzukommen, oder, etwas technischer ausgedrückt, die freiwillige individuelle Anwendung des Verursacherprinzips.

Beschreibt man freiwillige Emissionskompensation in diesem Sinne als eine Form verantwortungsbewussten Konsums, so stellt sich in Anlehnung an Mauss die Frage nach dem Zustandekommen der (dem Pol der Freiheit gegenüber liegenden) *Verpflichtung*. Damit ist die soziale Einbettung des Konsums angesprochen. Analog zur Gabe, deren Verpflichtungsaspekt „sozial instituiert“ (Caillé 2008, 63) ist, dürfte eine starke Motivation zur freiwilligen Emissionskompensation die zunehmende gesellschaftliche Erwartungshaltung, d. h. die selbstevidente moralische Anforderung sein, für einen entstandenen ökologischen Schaden aufzukommen (vgl. auch Wippermann et al. 2008). Dies äußert sich z. B. darin, dass die Frage, warum Emissionen eigentlich kompensiert werden sollten, bei keinem Anbieter (mehr) zum Gegenstand gemacht wird. Eher im Gegenteil wird von Anbietern wie *myclimate* der zum Klimaschutz disponierte Konsument scheinbar als Normalfall vorausgesetzt (vgl. *myclimate* 2010d).

Mit dieser sozialen Erwartungshaltung in Bezug auf ökologisches Handeln lässt sich verantwortungsbewusster moralischer Konsum nicht mehr ausschließlich als individuelle Generosität oder freiwillige Spende beschreiben, sondern als eine bedingt freiwillige Praxis. Analog zur Gabe lässt sich diese bedingt freiwillige Praxis nun auch in Bezug auf die zweite Opposition von Handlungsorientierungen, die Momente des Interesses/Vergnügens, beschreiben.

Interessiert, im Sinne eines Interesses *an*, ist die freiwillige Emissionskompensation insofern, als sie den Konsumenten Profite in Aussicht stellt. Worin diese Profite bestehen können, kann in der Praxis völlig unterschiedlich ausfallen. Konsumenten können symbolische Gewinne, etwa die moralische Anerkennung (Priddat 1998, 87) des scheinbar uneigennütigen Handelns, beabsichtigen. Freiwillige Emissionskompensation ließe sich in diesem Falle als eine Art Geltungskonsum (*conspicuous consumption*) auffassen, der, das zeigt die Kritik an der LOHAS-Kultur, jedoch schnell zum Ziel moralischer Verurteilung werden kann. Konsumenten kann jedoch, vor allem angesichts einer gesellschaftlich inzwischen weit verbreiteten „hohen Bereitschaft“ zum Klimaschutz (Wippermann et al. 2008, 32f.), durchaus auch unterstellt werden, mit einem ökologischen Lebensstil einen Beitrag zum Umweltschutz und damit zur individuellen Existenzsicherung leisten zu wollen. An welchen (anderen) Profiten freiwillige Emissionskompensation bzw. der moralische Konsum interessiert ist, hängt von den Kontexten – etwa den im Diskurs zur Verfügung stehenden Rationalisierungsstrategien – ab, in denen die konkrete Praxis stattfindet und bliebe empirisch zu bestimmen.

In Bezug auf den Pol des *Vergnügens* ließe sich freiwillige Emissionskompensation allgemein als sozial erlernte Freude am Geben beschreiben. Die Konsumenten werden diesbezüglich als zu uneigennützigem Verhalten disponierte Akteure aufgefasst, deren nicht-utilitaristisches Interesse in der Praxis unterschiedlich begründet sein kann.

Die Beschreibung der Praktiken freiwilliger Emissionskompensation in den Kategorien der Gabentheorie macht deutlich: Moralischer Konsum kann in seinen Grundzügen als freiwillige Verpflichtung beschrieben werden. Einerseits kann er als symbolischer Tausch nur funktionieren, weil es keine letztwirksame Verpflichtung gibt, d. h. weil die Konsumenten – Konsumkritiker mögen hinzufügen: innerhalb bestimmter Grenzen – etwas zu entscheiden haben. Der symbolische Wert besteht insofern gerade darin, etwas freiwillig getan zu haben. Andererseits weist die beschriebene gesellschaftliche Erwartungshaltung darauf hin, dass moralischer Konsum nicht im sozialen Vakuum vollzogen wird, sondern dass dabei eben auch Elemente der Verpflichtung bestehen. Beide scheinbar widersprüchlichen Elemente finden sich im moralischen Konsum ebenso vereint wie die Momente des Eigeninteresses und des Vergnügens bzw. der Gemeinwohlorientierung. Aus der Perspektive der Gabentheorie geht eine Kritik an den LOHAS-Praktiken, die sich auf eine Verunreinigung moralischer Handlungsmotive durch Eigeninteresse bezieht, an der Vielfalt menschlichen Handelns vorbei. Begreift man indessen, wie bereits vorgeschlagen, den Kern der Moral als die Frage nach dem gelingenden Zusammenleben, so zeigt die multidimensionale Handlungstheorie Caillés, dass sich ein solches nur im Oszillieren zwischen *allen* vier Handlungspolen vollziehen kann.

Freilich bedeuten diese Ausführungen nicht, dass die LOHAS-Kultur oder Praktiken der freiwilligen Emissionskompensation nicht zu kritisieren wären. Widersprüchliche Argumentationen, selektive Problemwahrnehmung oder die im Auseinanderklaffen universeller moralischer Ansprüche und differierender ökonomischer Leistungsfähigkeit verdeutlichte

fragwürdige sozialpolitische Grundlage der LOHAS-Kultur können Gegenstand vernünftiger bzw. eben auch moralischer Kritik sein. Allerdings sollte diese nicht die Dichotomisierungen der Alltagssemantik des Moralbegriffs reproduzieren.

5 Zusammenfassung

Die Frage nach einer empirisch tragfähigen Konzeption des Konsumenten bzw. des Konsumentenverhaltens ist für eine sozialwissenschaftlich orientierte geographische Untersuchung moralischen Konsums zentral (vgl. Ermann 2006, 197f.). Insofern damit das Verhältnis von Interesse und Vergnügen, von Freiheit und Verpflichtung angesprochen ist, erlaubt die dargestellte, von der Gabe inspirierte Handlungstheorie Alain Caillés eine hilfreiche, empirisch konkrete Kategorisierung der impliziten und expliziten Ziele bzw. Orientierungen moralischer Konsumtionspraktiken sowie der in der Diskussion verhandelten Vorstellungen eines wünschenswerten Konsums. Eine solche Kategorisierung erlaubt schließlich auch, die Konfliktlinien moralischer Argumentationen präziser zu benennen, indem sie die Bewegung zwischen den vier Grundpolen des Handelns im konkreten Fall beschreiben kann.

Vor allem die Behandlung der sozialtheoretisch oft formulierten Widersprüche altruistischen und eigeninteressierten Handelns durch die Einführung einer Optik der Multidimensionalität vermag – auch wenn sie stellenweise einer stärkeren theoretischen Unterfütterung bedarf – wenig fruchtbare Dichotomisierungen zu vermeiden und den Blick für neue Fragestellungen zu öffnen. So zeichnen sich am Horizont der hier vorgetragenen Überlegungen z. B. Fragen nach den Raumsemantiken der Gabe ab. An diesem Punkt könnten geographische Arbeiten, die die Implikationen von sozialer und räumlicher Nähe und Distanz thematisieren, einen wichtigen Beitrag leisten. Parallel dazu scheint ebenso eine Bereicherung der Netzwerk- und Marktentstehungsanalysen durch eine Perspektive denkbar zu sein, die die Gabe als das primäre Medium der Stiftung und Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen betrachtet.

Literatur

- Adloff, Frank/Mau, Steffen 2005: Zur Theorie der Gabe und Reziprozität. In: dies. (Hg.): Vom Geben und Nehmen. Zur Soziologie der Reziprozität. Frankfurt/New York, S. 9-57.
- Adloff, Frank/Papilloud, Christian 2008: Alain Caillés *Anthropologie der Gabe*. Eine Herausforderung für die Sozialtheorie? In: Caillé, Alain: *Anthropologie der Gabe*. Frankfurt/New York, S. 7-39.
- Beetz, Michael 2009: Was können Soziologen von Moral verstehen? Gesellschaftliche Praxisfelder und ihre moralischen Kompetenzerfordernisse. In: *Berliner Journal für Soziologie* 19, 2, S. 248-267.
- Bourdieu, Pierre 2001: *Die Regeln der Kunst. Genese und Struktur des literarischen Feldes*. Frankfurt a.M.

- Caillé, Alain 2008: Anthropologie der Gabe. Frankfurt/New York.
- Caillé, Alain 2006: Weder methodologischer Holismus noch methodologischer Individualismus. Marcel Mauss und das Paradigma der Gabe. In: Moebius, Stephan/Papilloud, Christian (Hg.): Gift. Marcel Mauss' Kulturtheorie der Gabe. Wiesbaden, S. 161-214.
- Caillé, Alain 2005[1994]: Die doppelte Unbegreiflichkeit der reinen Gabe. In: Adloff, Frank/Mau, Steffen (Hg.): Vom Geben und Nehmen. Zur Soziologie der Reziprozität. Frankfurt/New York, S. 157-184.
- CEP (Council on Economic Priorities) 1992: Shopping for a better world. A quick and easy guide to socially responsible supermarket shopping. New York.
- DEHSt (Deutsche Emissionshandelsstelle) 2008: Leitfaden zur freiwilligen Kompensation von Treibhausgasemissionen. <<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3660.pdf>> [Zugriff: 2010-02-09]
- Ermann, Ulrich 2006: Geographien moralischen Konsums. Konstruierte Konsumenten zwischen Schnäppchenjagd und fairem Handel. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 80, 2, S. 197-220.
- Ermann, Ulrich 2005: Regionalprodukte. Vernetzungen und Grenzziehungen bei der Regionalisierung von Nahrungsmitteln. (= Sozialgeographische Bibliothek Bd. 3). Stuttgart.
- Goleman, Daniel 2009: Ecological Intelligence. Knowing the Hidden Impacts of What We Buy. London.
- Hénaff, Marcel 2009: Der Preis der Wahrheit. Gabe, Geld und Philosophie. Frankfurt a.M.
- Hillebrandt, Frank 2009: Praktiken des Tauschens. Zur Soziologie symbolischer Formen der Reziprozität. Wiesbaden.
- Hillebrandt, Frank 2007: Kaufen, Verkaufen, Schenken. Die Simultanität von Tauschpraktiken. In: Beckert, Jens/Diaz-Bone, Rainer/Ganßmann, Heiner (Hg.): Märkte als soziale Strukturen. Frankfurt/New York, S. 281-295.
- Hitzler, Ronald/Pfadenhauer, Michaela 2006: Diesseits von Manipulation und Souveränität. Über Konsum-Kompetenz als Politisierungsmerkmal. In: Lamla, Jörn/Neckel, Sighard (Hg.): Politisierter Konsum – konsumierte Politik. Wiesbaden, S. 67-89.
- Jackson, Peter/Ward, Neil/Russell, Polly 2009: Moral economies of food and geographies of responsibility. In: Transactions of the Institute of British Geographers 34, 1, S. 12-24.
- König, Wolfgang 2008: Kleine Geschichte der Konsumgesellschaft. Konsum als Lebensform der Moderne. Stuttgart.
- Künast, Renate 2002: Klasse statt Masse. Die Erde schätzen, den Verbraucher schützen. München.
- Lamla, Jörn 2007: Die Autonomie des Verbrauchers und ihre politischen Formen. Bausteine einer Kulturtheorie des Consumer Citizen. In: Baringhorst, Sigrid/Kneip, Veronika/März, Annegret/Niesyto, Johanna (Hg.): Politik mit dem Einkaufswagen. Unternehmen und Konsumenten als Bürger in der globalen Mediengesellschaft. Bielefeld, S. 53-80.

- Luhmann, Niklas 2008: Ethik als Reflexionstheorie der Moral. In: Luhmann, Niklas.: Die Moral der Gesellschaft. Hg. von Detlef Horster. Frankfurt a.M., S. 270-347.
- Mauss, Marcel 1990[1925]: Die Gabe. Form und Funktion des Austausches in archaischen Gesellschaften. Frankfurt a.M.
- Miller, Daniel 2001: The Poverty of Morality. In: Journal of Consumer Culture 1, 2, S. 225-243.
- Moebius, Stephan 2009: Die elementaren (Fremd-)Erfahrungen der Gabe. Sozialtheoretische Implikationen von Marcel Mauss' Kultursoziologie der Besessenheit und des „radikalen Durkheimismus“ des *Collège de Sociologie*. In: Berliner Journal für Soziologie 19, 1, S. 104-126.
- Moebius, Stephan 2006: Die Gabe – ein neues Paradigma der Soziologie? Eine kritische Betrachtung der M.A.U.S.S.-Gruppe. In: Berliner Journal für Soziologie 16, 3, S. 355-370.
- Moebius, Stephan/Papilloud, Christian (Hg.) 2006: Gift – Marcel Mauss' Kulturtheorie der Gabe. Wiesbaden.
- myclimate 2010a: Carbon-Management-Services. Gesamtlösungen. <<http://www.myclimate.org/carbon-management-services/gesamtloesungen.html>> [Zugriff: 2010-02-09].
- myclimate 2010b: Partner und Kunden von myclimate. <<http://www.myclimate.org/portrait/partner-und-kunden.html>> [Zugriff: 2010-02-09]
- myclimate 2010c: Carbon-Management-Services. Kommunikation. <<http://www.myclimate.org/carbon-management-services/kommunikation.html>> [Zugriff: 2010-02-09].
- myclimate 2010d: So funktioniert die Kompensation. <<http://www.myclimate.org/kompensation/prinzip.html>> [Zugriff: 2010-02-09]
- Priddat, Birger P. 1998: Moralischer Konsum. 13 Lektionen über die Käuflichkeit. Stuttgart.
- Schoenheit, Ingo 2009: Nachhaltiger Konsum. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 32/33 vom 03.08.2009, S. 19-26.
- Simmel, Georg 2005[1908]: Exkurs über Treue und Dankbarkeit. In: Adloff, Frank/Mau, Steffen (Hg.): Vom Geben und Nehmen. Zur Soziologie der Reziprozität. Frankfurt/New York, S. 211-235.
- Stein, Nico 2007: Die Moralisierung der Märkte. Eine Gesellschaftstheorie. Frankfurt a.M.
- Wippermann, Carsten/Calmbach, Marc/Kleinhüchelkotten, Silke 2008: Umweltbewusstsein in Deutschland 2008. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Hg. vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Berlin.

Martin Sondermann ■

Nietzsche, Helbrecht, Sinn und Unsinn. Eine Erwiderung auf die Frage nach dem Wohin von Wissenschaft, Bildung und Öffentlichkeit.

„Selig sind die Vergesslichen: denn sie werden
auch mit ihren Dummheiten fertig.“
Friedrich Nietzsche (1905)

1 Einführung

Die Wege und Irrwege von Bildung und Wissenschaft zu ergründen, ist keine leichte Aufgabe. Nichtsdestotrotz geht Ilse Helbrecht in ihrem Essay „Wissenschaft, Bildung, Öffentlichkeit: Wohin gehen wir?“ (2009: 16-21) auf die Spurensuche. Dabei verfolgt sie eine „Shock and Awe“ Strategie und deckt eine Gefährdung der ernsthaften Wissenschaft durch die mediale Aufbereitung von Wissen auf.

Ausgangspunkt und gedanklicher Impuls für das Helbrecht'sche Essay war ein Gespräch mit Geographie-Studierenden der Berliner Humboldt-Universität, das neben dem zuweilen etwas überbemühten hellenischen Philosophen Platon und Jacques Derridá leider auch die einzige Quelle war. Jenem offensichtlich erhellenden Gespräch entnahm die Autorin, dass die „zentrale Dimension universitärer Bildung“ den Berliner Studierenden leider vollkommen unbekannt ist, nämlich „die Schaffung neuen Wissens, die Wissensproduktion“.

Als ob dieser Eindruck nicht falsch genug wäre, entspinnt sich hieran eine Argumentationskette, die im ersten Abschnitt endet mit der Erkenntnis, dass „Wissen (...) von den Studierenden (zumindest von dieser Gruppe, an diesem Tage, in diesem Hörsaal) als etwas gesehen [wird], das einfach da ist“. Wie man aus der Frage „Was ist Bildung?“ zu Erkenntnissen darüber kommt, was Studierende unter „Wissen“ verstehen, ist schleierhaft. Diese begriffliche Ruppigkeit ist genau das Material aus dem der rote Faden dieses Artikels

gesponnen ist: Bei Helbrecht sind Wissenschaft und Bildung Synonyme, die weder definiert und schon gar nicht differenziert werden. Das ist schade und traurig, zumal der Artikel seinen Anfang in der vermeintlichen Unwissenheit der Studierenden findet. Diese Unwissenheit wäre jedoch angesichts der Qualität mancher Artikel ihrer Hochschullehrer verzeihlich.

Der nicht vorhandenen Argumentationskette („Was ist Bildung?“ – „Das verstehen Studenten unter Wissen“) folgend, resümiert die Autorin was Andere über verwandte Begriffe gedacht haben und stellt fest, dass der „klassische Begriff wissenschaftlicher Erkenntnis“ eng mit der „Frage nach der Entstehung des Wissens verbunden“ ist und zwar sowohl bei Humboldt als auch bei Schleiermacher als auch bei Platon. Dass wissenschaftliche Erkenntnis mit der Entstehung von Wissen zusammenhängt, ist eine herausragende Erkenntnis, vor allem wenn es eigentlich um universitäre Bildung geht, von der sich der Artikel offensichtlich immer weiter entfernt. Dennoch wird auf diesem offensichtlich weichen Grund eine eigene These gebaut:

„Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft wird Wissenschaft popularisiert – dadurch entsteht eine verschwommene öffentliche Wahrnehmung von Wissenschaft. Mediale Öffentlichkeiten stärken zudem einen Leitdiskurs der Pseudowissenschaft. Je mehr Wissenschaft also in den gesellschaftlichen Mainstream der Öffentlichkeit gerät, umso mehr lenken ihre Repräsentationen in der Öffentlichkeit ab von ihrem eigenen Auftrag. Dies kann fatale Rückwirkungen haben auf das Wissenschaftssystem selbst.“

Eine Ehrfurcht gebietende These, in der der Wissenschaft Schreckliches blüht und die mit einem kurzen Dialog schließen könnte: „Quo vadis?“ (Wohin gehst du?), fragte die Helbrecht – „Venio futurum iterum crucifigi“ (Ich gehe in die Zukunft, um mich kreuzigen zu lassen), antwortete die Wissenschaft.

Darf die Wissenschaft dem gesellschaftlichen Hauptstrom nicht folgen und sich öffnen, für jeden erfahr- und erlebbar werden, weil sie sonst von ihrem eigentlichen Ziel, der Wissensproduktion, abgelenkt wird? Wäre sie auf einem Nebenstrom vielleicht sicherer und könnte dort den „fatalen Rückwirkungen“ entkommen? Diesen Fragen soll nun, der Argumentation Helbrechts folgend, nachgegangen werden.

2 Das mediale Dilemma und die Kreuzigung der Wissenschaft

Das zweite Kapitel beginnt sehr dramatisch und zwar dort, wo der Gang zur Kreuzigung naturgemäß erst hätte enden sollen: „Das öffentliche Ausbluten der Wissenschaft“. Aber bevor es soweit ist, beginnen wir lieber bei Alpha als bei Omega, denn „in den Medien wurden neue Formate geboren, um über Wissenschaft zu berichten“. Diese neuen Formate des „Edutainment“ bereichern sich, nach Einschätzung der Autorin, geradezu parasitär an der Wissenschaft, versuchen den „wachsenden Wissenschaftshunger der Bevölkerung“ ein wenig zu stillen und bedienen sich, wie alle guten Mütter, dabei der „bunten, lustigen und süßen Seiten“. Dabei komme das Unfertige, prozessual Suchende und im „schweren

Kampf“ zu Erringende leider zu kurz. Was dabei herauskomme, habe jedenfalls nichts anderes verdient als die Bezeichnung „Wissenschaftshappen“ und könne konsumiert werden „wie einen Doughnut in der U-Bahn“.

Diese Einschätzung ist schlichtweg falsch. Sie könnte daher rühren, dass bis auf „Abenteuer Forschung“ ausschließlich auf Formate des Privatfernsehens verwiesen wird und das durchaus zu würdigende Angebot der öffentlich-rechtlichen Sender, von den Dritten Programmen über 3sat bis hin zu arte, vollkommen übergangen wird. Dass es in Quizsendungen nicht um das harte Suchen nach neuen Erkenntnissen geht, liegt in der Natur der Dinge. Dass „die Medien“ dieses Suchen ausblenden stimmt hingegen nicht und kann jederzeit mit Hilfe der Fernbedienung oder einer kurzen Rekapitulation des eigenen medial-basierten Wissens überprüft werden. Zwei Beispiele: Als Nicht-Biologe kann man in „den Medien“ viel über Gentechnik erfahren, über Methoden, derzeit laufende Langzeitstudien und die Gefahren, die sich aus der Anwendung von noch nicht richtig erforschten Verfahren ergeben. Auch Nicht-Physiker kommen in „den Medien“ auf ihre Kosten, erfahren etwas darüber, warum Einsteins Relativitätstheorie immer noch nicht bewiesen ist, wie engagierte Physiker versuchen dies zu ändern und welche Fragen entstünden, würde die Theorie widerlegt werden.

Dass es keine „ernsthafte Vermittlung von Wissen und Erkenntnis“ in den Medien gibt, stimmt also nicht. Dass „Mikrosystemtechnik leicht verdaulich, zwischen Abwasch und Wäscheaufhängen“ vermittelt wird, kann hingegen stimmen. Was aber ist das Problem daran? Dass sich beispielsweise Geographen in den Medien über Gentechnik, Relativitätstheorie und Mikrosystemtechnik informieren können, etwas vom Forschungsstand erfahren und vor allem etwas vollkommen fachfremdes verstehen, ist doch positiv. Dass man zu einem Thema nicht den gesamten Diskurs aufgezeigt bekommt, nicht genau weiß, welche Reaktionen auf Molekularebene (oder darunter) ablaufen, ist dabei überaus zweckdienlich. Man stelle sich vor, die Theorien und Erkenntnismodelle würden nicht in ihrer Komplexität reduziert, verbildlicht und mit angenehmer Stimme unterlegt.

Dass es zur medialen Aufbereitung und damit auch zur Verkürzung von Wissen in Wissenschaftssendungen keine Alternative gibt, leuchtet schnell ein. – Was aber ist dann die Forderung von Ilse Helbrecht? Gar keine Medien konsumieren und sich mit Hegels gesammelten Werken in ein Zimmer sperren und erst wieder herauskommen, wenn man das schwer verdauliche, ungekürzte, nicht bunte, nicht lustige und nicht süße Schrifttum verinnerlicht und auch wirklich verstanden hat? Und was ist mit Menschen, die nicht studiert haben? Dürfen die kein medial aufbereitetes Wissen konsumieren, weil die Gefahr besteht, dass sie nebenher abwaschen oder Wäsche aufhängen und damit die ernsthafte Wissenschaft zu Grabe tragen? Helbrechts Antwort ist eindeutig: „Wissen wird nicht über Dauerberieselung oder seichte Unterhaltung erworben“. Falls doch jemand das Gefühl hat, etwas aus dem Fernsehen zu „wissen“, er möge es bitte schnell vergessen, denn *das* ist kein *wirkliches* Wissen. Statt sich von der medialen Seichtigkeit verführen zu lassen, sollte man bitte lieber noch einmal über den Vorschlag mit Hegel nachdenken, oder auch Nietzsche,

oder auch Platon. Ist diese bourgeoise Hybris in irgendeiner Form angebracht? Führt diese Argumentation irgendwo hin und wenn ja, möchte man „wissen“ wohin?

Das grundlegende Dilemma „der Medien“ ist schnell erfasst: Diese sind, so Helbrecht, nicht mehr investigativ und als „Wächter und Anwalt der gesellschaftlichen Ordnung“ unterwegs, sondern beschränken sich auf das mundgerechte Servieren von Informationen, die vor allem der Unterhaltung dienen. Deshalb finde der gute Recherchejournalismus „nur noch in Nischen statt“ von denen eine „durchaus der Wissenschaftsjournalismus“ ist. Vielleicht hätten Frankfurter Allgemeine oder Neue Zürcher Zeitung, BBC oder arte bessere Kronzeugen für den Niedergang des Journalismus abgegeben als „semi-wissenschaftliche Fernsehmagazine wie Galileo-Mystery oder schnell entwickelte Bildungsseiten in kleinstädtischen Zeitungen“. Das dort die Unterhaltung über der Investigation thronet, ist nun wirklich kein neues Phänomen und keineswegs ein „Trend“ hin zum „Häppchenjournalismus“.

Die Bedeutung der Medien für die Wissenschaft wird leider vollkommen übergangen. Dass neuere und neueste gesellschaftliche und politische Entwicklungen oftmals zuerst in den Medien und erst später in der Wissenschaft verhandelt werden, ist bekannt. So wurde beispielsweise das Phänomen der Urbanen Renaissance in US-Medien bereits Mitte der 1950er Jahre verhandelt, der wissenschaftliche Diskurs in Deutschland begann hingegen erst Ende der 1960er Jahre. Die Medien verwerfen nicht nur wissenschaftliche Erkenntnisse, sondern tragen auch zu diesen bei, dienen bei Diskursanalysen sogar selbst als Quelle für die wissenschaftliche Wissensproduktion.

3 Ernsthaftigkeit, Komplexität und das vanuatu'sche Erdenglück

Wie kann man die Wissenschaft vor dem Kreuz bewahren? Wohin *sollten* wir gehen? Laut Helbrecht bedarf es zunächst einmal „einer Ernsthaftigkeit in der Berichterstattung, die dem Wesen der Wissensuche entspricht“. Ist diese Ernsthaftigkeit gegeben, dürfen Wissenschaftsjournalisten „Verstehen, Übersetzen und Transportieren“, denn *das* sei ihre Profession. Erst dann „erfüllt sich die virulente Forderung in der Diskussion um Wissenschaft und Gesellschaft: der Dialog auf Augenhöhe“ und Wissenschaft würde endlich als das vermittelt, „was es ist: Wissen, das individuell angenommen werden kann“. Anschließend könne sich auch das „autonome Individuum“ um „ein fundiertes Wissen“ bereichern, „das zu eigener Handlungsfähigkeit, dem Erkennen komplexer Zusammenhänge, befähigt“.

In diesem Abschnitt kommt wieder der ruppig gesponnene Argumentationsfaden zum Einsatz. Der Kritik an der Berichterstattung und Wissensaufbereitung in „den Medien“ folgen vage Vorschläge wie „Wissenschaftsjournalismus“ aussehen sollte. Zugespitzt formuliert, ist die erste Forderung, dass Nicht-Wissenschaftsjournalisten, zumal solche mit ungenügender Ernsthaftigkeit, am besten gleich die Finger von wissenschaftlichen Erkenntnissen lassen. Dass Journalisten immer auf Augenhöhe mit Wissenschaftlern arbeiten sollten, erscheint allerdings absurd.

Die zweite Forderung, nämlich dass über wissenschaftliche Erkenntnisse nur in einer Form berichtet werden darf, die das „autonome Individuum“ zum „Erkennen komplexer Zusammenhänge“ befähigt, zieht gleich zwei Fragen nach sich: Gibt es das autonome Individuen überhaupt und ist es wirklich notwendig bzw. möglich, dass jeder komplexe Zusammenhänge erkennt? Leider kann an dieser Stelle die Frage nach der Existenz von autonomen Individuen nicht beantwortet werden. Der Term wurde offensichtlich von Wilhelm von Humboldt übernommen, aber leider nicht hinterfragt. Was die komplexen Zusammenhänge angeht, die jeder verstehen sollte, so sei als eine erste Annäherung an diese Forderung Vanuatu angeführt, jenen Inselstaat, der die glücklichsten Menschen der Welt beherbergt, zumindest laut HPI (Happy Planet Index) und zugleich eine Analphabetenrate von 24% aufweist. Vielleicht schaut das eine oder andere vanuatu'sche Individuum abends fern oder liest den Sydney Morning Herald und erfährt dort etwas über wissenschaftliche Erkenntnisse zum Meeresanstieg und Korallenbleiche und darüber, dass beide Prozesse mit dem Klimawandel zusammenhängen und auch Vanuatu betreffen. Man stelle sich weiterhin vor, dass dieses Individuum, genauso wie der informationenliefernde Journalist weder Klimaphysik noch Meeresbiologie studiert hat.

Sind die Informationen umsonst, weil die komplexen Zusammenhänge in ihrer ganzen Komplexität nicht vermittelt und verstanden wurden? Nein, denn es gibt ein Leben außerhalb komplexer Zusammenhänge, hier und dort, gestern und heute. Es gilt: „der Mensch hat einen notwendigen Anspruch auf Erdenglück, darum ist die Bildung notwendig, aber auch nur darum!“ (Nietzsche 1919).

4 Fazit: Dreieckige Welten und Wissensbildung im Gegenstromprinzip

Um zu einem runden Schluss zu kommen, muss man manchmal anecken, so wie die Annahme, mit der Ilse Helbrecht ihr Fazit einleitet: „die Welt ist dreieckig“. Um sicher zu gehen, was damit gemeint ist: „wir nehmen einmal an, drei Ecken hätte die Welt“, woraus folgt: „sie sei keine Kugel“. Würde, so die Annahme, dieser Zustand von Wissenschaftlern endlich erkannt werden, dann wäre es schwierig, dies zu vermitteln. Das liegt an dem Dilemma mit „den Medien“ und auch daran, dass die Wissenschaftler von morgen heute noch im Hörsaal sitzen und dort lieber der unterhaltsamen „Verbreitung vertrauten Wissens“ frönen als sich der Schöpfung „von neuem Wissen“ zu widmen. Dieser Eindruck stimmt so nicht.

Erstens muss betont werden, dass die eingangs erwähnte Diskussion mit den Berliner Geographie-Studierenden im Rahmen eines Bildungsstreiks stattfand. Vor diesem Hintergrund dürfte wohl niemand erwarten, dass die Frage „Was ist Bildung?“ von Studierenden zuallererst mit Wissensproduktion im Sinne universitärer Forschung beantwortet wird. Zweitens wurden die Schaffung neuen Wissens und auch der kritische Umgang mit Wissen von den Studierenden benannt, wie mir aus eigener Anwesenheit bekannt ist. Es war und ist, gerade im Kontext der zeitgenössischen, Bologna-induzierten Bildungsdebatten, ein expliziter Gegenstand studentischer Forderungen, dass das universitäre Hochschulstudium

wieder näher an die Forschung rückt. So ist es ein ausdrücklicher Wunsch vieler, wenn auch nicht aller, Studierender selbst Wissen zu produzieren – und zu forschen. Dieser Wunsch spiegelt sich nicht zuletzt in der oftmals langwierigen Themenfindung und -bearbeitung von Abschlussarbeiten wieder. Dort geht es darum, sich vom vertrauten Kanon der Erdzeitalter, Korngrößen, der Chicagoer Schule und den Zentralen Orten zu lösen, den Forschungsstand zu einem Thema zu erarbeiten, neue Methoden zu erproben und Theorien zu überprüfen und dabei etwas Eigenes, Anspruchsvolles, Neues und irgendwie Relevantes zu erforschen. Die Forderung von Helbrecht, die Wissensproduktion in ihrer Bedeutung für die universitäre Bildung wieder in der Vordergrund zu rücken, ist zugleich auch eine studentische Forderung und somit hochgradig konsensfähig. Die Bologna-Studiengänge, insbesondere der Bachelor sollten dementsprechend umgestaltet werden und zukünftig mehr Raum für die Entwicklungen eigener Schwerpunkte bieten und vor allem stärker an die Forschung der jeweiligen Institute gekoppelt werden. Forschungsbezogene Lehrveranstaltungen, bei denen sich die Studierenden mit eigenen Projekten an größeren Forschungsvorhaben beteiligen, gibt es zwar, aber die Möglichkeiten sind noch lange nicht ausgeschöpft. Auch die kritische Auseinandersetzung der Lehrenden mit den Lernenden gehört zum Wissensbildungsprozess. Das gemeinsame Forschen auf einer sich während des Studiums angleichenden Augenhöhe schafft die beste Grundlage für die Studierenden, um sich zu selbst zu bilden und zu ernsthaft forschenden Wissenschaftlern zu werden.

Abschließend bleibt festzustellen, dass trotz der diffus mäandrierenden Argumentationsketten und der bourgeoisen Hybris, es Ilse Helbrecht gelingt, in ihrem Essay zwei ganz wesentliche Sachverhalte aufzuzeigen. Erstens: Erkenntnisgewinnung entsteht in der Diskussion, durch Reflexion und Kritik. In diesem Sinne könnten auch Professoren von Studierenden profitieren, da Letztere mit Lehrinhalten und Wissen teilweise kritischer umgehen als sie selbst. Universitäre Bildung könnte also auch im Gegenstromprinzip funktionieren und so zur Wissensbildung beitragen. Zweitens erinnert Ilse Helbrecht die Leser an eine ganz wunderbare Prämisse, die gleichermaßen in Wissenschaft, Bildung und Öffentlichkeit gilt und die zweifelsfrei richtig ist: „Um Inhalte zu transportieren, muss man sie zuerst verstehen“.

Quellen

Helbrecht, Ilse (2009): Wissenschaft, Bildung, Öffentlichkeit: Wohin gehen wir? *Geographische Revue* 2/2009. S. 16-21.

Nietzsche, Friedrich (1905): Jenseits von Gut und Böse, Siebentes Hauptstück – Unsere Tugenden. In: Nietzsche's Werke. Leipzig.

Nietzsche, Friedrich (1919): Unzeitgemäße Betrachtungen, Drittes Stück – Schopenhauer als Erzieher. In: Nietzsche's Werke. Leipzig.

Dieser Aufsatz ist die leicht überarbeitete Version eines Artikels, der zuerst in raumnachrichten.de erschienen ist. Er ist dort unter <http://www.raumnachrichten.de/materialien/diskussion/860-sondermann> greifbar.

Einzelrezensionen

Hannes Hofbauer: EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen. Wien 2007. 319 S.

Die Deutung der Transformationsprozesse in Ostmitteleuropa scheint zwanzig Jahre nach dem „annus mirabilis“ 1989 entschieden zu sein. Unisono überschlugen sich im Jubiläumsjahr 2009 Medien und politische Elite in feierlichen Phrasen, das Vokabular der Transformation lebt von „Freiheit“, „Wohlstand“, „Frieden“. Die Wendedekade im aufgelösten RGW-Raum, die an das kurze zwanzigste Jahrhundert anschließt, mag für manchen Staat und manche Menschen von Anstrengungen und Verzicht gekennzeichnet sein; die aber seien nötig gewesen, so die dominierende Lesart, um diese Staaten „zurück nach Europa“, aus sozialistischer Diktatur und Misswirtschaft in Demokratie und Marktwirtschaft zu holen und ihnen den Reichtum der Europäischen Union angedeihen zu lassen. Geschehen ist dieser quasi-karitative Akt auf Wunsch der Bevölkerung, die sich in „samtenen Revolutionen“ friedlich aus dem Joch der kommunistischen Diktatur befreit und in Referenda den Weg zur EU eingeschlagen hat.

In diesem öffentlichen Konzert sind die Zwischenrufe von Hannes Hofbauer zur Einordnung der Osterweiterung eine wahre Wohltat.

Der österreichische Publizist Hofbauer, studierter Wirtschafts- und Sozialhistoriker,

legt in zweiter, umfassend überarbeiteter Auflage eine Kritik der Osterweiterung vor, die, ohne dass es explizit benannt würde, auf einer kritischen Analyse der politischen Ökonomie der Osterweiterung fußt und die Expansion EU-europäischen und nordamerikanischen Kapitals nach Ostmitteleuropa in die Hegemoniegeschichte Kontinentaleuropas stellt. Die sieben Kapitel des Buches bieten eine historische Genese der Erweiterung von 2004 und 2007, zehn Länderstudien zu den beigetretenen Staaten sowie Kroatien, und eine abschließende wirtschaftsgeographische und militärpolitische Verortung der Erweiterung. Umfassende Endnoten, ein Statistikblatt mit Strukturdaten und eine unkommentierte Auflistung von Zeitungen, Gesprächspartnern und Internetadressen, die der Autor wohl zu Rate gezogen hat, runden das Buch ab.

Schon der begriffshistorische Einstieg in die Thematik macht die Stoßrichtung klar: Die Europa-Idee ist seit dem Mittelalter aggressiv-imperialistisch ausgerichtet (13 f.) und dient der geopolitischen und wirtschaftlichen Besserstellung mitteleuropäischer Akteure. Kolonialismus, Imperialismus und Nationalismus werden im Galopptritt durch tausend Jahre europäische Geschichte zu „Erweiterungstheorien“ eingestampft, um die Osterweiterung als „konkret gewordenen Angebot zur Kolonisierung von Teilen des Ostens (...), im EU-Deutsch ‘Integration’ genannt“, beschreiben zu können (17). Die explizierte Metaebene be-

schränkt sich auf Zentrum-Peripherie-Beziehungen im Sinne welt-systemischer Ansätze: Gleich, ob das westliche Zentrum nun Rom, Wien, Paris, Berlin oder Brüssel ist – vom Heiligen Römischen Reich über Napoleon und das nationalsozialistische Deutschland führt eine ideelle Gerade zur Osterweiterung der EU. Integration und Wohlstand des Zentrums hängen unmittelbar mit Desintegration und Verarmung der Peripherie zusammen.

Hofbauer erklärt die amerikanische Kapitalhegemonie, institutionalisiert in Bretton Woods und flankiert durch die Kapitalmauer von Marshall-Plan und COCOM, zur Basis der nachhaltigen Teilung Europas und legt dar, wie von Washington und Brüssel aus die europäischen Transformationsökonomien zu Währungs-konvertibilität, strikter Haushaltsdisziplin, Preisliberalisierung und restriktiver Geldpolitik gebracht wurden (34 ff.). Abweichungen vom sozialen Kahlschlag und dem Ausverkauf der angeschlagenen Volkswirtschaften im Rahmen einer zügigen Privatisierung seien keine realen Politikoptionen gewesen (47 ff.). Seinen Abschluss findet die historische Genese in einem Abriss der europäischen Integrationsgeschichte bis zur Unterzeichnung der Beitrittsverträge 2003 (65 ff.).

Die Länderstudien bemühen sich, den so ausgerollten roten Faden aufzunehmen: In Einzelbetrachtungen mit höchst unterschiedlichem Umfang (zwischen sieben und 27 Seiten) zeigt der Autor die sozio-ökonomische Entwicklung der einzelnen Nationalökonomien auf, indem er den Einzug neoliberaler Wirtschaftsstrukturen, vor allem in der Geld- und Außenhandelspolitik,

darlegt und deren Auswirkungen mal auf die Arbeitsmärkte, mal die sozialen Sicherungssysteme oder die Landwirtschaft erläutert und textlich in reportageartige Elemente einbettet.

Diese Vorarbeiten führen gewissermaßen teleologisch zur abschließenden Einordnung: Die vom „Westen“ betriebene (erneute) Peripherisierung Ostmitteleuropas im Rahmen der Osterweiterung sichert den Reichtum des Zentrums, indem sie Armut am Rande produziert. Als Beweis führt Hofbauer die Kapitalflüsse an. Investitionen und Kredite fließen von West nach Ost, Gewinne und Ratenzahlungen von Ost nach West. Jene Regierungen der Region, die nicht in die Schuldenfalle getappt sind, wurden gezielt als nationalistisch oder diktatorisch diskreditiert und letztlich angesichts der militärischen Gewalt der NATO im ehemaligen Jugoslawien 1999 zum Beitritt bewogen. Nach außen dient dem westlichen Kapital die NATO, im Inneren betreibt die EU mittels schneller Eingreiftruppen keine Sozial-, sondern eine Interventionspolitik. Das Kapital lässt keine Wahl.

Seine zum Teil scharfen Thesen schreibt Hofbauer als Publizist, nicht als Wissenschaftler. Sprache und Stil bedürfen nicht nur der Gewöhnung, sondern auch eines gewissen Wohlwollens, Begriffe sind häufig unscharf, der Autor zieht die Zuspitzung der Differenzierung vor. Da ist die Rede von Osteuropa (8), wo ostliberale Eliten in Ostsprachen (79) Ostmärkte (267) bestellen, oder auch schlicht vom Osten (57), dem natürlich der Westen gegenübersteht, Brüssel mit seinen Westexperten. Wem das zu viel ist, der sollte dieses Buch nicht in die Hand nehmen. Hofbauers Ab-

lehnung des Begriffs Ostmitteleuropa, auf den er nur kurz eingeht (8, 23), als ideologisch vorbelastet, ist sicherlich nachvollziehbar. An anderer Stelle legt er jedoch weit weniger Wert auf sprachliche Differenziertheit, etwa wenn er kommentarlos über „Zwischeneuropa“ berichtet (12) oder Estland, Lettland und Litauen kurzerhand als Baltikum I und II zusammenfasst, wobei Estland auf der Strecke bleibt und gewissermaßen im lettisch-litauischen „Baltikum“ aufgeht. Das verwundert insbesondere angesichts der einleitenden Ankündigung, Neuerung dieser Auflage sei eine „tiefer gehende Beschäftigung“ mit diesen drei Staaten (7).

Wenig Tiefgang weisen leider auch einige zentrale Stellen in Hofbauers knackiger Argumentation auf. Einmal handelt es sich bei der Erweiterung „um ein im Kern christliches Projekt“ (11), dann um ein militärisches; argumentiert wird jedoch fast ausschließlich sozioökonomisch. Ein Unterkapitel zu den Europa-Abkommen etwa, denen in jeder Analyse des Beitrittsprozesses eine zentrale Rolle zukommen sollte, bleibt deskriptiv und kommt vollends ohne Hinweise auf das Konditionalitätsprinzip oder eine Hinführung zu den Kopenhagener Kriterien, ohne Hinweise auf die Abgrenzung dieser Vertragstypen zu anderen wie den Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und, wie das gesamte Buch, ohne eine Einordnung in die Beziehungen der Beitrittsländer sowie der EU zu Russland und die Sicht Russlands auf die EU-Erweiterung aus.

Hofbauers Kenntnisreichtum, der an vielen Stellen aufblitzt, leidet unter starken Verkürzungen, die seine Argumentation

stellenweise willkürlich wirken lassen und dadurch letztlich schwächen. Die Werke Elias' (13) oder Habermas' und Dahrendorfs (65) werden auf Halbsätze gebracht, um diese anschließend zu widerlegen, Vertragsinhalte und -reformen unpräzise wiedergegeben, um sie auf Argumentationslinie zu bringen (70, 75). Seine Geschichte der EU-Militärpolitik setzt erst mit Maastricht und Amsterdam ein (285), um den Zusammenhang von militärischer Gewalt und Osterweiterung zu unterstreichen; dabei verzichtet Hofbauer ausgerechnet auf die verteidigungspolitische Geschichte der europäischen Integration, die sein Argument, Europa sei eine militaristisch-imperialistische Idee, stützen würde.

Und spätestens, wenn der Autor sich erzürnt, dass die Gründungsverträge der E(W)G und deren Änderungsverträge es nicht vermochten, die konstitutionelle Monarchie in Europa zu beseitigen und die wahre Volksherrschaft einzuführen, sondern auf wirtschaftliche Integration abzielten (66), muss man sich fragen, ob er nicht das Pferd vom Schwanz her aufzäumt.

Obschon Hofbauers Stoßrichtung eindeutig ist, bleibt eine theoretische Zuordnung schwierig. Der Autor selbst verzichtet auf jede explizite Einordnung, Hobsbawm oder Altvater, Moravcsik und Vachudova, Schimmelfennig, Haas oder Belamy spielen keine Rolle, gleich ob sie die Argumentation konstruktiv bereichern oder als Gegenspieler erhalten könnten. Selbst Wallerstein kommt nur im Rahmen einer Aufzählung vor. Das wäre an sich nicht weiter schlimm, würden die Zuspitzungen im kritischen Ton mit politökonomischer, globalisierungskritischer Wortwahl nicht nach einer theore-

tischen wie methodischen Einordnung verlangen, um weniger zu irritieren und starke Worte auch mit starken Argumenten zu unterfüttern. Das bleibt leider aus. So wirkt Hofbauers Argumentation eklektisch bis versatzstückhaft, bleiben viele Fragen nach Quellen und Überprüfbarkeit offen.

Mal führt das zu einfachen Fragezeichen, etwa wenn als Beleg für die These vom Wandel der slowakischen Außenpolitik hin zur Erweiterung durch die NATO-Intervention von 1999 schlicht darauf verwiesen wird, der damalige „Chefökonom der HZDS“ habe ihm das gesagt (257). Häufiger aber verzichtet Hofbauer bedauerlicherweise auf argumentative Schützenhilfe aus der Forschung, beispielsweise wenn die Einheitliche Europäische Akte in seiner Integrationsgeschichte nur eine Randerscheinung bleibt (65, 66), obwohl die Legitimationsforschung gerade diesem Vertrag seit einigen Jahren eine zentrale Rolle zuweist (z.B. Lord und Magnette 2004) und der Autor die mangelnde Akzeptanz der EU und ihre Ursachen durchaus gut in seine Beweisführung einbauen könnte. Auch im Methodenkasten der Disziplin, der Hofbauer zumindest sprachlich am nächsten steht, fehlen einige Werkzeuge. Hofbauer spricht in der Sprache der strukturellen Macht des Kapitals, ohne Sprache und Struktur zu benennen. Dadurch wirken seine Thesen zwar provokativ, aber nach Belieben ausgelegt und mit der Tendenz zur Verschwörungstheorie. Die (kritische) politische Ökonomie der europäischen Integration leistet seit zehn bis 15 Jahren bedeutende Beiträge zur Erklärung auch der Osterweiterung; Hofbauer nimmt kaum Gedanken und Methoden daraus auf. Die sogenann-

ten European Round Tables als essentielle Akteure der Osterweiterung finden bei ihm überhaupt nicht statt, erleuchtende Vergleiche von Marshall-Plan und EU-Hilfsprogrammen für die ehemaligen RGW-Staaten oder Untersuchungen über das massive Outsourcing deutscher Unternehmen nach Ostmitteleuropa kommen nur als spitze Thesen vor, auf die kraftvollen Argumente und Belege aus der politischen Ökonomie (bspw. Bohle 2006, 71; Ivanova 2007; Lorentowicz et al. 2002) wartet man vergebens. So bleibt der verschwörungstheoretische Nachgeschmack, dass doch wieder bloß das anonyme Kapital und unbekannte Finanzzirkel die Strippen ziehen. Sollte es Hofbauers Ziel gewesen sein, eine interessierte Öffentlichkeit mit der politökonomischen Kritik der Erweiterung wachzurütteln, sind gerade diese Unterlassungen kontraproduktiv, denn sie lassen den Sympathisanten fragend zurück und dem Gegner viel Raum für Gegenargumente.

Dennoch ist die Lektüre des Buchs anregend. Völlig zurecht konstatiert Hofbauer eingangs, dass die erschreckend uniforme Zustimmung zur Osterweiterung im deutschsprachigen Raum bisher kaum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung ist. Kritische Stimmen sind rar gesät, insbesondere wenn es um die Osterweiterung geht, und das vorliegende Buch lebt vom beeindruckenden Kenntnisreichtum des Autors. Davon profitiert vor allem der historische Teil, zum Beispiel wenn Hofbauer mit süffisantem Staunen feststellt, wie sehr die europäische Integration nicht nur ihre Wurzeln vor 1945 hat, sondern dass Personal, Rhetorik und Zielrichtung der Integration vor, während und nach dem Krieg

nahezu übereinstimmen (26-29). Herrmann Josef Abs, im Krieg Vorstand der Deutschen Bank und Aufsichtsrat der IG Farben, nach dem Krieg Chef der Kreditanstalt für Wiederaufbau und Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, wird mit einem Hohe- lied auf die „reichen und lohnenden Mög- lichkeiten“ des europäischen Raums aus dem Jahr 1940 zitiert (28), das nichts ande- res als die Kapital- und Warenverkehrs- freiheit der später geschaffenen EWG um- schreibt; Hermann Göring gibt 1940 vor, dass „die europäischen Volkswirtschaften so vollkommen und eng wie möglich mit der großdeutschen Wirtschaft zu verflechten“ seien (28); und ein Entwurf aus dem Hause Ribbentrop von 1943 über einen „Europä- ischen Staatenbund“ klingt wie die Präam- bel zu einem der Gründungsverträge (29). (Dass nach Erscheinen des Buchs ein Adli- ger deutscher Verteidigungsminister wurde, dessen Mutter den Nachnamen Henkell- von Ribbentrop trägt, dürfte Hofbauer be- stätigen.) Die gefeierte Revolution von 1989 unterzieht der Autor einer wohlthuenden De- Mystifizierung, indem er auf wenigen Seiten die Dramaturgie des Aufstiegs Havel zum Republikgründer skizziert und fragt, was die Hinrichtung Ceaușescu mit der Schulden- freiheit Rumäniens (45-46) und die finanz- politischen Vorstellungen eines Leszek Bal- cerowicz mit der Arbeiterbewegung Soli- darnosc verbindet (47-51). Sorgfältige Re- cherche und hohe Informationsdichte zeichnen insbesondere die Ausführungen zum Zustand der EU-Außengrenze und zur unternehmerischen Ostexpansion aus, wenn etwa detailreich „Tragödien“ beim Versuch der Flucht in die EU aufgezählt (283-284) beziehungsweise die großen Fi-

nanz- und Industrieunternehmen wie AIG, Commercial Union, Société Générale, Re- nault, VW oder Heidelberger Zement län- derweise beim Namen genannt werden.

Mit dem Kenntnisreichtum des Autors scheint es sich ähnlich zu verhalten wie mit dem Verhalten der west- und mitteleuropä- ischen Banken bei der Transformation des Bankensektors in Ostmitteleuropa: „Die histo- rische Nähe wird durch eine geographi- sche und sprachliche ergänzt.“ (266) Wie bei den österreichischen Banken liegen auch des Autors Stärken in der Tschechi- schen Republik, der Slowakei und Ungarn. Der Anspruch, eine strukturelle Kritik mit Länderstudien aus allen Beitrittsstaaten zu untermauern, ist hoch gesteckt. Hofbauer scheitert. In den meisten Ländern, vor allem auf dem östlichen Balkan und im Baltikum, bleiben die Ausführungen an der Oberflä- che, Vergleichbarkeit in Aufbau und Inhalt fehlt. Der gute Ansatz verliert sich in der Überheblichkeit, als „Osteuropa-Experte“ zu jedem Land etwas Schlaues sagen zu müs- sen. Was bleibt, sind viele lohnende Denk- anregungen und die Hoffnung, dass Hof- bauers Ansatz in absehbarer Zeit wissen- schaftlich weitergeführt wird.

Christian Weitzel

Literatur

- Bohle, Dorothee 2006: Neoliberal hege- mony, transnational capital and the terms of EU enlargement. In: *Capital and Class* 88. S. 57-86.
- Ivanova, Maria 2007: Why there was no „Marshall Plan“ for Eastern Europe and why this still matters. In: *Journal of Contemporary European Studies* 15/3. S. 345-376.

Lord, Christopher und Paul Magnette 2004: *E pluribus unum? Creative disagreement about legitimacy in the EU*. In: *Journal of Common Market Studies* 42. S. 183-202.

Lorentowicz, Andzelika, Dalia Marin, Alexander Raubold 2002: *Ownership, capital or outsourcing: What drives German investment to Eastern Europe?* München.

Antwort vom Autor Hannes Hofbauer auf die Rezension

Obwohl zahlreich besprochen, ist mein im Jahr 2007 in erweiterter Form erschienenes Buch „EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen“ selten zuvor so profund diskutiert worden wie im obigen Beitrag. Und nie so lehrreich. Als Autor würde man sich eine dermaßen intensive Auseinandersetzung mit seinen Schriften öfter wünschen. Insofern gilt dem Rezensenten mein ehrlicher Dank.

Der Kritik entnehme ich zuoberst, dass mein Anliegen, den überwiegend schönfärberischen Deutungen des osteuropäischen Transformationsprozesses eine radikal anderssichtige, kritische Ansicht gegenüberzustellen, beim Lesenden angekommen ist. Von den ersten sozio-ökonomischen Liberalisierungsschritten seit 1986, als in Ungarn der Direktor des staatlichen Budapester Weltwirtschaftsinstituts Andras Inotai vehement z.B. für die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes eintrat und in der Sowjetunion

1988 das so genannte Genossenschaftsgesetz u.a. das Ende des staatlichen Außenhandelsmonopols fixierte, war mein Erkenntnisinteresse von den sozialen, ökonomischen und kulturellen Auswirkungen dieser „Reformen“ auf die Gesellschaften in Osteuropa geleitet. Während die allermeisten Medien, Politiker und Analytiker im Westen die Frage „Cui bono?“ mit „unseren Konzernen und Volkswirtschaften“ beantworteten und sich damit zufrieden gaben, war gerade diese Antwort für mich Auftrag, mein Augenmerk auf die dadurch erst auftretenden oder sich verstärkenden regionalen Disparitäten und sozialen Verwerfungen zu richten. Während die mainstream-Analyse die „Heimkehr nach Europa“ osteuropäischer Länder feierte, fragte ich mich, wohin diese Rückkehr auf historischer Basis stattfinden kann: Faschismus und Nationalsozialismus, autoritäre Regime der Zwischenkriegszeit, periphere Gebiete monarchischer Großreiche?

Schon die Diskrepanz bei der unterschiedlichen Herangehensweise mag erklären, dass die Kritik des Rezensenten, wonach meine Darstellung insgesamt zuspitzt und nicht zu differenzieren vermag, im Kern richtig ist. Mein Arbeitsinstrumentarium ist von journalistischer Machart, wenngleich meine universitäre wirtschaftshistorische Ausbildung unabdingbar für die Beschäftigung mit der Materie war und ist.

Auch die meiner Meinung nach größte inhaltliche Schwäche des Buches hat der Rezensent schonungslos aufgedeckt. Es ist die fehlende Einschätzung der russländischen Beziehungen zu den osteuropäischen EU-Aufnahmekandidaten und späteren EU-Mitgliedern sowie die Einschätzung

Moskaus den ganzen Screening-Prozess des „Acquis communautaire“ betreffend. Dürftige Quellenlage und eine vollkommen inexistente öffentliche Debatte bis Mitte der 00er-Jahre mögen dafür eine gewisse Entschuldigung sein. Zudem war in der Epoche unter Boris Jelzin bis 1999 die russische Forschung insgesamt gelähmt. Eine viel zu kurze, im Ansatz jedoch diese Fragen stellende Einschätzung ist meinerseits in der Einleitung zu einem anderen Buch (Hannes Hofbauer 2006: Mitten in Europa. Politische Reiseberichte aus Bosnien-Herzegowina, Belarus, der Ukraine, Transnistrien/Moldawien und Albanien. Wien.) erschienen.

Der Vorwurf, die Rezeption der zum Thema vorhandenen Literatur wäre nicht vollständig, kann zum einen erhoben werden, ist zum zweiten meiner Ansicht nach ein wenig überzogen (so werden Hobsbawm, Altvater, Bohle sehr wohl rezipiert) und zum dritten insofern korrekt, als dass gewissen Auslassungen auch bewusste Entscheidungen meinerseits zugrunde lagen. Für Letzteres ist zu bemerken, dass der Fokus meiner Arbeit auf ökonomischen und sozialen Fragen lag. Politologische und soziologische Studien ebenso wie solche, die sich mit dem Demokratisierungsprozess in Osteuropa beschäftigten, kamen dadurch zu kurz.

Die reportagenhaft angelegten Länderstudien sollten die harten Fakten der anderen Kapitel unterstreichen und durchaus auch persönlich gewonnene Eindrücke aus der erweiterten Europäischen Union weitergeben. Eine strukturelle Kritik konnte auf

diese Weise nicht für jedes Land geleistet werden. Dennoch ist klar, dass bei elf Staaten, die behandelt werden, die Qualität der einzelnen Kapitel unterschiedlich sein muss. Als gescheitert würde ich diese Methode nicht ansehen, waren doch die Länderberichte eher als Ergänzung gedacht.

Auf kein Gehör ist mein Ansatz beim Rezensenten dort getroffen, wo es mir darum gegangen ist, auf die strukturellen Auswirkungen der osteuropäischen Transformation für den westlichen Zentralraum des Kontinents hinzuweisen. Von der weiteren Flexibilisierung und Zerteilung des Arbeitsmarktes über die Ansätze einer steuerpolitischen Abkehr von der Progression hin zur Flat tax bis zu fortschreitenden regionalen Auseinanderentwicklungen sind die durchwegs wirtschaftsliberalen Reformen, die dem Osten in seinen politisch schwächsten Jahren aufgebürdet worden sind, auch in Westeuropa angekommen. Auch diese Diskussion wollte ich anstoßen.

Bleibt mir zu guter letzt, mich der Hoffnung des Rezensenten am Schluss seiner Besprechung anzuschließen. Nämlich, dass der vorgetragene Ansatz, der vollständig außeruniversitär erfolgt ist, „in absehbarer Zeit wissenschaftlich weitergeführt wird“. Sollte mein Buch dazu beitragen, dass es für eine derart ausgerichtete Forschung in Zukunft staatliche oder suprastaatliche Gelder geben wird, dann wäre eine der Aufgaben des Buches mehr als erfüllt. Denn kritische Forschung zur Brüsseler Expansionsgeschichte tut Not.

Hannes Hofbauer,

Thomas Etzemüller: Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert. Bielefeld 2007. 215 S.

Schenkt man der massenmedialen Darstellung der weltweiten Bevölkerungsentwicklung Glauben, ist Bevölkerung ein Problem. Es leben je nach Standpunkt entweder zu viele Menschen auf der Welt, vornehmlich in den Staaten des Südens, oder zu wenige Menschen, vornehmlich in den Industriestaaten der nördlichen Hemisphäre. Auch der deutsche Staatsbürger¹ ist solchen Darstellungen zufolge vom Aussterben bedroht. Frauen in Deutschland bekommen zu wenige Kinder. Der Untergang, erst des Sozialstaates und anschließend der Bevölkerung, ist daher vorhersehbar. Interessant an diesem Szenario ist nicht sein unerfreuliches Ergebnis, sondern die einfache Tatsache, dass praktisch mit Beginn der Moderne der Bevölkerung in Mitteleuropa ihr Untergang prophezeit wurde. Die Mitteleuropäer sterben seit über 200 Jahren aus, ohne dass eine zarte Hoffnung am Horizont der Zeitgeschichte sichtbar würde – nur der genaue Zeitpunkt ihres Verschwindens bleibt vage.

Der Oldenburger Historiker Thomas Etzemüller geht in seiner Monographie dieser skurril anmutenden demographischen Futurologie auf ihren diskursiven Grund. Etzemüllers Untersuchungsinteresse ist die Frage, wie die demographische Entwicklung als „Problem“ gesellschaftlich definiert und damit gleichzeitig erzeugt wird. Die demographische Entwicklung als Problem ist nicht einfach „da“ und unabhängig von einer Beobachterperspektive gegeben, son-

dern wird erst performativ hergestellt. Etzemüller nimmt hierzu die Perspektive des Beobachters zweiter Ordnung ein und fragt nach den Mechanismen, die in anscheinend turnusmäßigen 50jährigen Abständen verschiedene Untergangsszenarien entwerfen.

Bevölkerung als Problem ist ein genuin modernes Phänomen. Die stratifizierten europäischen Gesellschaften des Mittelalters und der Neuzeit kannten Bevölkerung nur rudimentär als eine Ressource für das Militär oder als Arbeitskräfte. Die Beobachtung einer problematischen Bevölkerungsentwicklung ist eng an die Dynamisierung der Gesellschaft mit Beginn der Industrialisierung gekoppelt, die die Komplexität der Gesellschaft steigerte und diese damit für die Bevölkerungssemantik sensibilisierte. Als einen besonders irisierenden Apologeten des modernen Niedergangs stellt Etzemüller den Bevölkerungswissenschaftler Friedrich Burgdörfer vor, der 1932 und 1934 seine Schriften „Volk ohne Jugend“ und „Sterben die weißen Völker?“ publizierte und darin der „weißen Rasse“ ihre Niederlage im „Gebärwettlauf“ mit den Farbigen prophezeite. Burgdörfer war von 1933 bis 1945 Leiter des Bayerischen Statistischen Landesamts und lehrte ab 1950 wieder als renommierter Bevölkerungswissenschaftler. Burgdörfer ist ein ideologisch extremes Exempel. Dennoch gelingt es Etzemüller, die Dauerhaftigkeit und Motivation des Aussterbenstopos an diesem Beispiel zu verdeutlichen. Als eines seiner wichtigsten ideologischen Schmiermittel fungiert dabei die Xenophobie.

Etzemüllers Schrift ist für Sozial- und besonders für Bevölkerungsgeographen von großem Interesse, da er die Rolle des

Raumes im Einklang mit dem *spatial turn* in der Geschichtswissenschaft in seiner historischen Analyse stark macht. Der Raum ist für den Oldenburger Historiker ein elementarer Bestandteil des Bevölkerungsdiskurses. Die Bevölkerung kann überhaupt erst zum „Problem“ werden, wenn sie in Räumen gedacht wird. Fertilität und Mortalität müssen auf Containerräume und/oder soziale Räume projiziert werden, will man Problemlagen schaffen. Der Raum gilt anschließend als natürliche Einheit, ganz im Sinne des Paradigmas der klassischen Geographie, und wird mit Grenzen artifiziiell gerahmt. Für Etzemüller ist diese kontingente Ausgangssituation von Grenze und Raum die Grundlage aller Bevölkerungsdiskurse vom Anfang bis zum Ende. Etzemüller skizziert in diesem Zusammenhang die Nation als bedeutsamste räumliche Semantik, die den ihr zugewiesenen Raum, ihr Territorium, mit Bevölkerung füllen muss. Es ist hochinteressant zu lesen, wie einfach dieses Modell erweiterbar und z.B. auf „Orient/Okzident“ oder „Weiße/Schwarze“ anwendbar ist. Eine genuine Stärke des Buches ist die Offenlegung der Matrix dieses Bevölkerungsdiskurses. Er verbindet nicht nur Raum, Territorium und Bevölkerung, sondern spezifische biologische Abstammung mit sozialer Zugehörigkeit. Das Konstrukt des Bevölkerungsbegriffes erlaubt, so Etzemüller, diese Einbindung der Biologie in das Soziale und er verankert somit deterministisches Gedankengut. So war die soziale Klasse letztlich ein Resultat der Gene und die sozial differenzierte Fertilität war geboren – die Annahme, dass für unterschiedliche Sozialschichten eine hinreichend hohe oder niedrige Fruchtbarkeit wünschenswert

ist. Bevölkerung ist damit dem Zugriff der Foucaultschen „Bio-Politik“ ausgesetzt und bedarf der Regulation. Gerade an dieser Stelle erscheint Etzemüllers Beitrag anschlussfähig an die vor allem in der Neuen Kulturgeographie geleisteten Arbeiten zur Gouvernementalität. Er liefert aufschlussreiches Material für das kulturgeographische Nachdenken über den Zusammenhang von Regulation, Macht, Raum und Bevölkerung.

Neben dem Regulationsgedanken führt Etzemüller eine zweite These an, die stärker an Arbeiten zum *pictorial* oder *visual turn* in der Kulturgeographie anschließen. Etzemüller sieht in der Technik der Visualisierung von Bevölkerung in Statistiken, Diagrammen usw. ein entscheidendes Argument auf dem Weg zur Bevölkerung als Problem. Die Geschichte des Bevölkerungsdiskurses ist genauso eine Geschichte des Sehens. „Genau das sollte später die Durchschlagskraft des Bevölkerungsdiskurses ausmachen: Verborgenes gewann in Statistiken Existenz und wurde in einer spezifischen Form sichtbar; das wiederum präformierte Handlungsoptionen“ (S. 23). Und das unschlagbare Erfolgsmodell der Demographie ist das Triptychon der Pyramide, Glocke und Urne, das in dem einen oder anderen Lehrbuch zur Bevölkerungsgeographie ebenfalls zu finden sein dürfte. Mit dieser Form der Visualisierung konnte endlich jeder die Gefahr sehen. „Völkertode“ in der Vergangenheit wurden auf simple Weise erklärbar, die Zukunft umso leichter prognostizierbar. „Die Pyramide ist zum zeitlosen Paradigma eines gesunden Bevölkerungsaufbaus geworden, die Urne zu ihrem Fanal“ (S. 86). Der Oldenburger Geschichtswissenschaftler kann auf diese Weise ein-

drucksvoll die Performativität dieses Triptychons aufzeigen. Dessen normierte Symbole haben einen hohen Wiedererkennungswert und ihre Iterabilität sorgt für die Herstellung der Katastrophe, die ohne diese graphische Aufbereitung nicht sichtbar wäre und folglich nicht existieren würde.

Bei Etzemüller reduziert sich das Geschäft mit der Bevölkerungsprognose zur Form: Der Untergang liegt immer in der Zukunft. Die Szenarien deuten immer auf das Kommende. Momentan ist die Situation noch gesichert, aber die Zahlen weisen auf den Untergang, der unabwendbar kommt, wenn die Zahlen sich nicht verändern. Lesenswert ist vor allem die amüsante Darstellung, wie heute über Geburtenkontrolle und Verhütung im Süden dieselben Mittel die Welt retten sollen, die noch knapp hundert Jahre vorher nach der gängigen Meinung zum sicheren Untergang geführt hätten. Etzemüller zieht daraus die ironische Erkenntnis, dass das wahre Problem jeder Demographie schon immer die Frau war. Die Frau ist die Trope der Bevölkerungswissenschaft. „Bekommen sie in Europa zu wenig Kinder, weil sie falschen Idealen der Selbstverwirklichung folgen, statt sich auf die traditionelle Mutterrolle zu besinnen, so bekommen sie in den Entwicklungsländern zu viele Kinder, weil sie in Traditionen verhaftet sind, statt sich zu emanzipieren“ (S. 136).

Am Ende der lohnenden Lektüre des Essays steht die Erkenntnis, dass die grundlegenden Begriffe des Diskurses in der Demographie nicht analytischer, sondern normativer Natur sind. Auch Bevölkerung selbst ist für den Oldenburger Historiker ein normatives Konstrukt, das performativ hergestellt wird und kein analytischer, theoretisch kontrollierter oder nur kontrollierbarer Begriff. Das Werk besticht durch die Klarheit der Darstellung und die umfangreichen Abbildungen, die dem Leser das diskursiv erzeugte Problem der Bevölkerungsentwicklung vor Augen führen. Nicht nur Bevölkerungsgeographen werden die Lektüre lohnend finden. Generell eignet sich die mit reichhaltigem empirischem Material versehene Arbeit für sozial- wie kulturgeographisches Nachdenken über performative Konstruktionsmodi. Der Band ist mit seiner klaren Sprache und stringenten Gliederung ebenfalls für sozial- und/oder bevölkerungsgeographische Lehrveranstaltungen geeignet.

Peter Dirksmeier

Anmerkungen

- ¹ Die Rezension stellt der Kürze und Lesbarkeit wegen nur die männliche Form im Text dar. Dies weist darüber hinaus kein anderes Motiv auf.

Katrin Grossmann: Am Ende des Wachstumsparadigmas? Zum Wandel von Deutungsmustern in der Stadtentwicklung. Der Fall Chemnitz. Bielefeld 2007. 268 S.

Brauchen wir noch ein Buch über Schrumpfung? Die zur Jahrtausendwende einsetzende wissenschaftliche und öffentliche Diskussion über schrumpfende Städte und Stadtbau hat bereits zu einer Vielzahl an Publikationen zum Thema geführt. Widmeten sich die ersten Arbeiten der regionalen Verbreitung, den Ursachen, Zusammenhängen und Folgen der Schrumpfung, wurde in den letzten Jahren darüber hinaus eine zunehmende Aufmerksamkeit auf Fragestellungen der Steuerung von Schrumpfung gerichtet (Bernt 2005; Glock 2006; Weiske et al. 2005). Bislang wenig untersucht wurden allerdings die hinter den Akteuren und Handlungen stehenden Sinnstrukturen, d.h. die Denk-, Deutungs- bzw. Argumentationsmuster der an Schrumpfungsprozessen beteiligten Akteure. Diesem Gegenstand widmet sich Katrin Grossmann in ihrer Arbeit über Deutungsmuster der Stadtentwicklung im Schrumpfungsdiskurs, die sie am Beispiel der Stadt Chemnitz untersucht. Grossmann legt damit eine Arbeit vor, mit der sie über die bisherigen Forschungsstand hinaus geht.

Es handelt sich um die Dissertation der Autorin, die sie als Stipendiatin an der TU Chemnitz verfasst und dort erfolgreich verteidigt hat. Die Arbeit umfasst 268 Seiten und ist in sieben Kapitel gegliedert. Der Einleitung folgen eine theoretische Einordnung sowie die Vorstellung der Methoden und des Untersuchungsgebietes Chemnitz.

Die Ergebnisse werden in drei Kapitel gegliedert präsentiert.

Die zentrale Untersuchungsfrage lautet: Hat das Phänomen der Schrumpfung zu einem generellen Umdenken der Akteure, ja zu einem ‚Paradigmenwechsel‘ von der Wachstumsplanung zur Schrumpfungsgestaltung geführt? Die Autorin nutzt den von Kuhn für die Beschreibung wissenschaftlicher Grundkonzepte entwickelten Paradigmenbegriff nicht nur als leere Metapher, sondern nimmt diesen ernst und operationalisiert den Begriff mit Bezug auf die Schrumpfungsdiskussion als Grundkonzepte der Stadtentwicklung. Paradigmen der Stadtentwicklung sind demnach grundlegende, vorbewusste, kulturelle Phänomene der Sinn- und Bedeutungsgebung (Grossmann 2007, 30). Eben diese Sinn- und Bedeutungsgebungen sind jene Phänomene der sinnhaften Ordnung der Welt, aus denen sich mit dem Aufkommen der mannigfachen ‚turns‘ inzwischen ein bedeutsamer Forschungszweig entwickelt hat. In der Anwendung der Sinn- und Bedeutungsstrukturen auf die Schrumpfungsdiskurse liegt die besondere Innovation der Arbeit von Grossmann.

Der Fundus theoretischer Konzepte über Sinn- und Bedeutungsstrukturen ist aufgrund der schnellen Verbreitung sehr umfangreich und unübersichtlich. Die Autorin musste daher eine Auswahl treffen und entschied sich für die Ansätze zu kollektiven Sinnstrukturen von Geertz (1995) und Oevermann (1991) sowie diskurstheoretische Ansätze von Foucault (1974) und Schwab-Trapp (2001). Die Auswahl der Ansätze wird sehr gut begründet und die Aufbereitung der theoretischen Ansätze er-

folgt in einer bezüglich Umfang und Tiefenschärfe angemessenen Form. Ziel der theoretischen Aufbereitung ist es, zentrale Begriffe und Konzepte für die eigene Untersuchung zu extrahieren. Die Autorin versäumt dabei nicht, detailliert nachzuweisen, aus welchem theoretischen Kontext die Begriffe und Konzepte jeweils stammen.

Von Oevermann (1991) übernimmt die Autorin den Begriff der Deutungsmuster und setzt diesen mit kollektiven Sinnstrukturen, Sinnsystemen und kulturellen Mustern gleich. Die Begriffe eint, dass es sich um kognitiv symbolische Strukturen und damit kollektiv geteilte Wissensbestände handelt, die über Reproduktion stabilisiert werden. In der Sprache von Foucault handelt es sich bei diesen Deutungsmustern um Diskurse. Mit Hilfe der diskursanalytischen Begriffssystematik von Schwab-Trapp wird in systematischer Form weiter zwischen diskursiven Formationen (themenbezogene Diskurse), Diskursfeldern (öffentliche Diskursarenen), Diskursordnungen (Spielregeln) und Diskursgemeinschaften (Trägergruppen von Deutungen) unterschieden.

Den empirischen Zugang zu den Deutungsmustern und deren Wandel wählt die Autorin über Methoden der Diskursanalyse und Ethnologie. Das umfangreiche empirische Material besteht aus Beobachtungen und Texten des öffentlichen Diskurses über Schrumpfung und Stadtbau in Chemnitz, die aus dem Zeitraum 2001 bis 2002 stammen und mittels Akteursportraits, thematischen Kodierungen und Typenbildungen aufbereitet und analysiert werden. Zu den untersuchten Akteursgruppen zählten: Stadtverwaltung, Stadtpolitik, Presse,

Wohnungsunternehmen, Vertreter der Wissenschaft Bürgerinitiativen und Mieter. Leider ist es nicht gelungen, Daten über die Diskursbeteiligung der Banken zu erheben, obwohl diese Akteursgruppe eine der bedeutsamsten und einflussreichsten der Stadumbaudebatte ist.

In der Auswertung werden in einer ersten Abstraktionsebene fünf Deutungsmuster der Stadtentwicklung unterschieden. Hier liegt der besondere Wert der Arbeit, denn mit der Differenzierung der Deutungsmuster werden sehr plausible Sinn- und Argumentationsstrukturen der Stadtentwicklung (re)konstruiert.

1. Das *marktwirtschaftliche Deutungsmuster* sieht die Stadtentwicklung als Folge der Standortentwicklung. Bestimmende Ressourcen der Stadtentwicklung sind die harten und weichen Standortfaktoren. An dieser Stelle wäre allerdings eine feinere Unterscheidung der wirtschaftlichen Argumente angebracht gewesen, besteht doch ein deutlicher Unterschied darin, ob ein Wohnungsunternehmen aus betriebswirtschaftlicher Perspektive argumentiert oder aus der Logik der gesamtstädtischen Standortentwicklung.
2. Im *gestalterischen Deutungsmuster* wird die Stadtentwicklung über die Gestaltung baulicher Strukturen gesteuert. Hier unterscheidet Grossmann zwei ‚Vignietten‘ (Erscheinungsformen): die Konservierung, als Gestaltung durch Denkmalschutz, und die Superlative, die der in Chemnitz praktizierten Cityplanung mittels ‚großartiger Architektur‘ entspricht.
3. Das *integrative Deutungsmuster* setzt

auf Ganzheitlichkeit, Interdependenz, Ökologie und Nachhaltigkeit. Stadtentwicklung wird als interdependente Beziehung vielfältiger Einflussfaktoren interpretiert.

4. Das *Deutungsmuster der Lebenswelt* beschreibt Sinnstrukturen, die auf gewachsene Nachbarschaften, Strukturen, lokale Vernetzung und Quartiersbezug orientieren.
5. Als *rationales Deutungsmuster* wird eine auf Effizienz und Funktionalität ausgerichtete Denkform bezeichnet. Diese Sinnstrukturen spielen in Chemnitz nur eine marginale Rolle, was auf die Isoliertheit des einzigen dieses Deutungsmuster vertretenden Akteurs zurückgeführt wird.

Die Abstraktionsform des Deutungsmusters erlaubt es, die diskursiv konstruierten kollektiven Sinnstrukturen unabhängig von den konkreten Akteuren zu behandeln. Die von der Autorin geäußerte Vorsicht vor einer allzu schnellen Generalisierung der am Fall Chemnitz unterschiedenen Deutungsmuster ist aus methodischer Sicht zwar korrekt, doch scheint die Plausibilität der Ergebnisse eine Verallgemeinerung durchaus zu rechtfertigen. Grossmann weist selbst auf das sehr ähnliche, zeitgleich entwickelte Konzept von Strom und Mollenkopf (2004) hin. Zwar arbeiten die Autoren mit dem Begriff des ‚Leitmotivs‘, von denen sie drei unterscheiden (Leitmotiv Wirtschaftswachstum; gestalterisch/technisches Leitmotiv; Heimat- bzw. Nachbarschafts-Leitmotiv), doch ähneln diese Leitmotive sehr drei der von Grossmann erkannten fünf Deutungsmuster. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Wolkersdorfer (2001) in sei-

ner Untersuchung über die Konflikte um das vom Braunkohletagebau bedrohte Dorf Horno. Allerdings arbeitet Wolkersdorfer nicht mit dem Konzept der Deutungsmuster, sondern unterscheidet zwischen Diskursen, und zwar einem ökonomischen und einem ethnischen Diskurs. Über diese drei genannten Arbeiten hinaus bietet das Konzept der Deutungsmuster, die in Anwendung auf geographische Themen auch als besondere Form der (Raum-)Semantik bezeichnet werden könnten, viele interessante Möglichkeiten für den Übertrag auf andere Forschungsthemen (Einzelhandelsentwicklung; Suburbanisierung etc.), die eine Untersuchung lohnen.

Das Konzept der Deutungsmuster führt auch zu der Erkenntnis, dass einzelne Akteure durchaus mehrere Deutungsmuster bedienen können und die Akteure dabei ihre Argumentationen unterschiedlichen Kontexten anpassen. Offensichtliches Beispiel dafür ist der Chemnitzer Baubürgermeister, der vor allem das gestalterische Deutungsmuster bedient, dabei eine große Nähe zum marktwirtschaftlichen Deutungsmuster zeigt, in anderen Kontexten aber wiederum integrativ argumentiert. Ganz offensichtlich handelt es sich dabei um eine gekonnte „politische Anpassungsleistung an das Publikum“ (Grossmann 2007, 223).

Für die differenzierte Analyse der Deutungsmuster nutzt die Autorin das methodologische Raummodell von Sturm (2000). Grossmann überträgt das aus vier Quadranten bestehende Schema von Sturm auf ihre Diskursanalyse und bildet vier eigene Analysekatgeorien: Vorstellungen über *Stadtgestalt*, *Regulation*, *gesellschaftliche Praxis*, *Zielvorstellungen und*

Bedeutungen. Der Übertrag des Quadrantenmodells auf die Untersuchung spiegelt das Bestreben der Autorin nach einer systematischen, vergleichenden Analyse der Deutungsmuster wider. Dennoch gelingt die Zuordnung der Analyseinhalte nicht immer treffend. So werden von Grossmann städtebauliche Pläne unter dem Begriff der ‚Vision‘ zusammengefasst und dem Quadranten *Stadtgestalt* zugewiesen, Sturm ordnet Pläne allerdings der *Regulation* zu. Nicht diskutiert wird zudem, dass die zentralen Merkmale der fünf Deutungsmuster im Quadranten *Regulation* verortet werden, in den anderen drei Quadranten/Analysekategorien hingegen weniger Kernaussagen, sondern vor allem spezifische auf den Schrumpfungsdiskurs bezogenen Vorstellungen Beachtung finden.

Im zweiten Schritt der Auswertung werden die Bezüge zwischen den Deutungsmustern, Diskursfeldern und Diskursgemeinschaften untersucht. Insgesamt werden acht charakteristische Diskursbeziehungen extrahiert, die plausibel und gut nachvollziehbar vorgestellt werden:

1. „Symbiose: die lokale Ausprägung des Wachstumsparadigmas“ (symbiotisches Verhältnis zwischen marktwirtschaftlichem und gestalterischem Deutungsmuster),
2. „Konkurrenz: Gründerzeit und Platte“ (konflikthafte Verhältnis zwischen dem gestalterischen und lebensweltlichen Deutungsmuster),
3. „Isolation: Rationales Deutungsmuster“ (isolierte Position des rationalen Deutungsmusters),
4. „Neue Diskursgemeinschaft: Wohnungswirtschaft und Planungspraktiker“ (bestehende Diskursgemeinschaft aus Wohnungswirtschaft und Stadtplanung mit fast deckungsgleichen Argumentationen),

5. „Unvereinbare Vorstellungen: Marktabhängigkeit oder Interdependenz?“ (konträres Verhältnis zwischen marktwirtschaftlichem und integrativen Deutungsmuster),
6. „Zivilgesellschaftliche Koalition: Für Partizipation und starke Stadtteile“ (bestehende Diskursgemeinschaft aus integrativem und lebensweltlichem Deutungsmuster),
7. „Annäherung und Dissens: Integrative und gestalterische Perspektive“ (ambivalentes Verhältnis zwischen integrativem und gestalterischem Deutungsmuster),
8. „Konsens: Brachflächen zu Grünflächen“ (alle Deutungsmuster eint die positive Bewertung der in Reaktion auf die Schrumpfung entwickelten Praxis der Brachflächengestaltung).

Die Bezeichnung dieser acht Diskursmerkmale und die Ordnung der Darstellung ist allerdings nicht stringent. Für drei Diskursmerkmale wird im Titel ein direkter Bezug zur den Deutungsmustern hergestellt, für die anderen fünf Merkmale passt diese Systematik nicht. Stringenter wäre es gewesen, eine klare Trennung bezüglich a) der Analyse der Bezüge zwischen den Deutungsmustern, b) der Analyse der Diskursfelder und c) der Analyse der Diskursgemeinschaften vorzunehmen. Darüberhinaus hätte möglicherweise die Berücksichtigung der von Schwab-Trapp genutzten Kategorie der Themenfelder eine noch differenziertere Analyse des Schrumpfungs-

diskurses erlaubt, zum Beispiel zu den Themenfeldern: Innenstadt, Stadtentwicklungsprogramm oder Demographie. Ebenso fehlt eine systematische Betrachtung verschiedener ‚scales‘ der Diskurse. Im Rahmen des Stadtumbaus haben sich auf unterschiedlichen Maßstabsebenen spezifische Diskurskonstellationen gebildet: konkrete Umbauplanungen auf Objektebene, Planungen für Quartiere, auf die gesamte Stadt bezogene Diskussionen der Stadtentwicklungskonzepte sowie überregionale Diskurse über Schrumpfung und das Programm Stadtumbau Ost.

In der Ergebnisdiskussion kommt die Autorin zu dem Schluss, dass es bislang zu keiner Ablösung des bestehenden Wachstumsparadigmas der Stadtentwicklung kam. Zumindest ist das im Fall der Stadt Chemnitz erkennbar. Das Wachstumsparadigma wird zwar durch das Schrumpfungsphänomen irritiert, die kollektive Sinnstruktur zur Deutung der Stadtentwicklung bleibt aber bestehen: Um aus der ‚Schrumpfungsfalle‘ auszubrechen, muss lediglich der Kreislauf aus wirtschaftlicher Standortentwicklung, Stadtgestaltung und Image wieder positiv angeschoben werden. Was sich allerdings ändert, ist die Praxis. Der weitgehend ersatzlose Abriss von Wohnungen ist eine bisher nicht praktizierte Strategie, für die neue Instrumente und Aushandlungen entwickelt wurden.

Insgesamt handelt es sich bei dem Buch von Grossmann um eine fachlich innovative, methodisch anspruchsvolle und in ihrer Form sehr gelungene Arbeit. Insbesondere mit den Deutungsmustern werden bedeutsame kollektive Sinnstrukturen des Denkens und Kommunizierens ex-

trahiert und analysiert. Die Studie weist auf die Bedeutung von Sinn- und Deutungsstrukturen in lokalen Aushandlungsdiskursen hin und ist damit ein wichtiger Beitrag zu den Forschungen über Schrumpfung und Stadtumbau. Es wäre für zukünftige Forschungen sehr lohnend, eine Verbindung zwischen den von Grossmann analysierten Deutungsmustern einerseits und Untersuchungen über Handlungslogiken der Akteure andererseits herzustellen, d.h. zu institutionalisierten Handlungsstrukturen, die sich bspw. aus betriebswirtschaftlichen Zwängen der Wohnungsunternehmen, juristisch-administrativen Vorgaben für die Stadtplanung oder Spielregeln der Parteidisziplin und des Profilierungsstrebens in der Lokalpolitik ergeben.

Ungeachtet der wertvollen Ergebnisse weist die Arbeit einige kleinere handwerkliche Fehler auf: Die Zeitachsen von Diagrammen werden falsch skaliert und die aus anderen Quellen übernommenen kartographischen Darstellungen weisen teils eine schlechte Bildqualität auf.

Eine besondere Qualität des Buches ist der Grad der Reflexivität. Dies gilt zum Ersten für die Aufbereitung und Diskussion des Forschungsganges und den Umgang mit Begriffen, zum Zweiten für die aus persönlicher Sicht formulierten Begründungen des Forschungsgegenstandes und der methodischen Vorgehensweise. An mehreren Stellen erläutert die Autorin die entscheidenden Einflüsse auf die Arbeit, ihre Gedankengänge und daraus abgeleitete Arbeitsschritte. Bei der Erläuterung ihres Zugangs zum ‚Feld‘ legt sie ihre eigene „politische und akademische Identität“ und die sich daraus ergebenden Konsequenzen im Zu-

gang zu den Akteuren offen. Diese besondere Form der Reflexion macht das Buch auch für Studierende und Promovierende zu einem anschaulichen Lehrbeispiel über die Realität wissenschaftlichen Denkens und Arbeitens.

Jan Glatter

Literatur

- Bernt, Matthias 2005: Die politische Steuerung des Stadtumbaus in Leipzig-Grünau. (=UFZ-Diskussionspapiere 24) Leipzig.
- Foucault, Michel 1974: Die Ordnung des Diskurses. München.
- Geertz, Clifford 1995: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt/Main.
- Glock, Birgit 2006: Stadtpolitik in schrumpfenden Städten. Duisburg und Leipzig im Vergleich. Wiesbaden.
- Oevermann, Ulrich 1991: Genetischer Strukturalismus und das sozialwissenschaftliche Problem der Erklärung der Entstehung des Neuen. In: Stefan Müller-Doohm (Hg.): Jenseits der Utopie. Theoriekritik der Gegenwart. Frankfurt/M. S. 267-336.
- Schwab-Trapp, Michael 2004: Diskurs als soziologisches Konzept. Bausteine für eine soziologisch orientierte Diskursanalyse. In: Reiner Keller et al. (Hg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Opladen. S. 261-283.
- Strom, Elizabeth, John Mollenkopf 2004: Vom Reden und Handeln – Diskurs und Stadtentwicklung in New York und Berlin. In: Walter Siebel (Hg.): Die europäische Stadt. Frankfurt/M. S. 284-300.
- Sturm, Gabriele 2000: Wege zum Raum. Methodologische Annäherungen an ein Basiskonzept raumbezogener Wissenschaften. Opladen.
- Weiske, Christine, Sigrun Kabisch, Christine Hannemann (Hg.) 2005: Kommunikative Steuerung des Stadtumbaus. Interessengegensätze, Koalitionen und Entscheidungsstrukturen in schrumpfenden Städten. Wiesbaden.
- Wolkersdorfer, Günter 2001: Politische Geographie und Geopolitik zwischen Moderne und Postmoderne. Der Kampf der Diskurse – der raumbezogene Konflikt um das sorbische Dorf Horno. Heidelberg.

Susanne Heeg: Von Stadtplanung und Immobilienwirtschaft – Die „South Boston Waterfront“ als Beispiel für eine neue Strategie städtischer Baupolitik. Bielefeld 2008. 276 S.

In ihrer Habilitationsschrift über Beziehungen zwischen Stadtplanung und Immobilienwirtschaft beleuchtet Susanne Heeg die Entwicklungen in Boston aus polit-ökonomischer Perspektive. Das übergeordnete Ziel ist, die materielle Raumdimensionen in der Geographie wieder wirklich ernst zu nehmen und entlang eines Beispiels des „property led developments“ (PLD) zu zeigen, wie über die gebaute Umwelt Raum- und insbesondere Stadtentwicklung gesteuert werden soll. PLD zeige, dass Bautätigkeiten nicht mehr nur auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtet seien, sondern noch grundsätzlicher auf Wirtschaftswachstum, Imagevorteile und Steuerzuwächse. Insgesamt stellt die Arbeit vor dem Hintergrund eine Kritik an der zunehmenden Privatisierung der Stadtentwicklung dar, die aus dem gestiegenen Einfluss immobilienwirtschaftlicher Akteure resultiert.

Das Buch ist dafür in zwei große Teile untergliedert: die erste Hälfte fasst theoretische Analyseansätze und generelle Statements zur Immobilienwirtschaft und Raumentwicklung zusammen, in der zweiten Hälfte werden diese dann auf das Fallbeispiel der South Boston Waterfront (SBW) übertragen. Die Gliederung des ersten Teils liest sich zunächst wie eine Zusammenschau von David Harvey's Konzepten (absoluter Raum, Monopolrente, Entrepreneurialism) in Bezug auf immobilienwirtschaftliche Spe-

zifika. Anstatt diese Konzepte jedoch einfach nachzuerzählen, integriert Heeg mit Ansätzen des Institutionalismus eine stärkere Akteursperspektive. Dazu dienen Debatten um urban governance sowie um lokale Politik. So wird die Grundlage für die empirische Analyse gelegt, die das Spannungsverhältnis von makrokapitalistischen Strukturen und Handlungsmöglichkeiten einzelner Akteure problematisiert. Der Theorieteil der Arbeit ist demnach wenig innovativ und weist keine eigenen Konzepte auf. Allerdings wird eine gute Möglichkeit aufgezeigt, Struktur- und Handlungstheorien zu verbinden ohne eklektizistisch zu werden. Und die detaillierte Analyse eines Falles wiederum dient dem Testen (und Bestätigen) vielfach wiederholter Thesen, auf denen die Theorien aufbauen.

Die anschließende Untersuchung der SBW wird als klassisches Beispiel für Revitalisierungsmaßnahmen von Innenstädten verstanden. Heeg zeigt entlang der einzelnen Planungsdokumente und -schritte die Aushandlungsprozesse zwischen den einzelnen Akteuren auf. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass trotz vielfältiger Governanceformen immer wieder die Akteure der Immobilienwirtschaft, allen voran die Projektentwickler, ihre Interessen gegenüber städtischen Akteuren, lokalen Institutionen und Bevölkerung durchsetzen können. Insbesondere auf Flächen, die nicht aufgrund ihrer Lagegunst im CBD automatisch im Zentrum des Immobilienmarktes stehen, werde dieses Verhältnis offenbar – wie z.B. der SBW. Es wird hier auch aufgezeigt, wie der Verlauf der lokalen Immobilienzyklen nicht nur Marktmecha-

nismen gehorcht, sondern deutlich staatlich beeinflusst wird: nämlich vor allem durch die Bereitstellung von Infrastruktur, Imagekampagnen und die Anpassung von Nutzungsvorgaben. Das wird als Zeichen für die hohe Relevanz ökonomischer Entwicklungsziele gedeutet. Die ökonomischen Interessen könnten zwar nur mit sozialen Ausgleichsmaßnahmen durchgesetzt werden. Da die Politik jedoch regelrecht abhängig vom Immobilienmarkt sei, fielen die Zugeständnisse an sozialen Ausgleichsmaßnahmen minimal aus. Wenn auch bemerkenswert ist, wie genau Einflüsse grundsätzlicher Marktmechanismen einerseits und lokaler Akteure und Programme andererseits aufgearbeitet werden, bleibt letztendlich doch offen, ob lokale Immobilienmärkte nun lokal beeinflussbar sind oder nicht. Sowohl die funktionalistisch-strukturalistischen Erklärungsreferenzen und Bezüge zur urban regime theory als auch die Interpretation empirischer Befunde verweisen darauf, dass trotz neuer Governanceformen lokalstaatliche Ziele kaum umsetzbar sind. Andererseits wird hingegen immer wieder betont, dass der Immobilienmarkt durch den lokalen Staat und im Konflikt mit lokaler Bevölkerung reguliert wird. Diese unterschiedlichen und zunächst paradox erscheinenden Interpretationen würden sich jedoch verbinden lassen, wenn grundlegende polit-ökonomische Beziehungen konkreter und abstrakter Verhältnisse eingehender zur Erklärung herangezogen worden wären.

Insgesamt liegen die Ursachen für Stärken und Schwächen der Arbeit in den gleichen Punkten: Es wird eine gut informierte Einführung in Theorien und Konzepte für kritische Analysen politischer und ökonomischer Raumentwicklungen geliefert. Hervorzuheben ist an dieser Stelle auch noch mal die Betonung der Rolle der Finanzmärkte – deren Wichtigkeit spiegelt sich in der aktuellen Finanzkrise seit Herbst 2008 wider. Darüber hinaus werden detailreiche Informationen über die konkreten Prozesse in Boston geliefert. Beide Teile der Arbeit haben dabei allerdings einen stark erzählenden Charakter, der sich durch Integration verschiedener Perspektiven auszeichnet, aber nicht unbedingt neue Erkenntnisse liefert, die über das Beispiel der SBW hinausreichen. Entweder besser erklärende Konzepte zum Zusammenhang von Marktstruktur und polit-ökonomisch handelnden Akteuren oder neue Erkenntnisse über konkrete Verhältnisse zwischen Stadtplanung, Stadtpolitik und Immobilienmarkt wären wünschenswert gewesen. Dennoch ist die Arbeit von Heeg auch dank der sehr guten Strukturierung und Illustration sehr gut dazu geeignet, einen schnellen und genauen Überblick über polit-ökonomische Debatten bzw. die SBW zu bekommen – was nicht zuletzt für hauptsächlich deutschsprachige LeserInnen von großer Relevanz ist.

Anne Vogelpohl

Jörg Scheffer: Den Kulturen Raum geben. Das Konzept selektiver Kulturräume am Beispiel des deutsch-tschechisch-österreichischen Dreiländerecks. Passau 2007. 141 S.

Zu den leider immer wieder vergessenen Grundelementen empirischer Forschung gehören zwei Fragen, und zwar diejenige nach dem Sachverhalt, den es zu erklären gilt, und zum anderen diejenige nach dem Zweck der Untersuchung. Die Nicht-Beachtung des ersten Elements führt zu einem erzählerischen Vorgehen, das im Regelfall über ein bloßes Aufzählen von Fakten oder ein zeitgeistgesättigtes Plaudern nicht hinausgelangt. Fehlt eine Klärung der zweiten Frage, bleibt die Relevanz der Untersuchung im Dunkeln und der Forschungsprozess erhält den Charakter einer bloßen Spielerei mit Methoden und Begriffen, die mehr an einer gefälligen Präsentation der Wissenschaftlichkeit des Autors interessiert ist als an nachprüfbarer Wissenserzeugung. Sind die beiden genannten Aspekte empirischer Forschung hingegen gegeben, ist sie weitestgehend davor gefeit, als bloßes Reservoir von Wirklichkeitsschnipseln zu dienen, mit denen die in erster Linie angestrebte Präsentation der eigenen Weltansicht lediglich garniert wird, und hat damit auch gute Chancen, das Stadium des Feuilletons zu verlassen, das nach Helmut Klüter insbesondere die „neue Kulturgeographie“ charakterisiert.

Aus dieser Perspektive ist das vorliegende Buch eher einer „alten“ Kulturgeographie zuzuordnen, geht es doch darum, Kulturräume im Sinne von „Räumen

gleicher Kultur“ (hier: im deutsch-tschechisch-österreichischen Dreiländereck) zu identifizieren und aus den gewonnenen Erkenntnissen Schlussfolgerungen für den grenzüberschreitenden Tourismus und grenzüberschreitende Kooperationen zu ziehen.

Kultur wird dabei nicht wie in Produkten wie etwa dem „Atlas der deutschen Volkskunde“ am Vorhandensein bestimmter Artefakte, Gebräuche oder narrativer Motive gemessen, sondern als ein Konglomerat von Einstellungen. Der Autor greift zu diesem Zweck auf Vorbilder insbesondere aus der Wirtschaftspsychologie zurück und konstruiert in Anlehnung an dortige Erhebungen vier (nicht weiter begründete) Kulturdimensionen, die in einer gegebenen Region als weitgehend homogen („standardisiert“) angenommen werden: „Traditionsbewusstsein“, „Aufgeschlossenheit“, „Naturidentifikation“ und „Persönliches Engagement“. Deren Ausprägungen wurden durch fragebogengestützte Erhebungen ermittelt, wobei in der Grenzregion vier Teilregionen vergleichend gegenübergestellt wurden: Deutschland, Österreich, Tschechien I (grenznahe Orte) und Tschechien II (grenzferne Orte). Letztere Unterscheidung sollte dem Umstand Rechnung tragen, dass die grenznahen Orte erst nach 1945 (Vertreibung) von der heutigen Bevölkerung besiedelt wurden, der daher ein anderer Lokal- oder Regionalbezug zugeschrieben wird als einer länger ansässigen Bevölkerung.

Das Ergebnis der umfangreichen und aufwändigen Untersuchungen ist leider wenig überraschend: Je nach betrachteter Kulturdimension stehen sich manche Regionen näher als andere, oder in den Worten

des Autors: „So überschreiten die Standardisierungen im Dreiländereck mal die politischen Grenzen zweier Länder (...), mal die Grenzen aller drei Nachbarländer (...). Des weiteren zeigen sie innerstaatliche Differenzen auf, die größer sind als jene zu den Nachbarregionen (...), oder spiegeln auch nationale Grenzen wider (...).“ (S. 110)

Sicherlich hätte man auch Kulturdimensionen konstruieren können, bei denen die Grenzziehungen durchgängig dieselben sind oder aber überhaupt keine Grenzen auftauchen; dies ist jedoch insofern unerheblich, als die eigentlich entscheidende Frage ungeklärt bleibt: Was haben staatliche Grenzen mit Kulturunterschieden zu tun, genauer: Welche Faktoren, die sich auf ein Staatsgebiet (bzw. im deutschen Fall, in dem ja die Kulturhoheit bei den Ländern liegt, auf das Gebiet eines Bundeslandes) begrenzen lassen, führen zu welchen regional konstanten Einstellungsmustern?

Dass eine solche Erklärung unterlassen wurde, liegt sicherlich in erster Linie an den als Vorbild des Untersuchungsdesigns dienenden wirtschaftspsychologischen Modellen, bei denen es sich nicht um Erklärungs-, sondern um Beschreibungsmodelle, besser vielleicht sogar: Klassifikations-schemata handelt, deren Zweck es ist, Typen von Handlungsformen, Einstellungen usw. zu konstruieren, zu denen dann jeweils angepasste Lenkungs- oder Entscheidungsformen etwa für die Betriebsleitung entwickelt werden. Aus einer ähnlichen Perspektive könnte auf die angeführte Kritik auch geantwortet werden, dass es dem Autor gar nicht darum ging, die jeweiligen Ausprägungen der Kulturdimensionen

theoretisch fundiert zu erklären, sondern aus den Beobachtungen vielmehr Konsequenzen für die grenzüberschreitende Praxis (Tourismus, Kooperationen) zu ziehen.

Die fehlende Erklärung, warum die beschriebenen Einstellungen so sind, wie sie sind, wirkt jedoch auch auf die Aussagequalität bezüglich der Praxisrelevanz der erhobenen Kulturunterschiede zurück. Denn wenn unklar bleibt, ob regionale Kulturunterschiede tatsächlich durch regional unterschiedliche Faktoren bzw. Entwicklungen hervorgerufen wurden, zielen Praxisformen, die auf der regionalen Ebene an der Überwindung der Probleme mit Hilfe der sog. interkulturellen Kommunikation arbeiten, notwendigerweise ins Leere bzw. tragen zu einer gelingenden grenzüberschreitenden Kommunikation nicht mehr bei als wohlfeile Appelle für eine (größere) Toleranz gegenüber den so ganz anderen Nachbarn.

Dies ist eng verbunden mit einem weiteren Problem, welches das vorliegende Buch mit dem Gros der aktuellen kultur-geographischen Literatur teilt: es geht bei einem (irgendwie messbaren) Zusammenhang zwischen kulturellen (hier: Einstellungen der Befragten) und sozialen Variablen (hier etwa: Erfolgchancen von grenzüberschreitenden Kontakten) quasi automatisch davon aus, dass es sich bei den kulturellen Variablen um die unabhängigen und bei den sozialen um die abhängigen Variablen handelt. Dies klingt trotz aller mangelnden theoretischen Absicherung zunächst recht plausibel; tatsächlich ist immer wieder – gerade bei deutsch-tschechischen Kooperationsbeziehungen – zu lesen, dass Probleme innerhalb einer solchen Kooperation aus dem Arbeitsstil etc. des Partners aus

dem Nachbarland resultieren, d. h. kulturell bedingt sind. Tatsächlich dürfte hier jedoch eine Verwechslung von Grund und Begründung vorliegen; die Partner begründen ihre Probleme kulturell, die Gründe für die existierenden Probleme sind dadurch aber alles andere als nachgewiesen.

Man würde sich wünschen, dass in der Diskussion über grenzüberschreitende Kontakte und die darin auftauchenden Probleme die Möglichkeit wenigstens angedacht würde, dass es auch anders herum sein könnte: dass Probleme, die aus welchen Gründen auch immer auftauchen, von den Beteiligten unmittelbar als kulturelle Differenzen wahrgenommen und etikettiert werden, worauf dann die bewusste Betonung der kulturellen Differenzen folgt, was schließlich zu einer Vertiefung kulturell definierter Unterschiede führen kann. Selbstverständlich muss dies nicht zutreffen; interessant ist auf alle Fälle jedoch die in der entsprechenden Literatur (so etwa von Sei-

ten der in extenso zitierten Unternehmensberaterin Schroll-Machl) wie auch in der vorliegenden Arbeit weitgehend voraussetzungslose Entscheidung für den umgekehrten Zugang. Eine solche Vor-Entscheidung nicht zu treffen, sondern theoretisch abgesichert die jeweilige Bedeutung von Kultur erst zu analysieren, wäre aus dieser Warte nicht nur wissenschaftlich wünschenswert, sondern auch und insbesondere im Hinblick auf die Gestaltung grenzüberschreitender Beziehungen anzuraten. Insofern sind die eingangs angeführten beiden Fragen als notwendige, aber nicht hinreichende Elemente empirischer Forschung zu charakterisieren.

Wolfgang Aschauer

Literatur:

Klüter, Helmut 2005: Geographie als Feuilleton. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 79, 1. S. 125-136.